



**A**ll unseren Lesern wünschen wir, dass das Jahr 2009 besser werden möge als sein vorseilender Ruf. Ein Jahr der schlechten Nachrichten würde es wohl, hat die Kanzlerin salvatorisch verkündet. Dann sollte es doch wenigstens, so meint die Redaktion, ein Jahr der guten Nachrichten über kluge Politik werden.

Peter Glotz, Ausnahmeerscheinung der Republik, produktiver Unruhegeist zwischen Politik, Wissenschaft und Publizistik, wäre am 6. März siebzig geworden. Wir erinnern uns seiner dankbar und nachdenklich. Vielfalt und Vielheit seines öffentlichen Wirkens wurden sprichwörtlich. Die langjährige Leitung dieser Zeitschrift gehört zur Fülle des von seinem stets vorwärtstreibenden Geist inspirierten Engagements. Er hat dafür gesorgt, dass sie zu einem »Sprechsaal der Linken« wurde, der über Parteigrenzen hinweg Ansehen genießt und Interesse findet.

Dieses Heft ist Peter Glotz gewidmet, indem es das Thema ins Zentrum rückt, dem wie keinem zweiten seine intellektuelle Aufmerksamkeit und sein praktisches Wirken galten. Wir fragen nach dem allerneuesten Strukturwandel der Öffentlichkeit, der, wie es scheint, unter anderem auch die Rolle der Intellektuellen im politischen Leben von Grund auf verändert. Der Typ des literarischen oder sozialwissenschaftlichen Intellektuellen, der öffentlich interveniert, um die moralischen Energien des Gemeinwesens zu mobilisieren und zur Aufnahme vernachlässigter Diskurse zu nötigen, verschwindet Zug um Zug von der Bildfläche. Die ehrwürdigen Heroen dieses Metiers, selbst keineswegs verstummt, scheinen keine Nachfolger von vergleichbarem Format mehr zu finden, weder Söhne noch Enkel. An ihre Stelle ist ein Typ von Alpha-Journalisten getreten, der in einflussreicher Position nicht nur die Thematisierung, sondern auch die Entthematisierung politischer Fragen organisiert. Er will durch eine kommerziell angetriebene Netzwerkarbeit über die ehemaligen Blatt- und Genre-grenzen hinweg entscheiden, was herrschende Meinung im Lande werden soll. Präsentismus und Privatismus der daraus resultierenden Öffentlichkeit erzeugen ein Klima und schaffen Zugangsbedingungen, die es oft schwer machen, politische Richtungsdebatten überhaupt noch zu führen. Kommerzialisierung, Entertainingisierung und Heiligung des Status Quo verschmelzen. Es ist der Schritt von Habermas zu Schirrmacher und Diekmann.

Peter Glotz wirkte in beiden Welten, als klassischer Aufklärer und zugleich Medienfit wie nur irgendeiner, ohne das Eine vor dem Anderen zu kompromittieren. Eine Erscheinung des Übergangs oder ein Modell, wie beides zueinander kommen könnte? Unsere Autoren gehen der Frage nach.

*Thomas Meyer*

## 1 EDITORIAL

### ESSAY

*Moritz Leuenberger*

- 4 **Eine Lanze für die Politik**

### AKTUELLES

*Lale Akgün*

- 8 **Leitkultur durch die Hintertür**

*Wolfgang Thierse*

- 11 **Das Staatsziel Kultur gehört ins Grundgesetz**

*Thomas Pogge*

- 13 **Gerechtigkeit in der Einen Welt**

*Roland Benedikter*

- 17 **Hoffnungsträger Barack Obama?**

*Tobias Moorstedt*

- 21 **Das Internet und die Zukunft demokratischer Prozesse**

*Olaf Scholz*

- 24 **Die Herausforderungen moderner Arbeitsmärkte**

*Volker Gerhardt*

- 28 **Helmut Schmidt und die Philosophie**

## DAS THEMA

### Alpha-Journalisten – die neuen Intellektuellen?

*Gunter Hofmann*

- 33 **Diskurs schlägt Ideologie**

*Dietmar Herz*

- 37 **Peter Glotz' politisches Denken und Handeln**

*Klaus Harpprecht*

- 41 **Rix Löwenthal, der beste Kopf der SPD. Ein Gedenkblatt**

*Gespräch mit Lutz Hachmeister*

- 45 **Nervöse Zone: Politik und Medien**

*Albrecht von Lucke*

- 50 **Schirmmacher, Diekmann, Aust und Co.**

*Stephan Weichert/Christian Zabel*

- 54 **Alte und neue journalistische Wortführer**

*Miriam Meckel*

- 57 **Haltungsfragen im politischen Diskurs der Mediengesellschaft**

*Helmut Mörchen*

- 61 **Meinen Freunden, den Poeten**

**FORUM SOZIALE DEMOKRATIE**

- Wolfgang Schroeder*  
**64 Ein neues Sozialstaatsverständnis**
- Rudolf Walther*  
**67 Der »tote Hund« lebt**

**KONTROVERS**

- Hannelore Kraft*  
**70 Eine Politik der sozialen Vernunft**
- Rolf Mützenich*  
**73 Die USA und die  
 »Liga der Demokratien«**

**MEDIENSPIEGEL**

- Richard Meng*  
**76 Das Versagen eines ehemals  
 kritischen Journalismus**

**JUNGES LEBEN**

- Julian Zado*  
**78 Für eine bessere Hochschulbildung  
 ... engagieren!**
- Florian Meyer*  
**81 Wie Pflegedienste die gesunkene Zahl  
 an Zivildienstleistenden ausgleichen**

**KULTUR UND KRITIK**

- Jochen Rack*  
**84 Vom Strukturwandel  
 der literarischen Öffentlichkeit**
- Ulrich Baron*  
**87 Neue Bücher von und über  
 Charles Darwin**
- Volker Ullrich*  
**90 Peter Longerichs Biografie des  
 »Reichsführer SS«**
- Rudolf Maresch*  
**93 Robert Kagans Theorie der  
 neuen Weltordnung**
- Annalisa Viviani*  
**96 Neues aus den Archiven  
 des Vatikans**
- Gespräch mit Josef H. Darchinger*  
**98 »Der richtige Fotograf in der Nähe«**
- Uli Schöler*  
**104 Linksintellektuelle in der  
 Nachkriegsperiode**
- Thomas Meyer*  
**108 Eine sozialdemokratische  
 Bücherblüte**
- 112 Impressum**

Titelfoto: J.H. Darchinger

Moritz Leuenberger

## Eine Lanze für die Politik



**Moritz Leuenberger**

(\* 1946) steht seit der Wahl in den Schweizer Bundesrat am 27. September 1995 dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) vor. Im Jahr 2001 war er erstmals Bundespräsident, im Jahr 2006 übernahm er das Amt zum zweiten Mal.

vincenzo.mascioli@gs-uvek.admin.ch

Ja, in der Politik wird gelogen. Ich weiß, wie im politischen Alltag um Macht und Einfluss gekämpft wird. Trotzdem bin ich gerne Politiker und will auch andere davon überzeugen, sich politisch einzubringen. Warum mache ich das? Ich will nicht einfach mit dem uneigennütigen Einsatz für die öffentliche Sache argumentieren, mit dem edlen Kampf für eine bessere Welt. Das wäre wohl schon eine kleine Lüge, denn Politiker drängen doch auch für ihre eigenen Interessen in das öffentliche Rampenlicht, und sei es auch nur, weil sie gefallen wollen oder Freude an der Macht haben.

Ja, in der Politik kann man die eigene Gesinnung oft nicht durchsetzen und muss Zugeständnisse machen. Trotzdem bin ich zutiefst überzeugt von der Notwendigkeit des Kompromisses und halte nichts vom Kult der Kompromisslosigkeit.

### Der Kompromiss – ist er eine Lüge?

»Vox populi – vox Dei« oder »Das Volk hat das letzte Wort«, heißt die Devise, die ein guter Demokrat verinnerlicht, und nicht »Vox populi – vox Rindvieh«, wie Franz Josef Strauß spottete. Deswegen setzt sich der gute Demokrat mit der Volksmeinung ernsthaft auseinander, nicht nur in der direkten Demokratie. Wenn eine Regierung vermeiden will, durch Straßendemonstrationen zum Rückzug eines Gesetzes gezwungen zu werden, sucht auch sie vermehrt den

Ausgleich und den Kompromiss. Der Kompromiss als solcher hat aber nicht eben den besten Ruf. Automobile und Waschmaschinen werden in der Werbung als »kompromisslos« angepriesen. Man spricht vom »faulen Kompromiss« oder von weichen »kompromisslerischen« Politikern. Und wohl nicht zufällig bedeutet kompromittieren sich bloßstellen. Im Handel, im Vertragswesen, im Verhältnis zwischen zwei Partnern ist der Kompromiss gang und gäbe. Wieso hat er in der Politik eine so schlechte Reputation? Es gibt Heißsporne, die den Kompromiss kurzerhand mit Verrat gleichsetzen. Ihr Vorwurf besteht darin, dass sich untreu geworden sei, wer einen Kompromiss eingehe. Und es gibt die etwas kühlere These, es gelte in der Politik eine andere Ethik als im täglichen Leben.

Max Weber begründet den Unterschied zwischen Gesinnung und Verantwortung mit diesem Konflikt zwischen Überzeugung und Umsetzung, also zwischen der Vorstellung, wie etwas sein müsste, und der Ohnmacht, diese Vorstellung in der Realität vollständig verwirklichen zu können, zwischen dem Versprechen im Wahlkampf und dem späteren Kompromiss. Tatsächlich gehen

wir unterschiedlich vor, wenn wir unsere Idealvorstellungen formulieren, also wenn wir ein Manifest schreiben oder die Grundsätze einer Verfassung entwerfen, und wenn wir diese Vorstellungen verwirklichen wollen. Die kompromisslose Gesinnung für den Frieden, für alternative Energien, für den Tierschutz darf nicht bloß toleriert werden, die Demokratie ist vielmehr unbedingt auf sie angewiesen. Jedoch ist es kaum je möglich, unsere Vorstellung in der Realität auch vollständig durchzusetzen, immer sind wir auf Kompromisse angewiesen.

Wir müssen jedoch auseinanderhalten: Wer seine Überzeugung ändert, geht keinen Kompromiss ein, sondern er ist, nach Überlegungen, nach Diskussionen, zu einer anderen Überzeugung gekommen, zu einer neuen Einstellung, die er jetzt anstelle seiner vorherigen vertritt. Diese Überlegungen können tiefgründig oder einfach opportunistisch sein. Je nach Standpunkt fällt dann entweder die Bezeichnung Wendehals oder Populist, Überläufer oder Konvertit. Aber der Gesinnungswandel selbst, ob verwerflich, mutig oder löblich, ist kein Kompromiss. Dieser besteht vielmehr in einer Handlung, welche von der eigenen Gesinnung abweicht. Wer einen Kompromiss eingeht, verhindert eine noch weitergehende Abweichung. Ein Kompromiss wird deshalb im Interesse der eigenen Überzeugung eingegangen. Nichts hindert einen Politiker daran, nach einem Kompromiss zu erklären: »Ich war für A, die andere Seite für C. Wir haben uns auf B geeinigt. So habe ich C verhindert. Meine Überzeugung für A ist aber ungebrochen.«

Ein Kompromiss ist zudem nicht einfach Resultat spielerischen Feilschens. Oft wird versteckt gedroht oder offen und brutal erpresst. Der bulgarische Präsident Parwanow musste 2007 gegen besseres Wissen die strafrechtliche Schuld bulgarischer Krankenschwestern am Tod libyscher Kinder anerkennen, indem er sie zu »begnadigen« versprach, damit sie freigelassen wurden. Was hätte er anderes tun können, um seine Landsleute, die gefoltert und zweimal zum Tod verurteilt wurden, zu befreien? Gewiss, das war ein unwürdiger Kompromiss, aber einer, der sich angesichts der realen Machtverhältnisse dennoch rechtfertigen ließ, ein Kompromiss, der letztlich Menschenleben gerettet hat.

Ohne Kompromiss gäbe es keine Verträge, keine Abkommen, keinen Frieden. Ohne Kompromiss gäbe es die Eidgenossenschaft nicht. Das Schmieden von Kompromissen zu tragfähigen Lösungen ist eine Knochenarbeit, eben das politische Handwerk, das Max Weber als »langsameres Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß« umschreibt.

### **List und Lüge**

Nein, die Bergpredigt ist nicht das Leitmotiv des täglichen Lebens. Wer sich auf dem Pfad der List bewegt, wird keineswegs geächtet, im Gegenteil, er wird bewundert. Der clevere Geschäftsmann, der sich Vorteile verschafft, der schlaue Politiker, der sich raffiniert in Szene setzt, ja selbst ein Soldat Schwejk sind leuchtende Vorbilder. In unseren Breitengraden wird die List zuweilen zu Unrecht als verwerflich eingeschätzt. Sie kann durchaus ein erstrebenswertes und legitimes Mittel sein, welches die soziale und politische Taktik prägt.

Die List entsteht im Dunkeln. In ihrem Wesen liegt es, dass der Gegner ihre Ränke nicht durchschauen soll. Das führt bei Verhandlungen unter Staaten zu unlösbaren Konflikten zwischen Transparenz und Taktik: Verhandelt ein Staat

mit einem anderen, kann er diesem gegenüber seine Taktik nicht offenlegen. Gleichzeitig will aber die eigene Öffentlichkeit Klarheit darüber, was gespielt wird. Dieses Dilemma ist nur mit anfänglichen Geheimverhandlungen zu lösen. Sie widersprechen zwar der Transparenz, welche die Demokratie verlangt, werden aber dadurch legitimiert, dass anschließend über das Resultat informiert wird, sodass öffentlich debattiert werden kann und auch ein Referendum und eine Volksabstimmung möglich werden. Listiges Vorgehen unter Staaten folgt den gleichen Mustern wie das listenreiche Verhalten im Geschäftsleben. Erträgt das die Demokratie, welche Transparenz erfordert? Schließen sich Licht und List nicht aus? Dass sich politische Fraktionen oder Gegenkandidaten für ein Amt listenreich austricksen, beobachten wir je nach eigenem Standpunkt mit hämischer Freude oder mit verhaltenem Ärger.

Darf die Regierung gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern auch listig auftreten? Sie darf, wenn sie ihre List öffentlich legitimieren kann. Es

**»Die Regierung darf gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern listig auftreten, wenn sie ihre List öffentlich legitimieren kann.«**

ist listig, zwei Vorlagen am selben Abstimmungsontag zu unterbreiten, damit sich je nach interessierten Kreisen eine Mehrheit für die Regierungsmeinung ergibt. Es ist listig, eine Gesetzesvorlage nach der alten Devise »teile und herrsche« aufzuspalten, damit die jeweiligen Gegnerschaften aufgesplittert werden. »Teile und herrsche«, sagten die alten Römer, »Salamitaktik«

nennt man es heute. Wichtig ist, dass die Regierung ihr Vorgehen so erklärt, dass es nachvollzogen werden kann. Andernfalls kann die List zur Arglist werden, zum hinterhältigen und böartigen Vorgehen, das die Stimmbürger als Lügen bestrafen, so wie sie es gegenüber José María Aznar taten, als er ihnen 2003 weismachen wollte, die ETA habe hinter den Terroranschlägen von Madrid gesteckt. Die List kann zur untolerierbaren Lüge werden.

Dennoch gibt es auch viele Lügen, die salon- und demokratiefähig sind. Im Privatleben und in der Politik gehört es zu den gerne akzeptierten Floskeln, dass man sich über einen Besuch freue oder dass das Essen wunderbar geschmeckt habe. Präsident Chirac sagte im Fernsehen bei seiner Rücktrittsrede vom 11. März 2007: »Meine lieben Landsleute! Nicht einen einzigen Augenblick gab es, in welchem ihr nicht in meinem Herzen und meinem Geist gewohnt hättet. Nicht eine Minute, in der ich nicht für dieses wunderbare Frankreich gehandelt hätte, dieses Frankreich, das ich ebenso sehr liebe, wie ich euch liebe...«. Solch offensichtliche Übertreibungen tun gut, jedenfalls nicht weh, auch wenn sie ebenso offensichtlich nicht der Wahrheit entsprechen.

Es gibt Fragwürdigeres. Viele Unwahrheiten werden ausgesprochen, weil wir die Wahrheit nicht kennen oder nicht wahrhaben wollen, weil wir sie verdrängen. Mancher Kandidat, der das Blaue vom Himmel verspricht, glaubt in der Stimmung, in die er sich emporschaukelt, tatsächlich, er könne seine Versprechen verwirklichen. Der Grat zwischen unschuldigem Verdrängen der Wahrheit und der Lüge ist schmal.

Nachdem Peter von Matt in seinem Buch über die Intrige festgestellt hat, dass die Politiker nicht alle den Geboten Jesu folgen, springt er gleich noch zur weiteren These, dass nämlich in der Politik *notwendigerweise* gelogen werden *müsse*. Max Weber »beschönige die bittere Wahrheit«, denn es gebe »eine politik-spezifische Ethik«: »Sie denkt an beides, an das sittliche Prinzip und an die Folgen. Sie

weiß sich auch für die Folgen verantwortlich. Also muss sie die üblen Folgen der gesinnungsethischen Praxis verhindern. Also muss sie gegen die absolute Norm zum Beispiel der Bergpredigt verstoßen. Also muss sie zurückhauen, statt die linke Backe hinzuhalten. Also muss sie – Weber sagt es nicht so krass, aber auf solche Krassheit läuft es hinaus – schlecht handeln um des guten Zweckes willen, muss lügen, ungerecht sein, Gesetze biegen und sich zielgerichtet verstellen.«

Zunächst sei diese Aussage der Gerechtigkeit zuliebe in ihren Kontext in Peter von Matts Buch gestellt. In der »Intrige in der Literatur« widmet er sich ausführlich der Bedeutung Luzifers in der Weltliteratur. Das ist ungeheuer spannend, unterhaltsam und lehrreich. Aber, wie es bei Luzifer mitunter eben so ist, er beginnt diejenigen zu reiten, die sich mit ihm einlassen. Das ist auch Peter von Matt geschehen, denn er reduziert erstens die Verantwortungsethik auf die Politik. Die Unterscheidung von Verantwortungs- und Gesinnungsethik gibt es aber, auch nach Weber, sowohl in der Politik als auch im Alltag. Auch in Alltagsfragen befrage ich mein Gewissen entweder danach, was die richtige innere Einstellung, die richtige »Gesinnung« sei, oder ich suche eine Antwort darauf, was die Folgen meines Handelns sind. Sodann spitzt von Matt politische Verantwortung insofern zu, als in der Politik gelogen werden *müsse*. Weber verweist jedoch auf Dostojewskis *Großinquisitor* und beschreibt bloß, dass Gesinnungsethik und Verantwortungsethik nicht unter einen Hut zu bringen seien, nicht aber, dass Letztere uns zwingt zu lügen, auch nicht in der Politik.

So sind wir wieder beim Beginn dieses Textes angelangt, bei der weit verbreiteten Vorstellung, in der Politik müsse man lügen. Wir haben festgestellt: In der Politik wird gelogen wie im täglichen Leben auch, denn die Menschen in der Politik sind nicht von einer anderen Welt. Wenn sie in der Politik lügen, wird das konsequenter verfolgt und aufgedeckt, als wenn sie es privat tun. Tatsächlich gibt es Beispiele, wo im Interesse der öffentlichen Sache nur die halbe oder überhaupt keine Wahrheit gesagt werden kann. Zahlt eine Regierung Lösegeld für Geiseln, streitet sie das meist ab, wahrheitswidrig. Der legitime Zweck liegt darin, dass nicht zu weiteren Geiselnahmen ermuntert werden soll. Bei Verhandlungen einer Regierung mit einem anderen Staat kann sie den eigenen Stimmbürgern die Taktik deshalb nicht verraten, weil sie der Regierung, mit der verhandelt wird, auch bekannt würde. Das führt zu unwahren Angaben. Für solche »Lügen« muss es aber immer eine Rechtfertigung geben, die später öffentlich in Form einlässlicher Informationen zu erbringen ist, damit der Vorgang auch verstanden wird. Das sind im Übrigen Lügen, die auch im täglichen Leben als »Notlügen« akzeptiert werden. Das Ideal des offenen und ehrlichen Zusammenlebens, des gemeinsamen Gestaltens der Umwelt, eines Gebarens nach Treu und Glauben nach dem Motto »Tue keinem an, was du nicht willst, dass er es dir antut«, ist im öffentlichen Bereich genauso möglich wie im privaten Leben. Und es wird von den meisten auch angestrebt, zur Sache zu streiten und nicht den Gegner zu verunglimpfen oder zu belügen. So wie wir im Familienleben darum ringen, uns so nah wie möglich an der Bergpredigt zu orientieren, auch wenn wir das nie schaffen, so streben wir auch im politischen Leben nach *good governance*, arbeiten daran, korrekt zu sein und den ethischen Anforderungen zu genügen, an denen wir uns als Menschen orientieren.

(Nach dem Buch des Autors Lüge, List und Leidenschaft, das im Limmat Verlag erschienen ist.)

Lale Akgün

### Leitkultur durch die Hintertür

*Selten hat ein Parteitagbeschluss für so viel Aufregung gesorgt, wie die auf dem CDU-Parteitag Anfang Dezember in Stuttgart beschlossene Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz. Doch die deutsche Sprache muss nicht gerettet werden – sie ist vital genug.*

Lale Akgün

(\* 1953) SPD-MdB, ist Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Im Krüger Verlag erschien im Oktober: *Tante Semra im Leberkäseland: Geschichte aus meiner türkisch-deutschen Familie.*

lale.akguen@bundestag.de

Die aufkommende Sozialdemokratie mochte der alte Dubslav von Stechlin genauso wenig wie die »Namensmanscherei«, und das fing schon bei ihm selbst an: Seine Mutter, eine Pommersche, hatte ihm den pommerschen Namen Dubslav gegeben, obwohl er doch ein Märkischer war. »Was ein Märkischer ist, der muss Joachim heißen oder Woldemar. Bleib im Land und taufe dich redlich. Wer aus Friesack is', darf nicht Raoul heißen.«

Theodor Fontane führt in seinem Alterswerk *Der Stechlin* an der Figur des Dubslav vorzüglich jenen Typus alten Landadels vor, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts langsam aber sicher ausstarb: stramm am Bestehenden festhaltend, wenig bis gar nicht beweglich und so offen für Neuerungen wie ein nordkoreanischer Betonkopf. Am augenfälligsten wird Dubslavs Konservatismus, wann immer er sprachliche Einflüsse von außen kritisiert. Das Französische – die Sprache, die auch an den Höfen gesprochen wurde – schien ihm noch annehmbar und charmant, das Englische jedoch war ihm ein Dorn im Gehörgang.

Vor Kurzem hat die CDU den alten Dubslav wieder aus der märkischen Motte gekostet. Deutsch solle ins Grundgesetz, so will es der Landesverband Saar, der sich mit diesem Antrag auf dem Bundesparteitag gegen die Kanzlerin und ihren Generalsekretär durchgesetzt hat. Kurz nachdem Ronald Pofalla empfohlen hatte, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen, stürmte der saarländische Ministerpräsident Peter Müller zum Rednerpult, um fürs Deutsche im Grundgesetz zu werben. Eigentlich kein drängendes Problem, das einer Lösung harrt, sollte man meinen. Peter Müller jedoch befindet sich im Wahlkampf für die nächste Landtagswahl 2009, und er sieht sich wohl zwischen seinen Herausforderern Heiko Maas und Oskar Lafontaine in der Zange. Ein bisschen Sprachpatriotismus schien ihm da hilfreich.

Warum eigentlich nicht? Schon Anfang Juli 2008 hatten der *Verein Deutsche Sprache* und der *Verein für Deutsche Kulturbeziehungen* im Ausland eine gemeinsame Unterschriftenaktion gestartet, den Artikel 22 im Grundgesetz, der bislang die Farbe der Bundesflagge regelt, um einen Passus zu erweitern: »Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch«. Klares Vorbild ist Frankreich, das wie weitere 16 EU-Staaten die Sprache in der Verfassung erwähnt – freilich im Falle Frankreichs mit besonderem Nachdruck, schließlich wacht die *Académie Française* schon seit 1635 über die



Reinheit des Französischen. Der Präsident des Deutschen Bundestags, Norbert Lammert, hat sich auch für die Grundgesetzänderung ausgesprochen. Warum also nicht?

Weil vor der Frage »Warum also nicht?« eine andere Frage steht: Warum eigentlich? Ist der Verfassungsrang für die deutsche Sprache überlebensnotwendig? Der wissenschaftliche Dienst seines Hauses, des Bundestags, widerspricht Lammert vorsichtig: Die überwiegende Auffassung der rechtswissenschaftlichen Literatur gehe davon aus, »dass die deutsche Sprache bereits jetzt Verfassungsrang« habe. Das Grundgesetz legitimiere sich durch »das deutsche Volk«, es statuiere eine »Bundesrepublik Deutschland« und sichere die »deutsche Staatsangehörigkeit«. Nicht zuletzt sei »die Sprache des Grundgesetzes selbst Deutsch«. Zudem stehe Deutsch in einfachen Gesetzen, wie jenen für gerichtliche Verfahren oder Verwaltungsverfahren.

### **Bestandsschutz nicht notwendig**

Deutsch im Grundgesetz ist wohl kaum schädlich, zumindest aber überflüssig wie ein Kropf. Die Befürworter des Vorschlages reklamieren einen »schleichenden Bedeutungsverlust« der Sprache (*Verein Deutsche Sprache*), alleine gibt es hierfür kaum Indizien: Nach Schätzungen sprechen heute rund 100 Millionen Menschen Deutsch als Muttersprache, darunter natürlich in Deutschland, Österreich, der Schweiz, in Luxemburg, Liechtenstein, Italien (Südtirol), aber auch in Rumänien, Argentinien, Australien, Frankreich (Elsass-Lothringen), Brasilien, Russland und den USA. 18 Prozent der EU-Bürger unterhalten sich in ihrer Muttersprache Deutsch – das ist der Spitzenplatz vor Französisch und Englisch. Als Fremdsprache wird Deutsch am zweithäufigsten nach Englisch und gleichauf mit Französisch gesprochen.

Zwar verliert die deutsche Sprache in Ländern wie Frankreich und den USA ge-

genüber dem Spanischen an Boden. Dafür lernen viele Slowaken, Ungarn, Tschechen und Russen Deutsch, ja im Osten ist Deutsch als Fremdsprache sehr beliebt. Nach Englisch ist Deutsch die im Internet am meisten verbreitete Sprache, gefolgt von Französisch, Japanisch, Spanisch und Chinesisch. Ein Blick auf die Startseite von *Wikipedia* verrät: gut 2,6 Millionen Seiten des Amateur-Lexikons sind in englischer Sprache, gefolgt von 832.000 deutschsprachigen Seiten und 733.000 französischen.

Von der Notwendigkeit eines Bestandsschutzes kann also keine Rede sein, gleichwohl damit noch nichts über die Qualität der Sprache ausgedrückt ist: Natürlich ist gerade im Internet oftmals ein Deutsch gebräuchlich, das in Sachen Stil, Orthografie und Interpunktion nur schwer erträglich ist. Im Fernsehen und Journalismus, vor allem im Boulevard, wird teilweise ein Stil

gepflegt, der Prägnanz mit bloßer Kürze und Wortschatzarmut verwechselt. Und wie schon zu Dubslav von Stechlins Zeiten, fällt hierbei natürlich die Jugendsprache besonders negativ auf.

Nach den Irrungen und Wirrungen der 90er Jahre bis in unsere Tage, jeden Hausmeister plötzlich und ohne Not *Facility Manager* zu nennen, hat die Öffentlichkeit ein größeres Gespür für unnötig-lächerliche Anglizismen entwickelt. An dieser Sensibilisierung haben Vereine, wie jener für die Deutsche Sprache, einen verdienten Anteil, aber auch einzelne Publizisten wie Bastian Sick (*Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod*) oder Wolf Schneider (*Speak German – Warum Deutsch manchmal besser ist*). Derlei Mahner stoßen die Selbstheilungskräfte einer ansonsten vitalen Sprache gelegentlich an, und das Deutsche ist vital: Der hiesige Tageszeitungsmarkt ist der größte in Westeuropa und der fünftgrößte weltweit. Deutschsprachige Literatur erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit, und französische – und israelische Jugendliche lernen mittlerweile deutsche Liedtexte auswendig, *Tokio Hotel* sei dank.

Man muss auch nicht gleich bei jedem Anglizismus den Untergang des Abendlandes ausrufen: Deutsch ist seit jeher eine Sprache in der Mitte Europas, stark beeinflusst durch Latein (»Fenster«, »Kloster«), Griechisch (»Demokratie«, »Philosophie«), Französisch (»Boulevard«), Arabisch (»Algebra«), Slawische Sprachen (»Gurke«), sogar Hindi (»Shampoo«) und natürlich Englisch. Es reicht aus, gegen Imponiergehe durch Sprachpanscherei zu sensibilisieren: »Voten« statt »wählen« ist derzeit in der Sprache des Jugendsenders *Viva* sehr angesagt, ein unnötiges Duplikat. Aber neudeutsche Begriffe wie »World Wide Web« machen Sinn (Vorsicht: »Sinn machen« ist ein Anglizismus, eigentlich muss es »Sinn haben« heißen), da sie internationale Standards sind, die eine Kommunikation über die Landesgrenzen hinaus ermöglichen. Andere Begriffe sind

einfach geläufiger als die urdeutschen: »Telefon« ist doch »Fernsprecher« vorzuziehen, oder? Im Übrigen hat selbst der *Verein Deutsche Sprache* nichts gegen Anglizismen, wie »fair« oder »Interview«. Warum eigentlich nicht? Man könnte doch statt »fair« einfach »gerecht« sagen und statt »Interview« »Gespräch« – das wäre wohl doch nicht dasselbe.

Wie man unvernünftig mit der eigenen Sprache umgeht, zeigen uns aktuell auch einige osteuropäische Länder: In der Slowakei steht der Gebrauch eines »unsauberen Slowakisch« neuerdings unter Strafe, und einige befürchten, die Regierung könne in Zukunft die Medien ethnischer Minderheiten wegen »schlechter Sprache« zensieren. Übertriebenen Sprachstalinismus kann man auch im ehemaligen Jugoslawien entdecken. In Kroatien beispielsweise merzt man Fremdwörter per Gesetz aus, so dass der Helikopter mittlerweile, sinngemäß übersetzt, »Drehantriebsflugmaschine« heißt – na gut, wer dann glücklicher ist ...

Sowohl das Grundgesetz (Artikel 3: »Niemand darf wegen ... seiner Sprache ... benachteiligt oder bevorzugt werden«) als auch europäische Regelungen sehen im Übrigen schon lange den Schutz von Minderheitensprachen vor: Die Länder Schleswig-Holstein und Brandenburg schützen beispielsweise die Sprachen ihrer Minderheiten, der Dänen und Sorben. Gerade in der Europäischen Union ist es wichtig, den kleinen Volksgruppen und Nationen bei der Erhaltung ihrer Sprachen zu helfen – das schützt Identitäten und kommt zuletzt der Akzeptanz einer immer größer werdenden Europäischen Union zugute. Eine Grundgesetzänderung um ein weiteres Staatsziel ist dann sinnvoll, wenn – wie beim Tier- und Umweltschutz in Artikel 20a, die 1994 und 2002 hinzugefügt wurden – eine für Deutschland lebenswichtige Grundlage bedroht ist. Das kann man von der deutschen Sprache ernsthaft nicht behaupten.

Man darf sich allerdings schon fragen, warum Deutsch eine von 23 Amtssprachen

der EU und eine von drei Arbeitssprachen ist, in der täglichen Arbeit der Kommissionsdienststellen de facto jedoch Englisch und Französisch dominieren. Zur Erinnerung: Deutsch ist die am meisten gesprochene Muttersprache innerhalb der Europäischen Union.

Diese Frage wird von einer Grundgesetzänderung, die das Deutsche verbindlich in die Verfassung schreibt, aber überhaupt

nicht angepackt. Der CDU-Vorschlag ist vielmehr der Versuch, die gescheiterte Leitkulturdebatte durch die Hintertür wieder einzulassen. Vielleicht ist vor diesem Hintergrund demnächst auch eine weitere Initiative der CDU zu erwarten: Sauerbraten mit Klößen ins Grundgesetz! Oder das Neuzeller Brauersteak mit Schwarzbier-Backobstsauce! Dubslav von Stechlin wäre begeistert.

*Wolfgang Thierse*

## **Das Staatsziel Kultur gehört ins Grundgesetz – mitsamt der deutschen Sprache**

*Muss das denn sein? Die CDU hat auf ihrem Parteitag in einem Antrag beschlossen, das Grundgesetz im Artikel 22 zu ergänzen um den Satz: »Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch«. Die Aufregung ist seither groß. Der Vorschlag sei überflüssig und lächerlich, sagen die Einen und die Anderen sagen, er sei integrations- und ausländerfeindlich, grenze an Nationalismus. Der sozialdemokratische Bundestagsvizepräsident widerspricht entschieden.*

In einem Leserbrief in der *Frankfurter Rundschau* hieß es: »Der Vorschlag ist eine populistische Verbeugung vor den Rechtsradikalen und selbst schon ein kleiner Schritt zur Mobilisierung von Ausländerfeindlichkeit«. In der CDU selbst ist der Vorschlag umstritten, nicht wenige Sozialdemokraten und Grüne haben schon scharf ablehnend reagiert. Die Aussichten seiner Verwirklichung sind also gering. Wieder einmal ein Sturm im Wasserglas, eine typisch deutsche hysterische Debatte? Muss das alles sein?

Eigentlich nicht. Und es gibt gegenwärtig wahrlich Wichtigeres zu tun, selbstverständlich. Fanatischer Eifer will sich bei mir partout nicht einstellen, eher schon irritiertes Erstaunen. Denn das bestreitet doch niemand ernsthaft: Deutsch ist das selbstverständliche Verständigungsmittel der hier im Land Lebenden, jedenfalls ihrer großen Mehrheit. Bestandsschutz für unsere Sprache erscheint ganz offensicht-

### **Wolfgang Thierse**

(\* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vize-Präsident. Er ist zudem Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission sowie des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de

lich nicht nötig. Deutsch ist, per Gesetz festgelegt, die Amts- und Gerichtssprache der Bundesrepublik Deutschland. Eine Grundgesetzergänzung einer Selbstverständlichkeit wegen – das muss nicht sein. Aber darf das auch nicht sein?

Allerdings: Nach vielen Umfragen der vergangenen Jahre sind Dreiviertel der Deutschen genau dafür! Und der Blick in die Nachbarländer lehrt: 19 europäische Staaten haben ihre Sprache in der Verfassung verankert, die anderen drei deutschsprachigen Länder auch (die Türkei übrigens ebenso, daran seien diejenigen türkischstämmigen Kritiker erinnert, die wie-

der Unachtsamkeit bezeichnet? Es mag nach aufgeregter Übertreibung klingen, wenn man von »sprachlich-moralischer Verluderung« des Deutschen spricht und wenn man dem sich verstärkenden Trend keine Sympathie entgegenbringen kann, lieber ins falsch Amerikanische zu wechseln als verständlich Deutsch zu reden und zu schreiben.

Gewiss, wir Deutschen sind gebrannte Kinder, negative Erfahrungen mit brauner (oder roter) Sprachpolitik wirken nach. Aber es wäre trotzdem gut und notwendig, zwischen Deutschtümelei und Liebe zur eigenen Sprache unterscheiden zu können und zu dürfen. Zudem sollten wir eine freundliche Erfahrung in Erinnerung behalten: Die deutsche Sprache war und blieb auch in den Zeiten der staatlichen Spaltung ein einigendes Band (es entwickelte sich eben – trotz mancher sprachlicher Eigenheiten – keine eigene DDR-Sprache).

Aber handelt es sich nicht um untaugliche, unwirksame »Symbolpolitik«, um einen »bürokratischen Akt«? Das sind eigentümliche Vorwürfe. Das Grundgesetz ist insgesamt ein hochsymbolischer Text – aber, wie wir wissen, von beträchtlicher Wirksamkeit: Es ist Voraussetzung, Grundlage, Maßstab, Korrektiv konkreter politischer Entscheidungen, macht diese nicht überflüssig, im Gegenteil. Die Aufnahme der deutschen Sprache in unsere Verfassung ersetzt nicht wirkungsvolle Bildungs- und Integrationspolitik, selbstverständlich. Aber würde ein solcher Verfassungsartikel nicht Politik, Staat, Verwaltung, Wirtschaft, Medien stärker in die Pflicht nehmen, das wichtigste Integrations- und Aufstiegs-Instrument, nämlich die Beherrschung der gemeinsamen Sprache, mehr und energischer zu fördern und zu schützen? Könnte das nicht auch dazu beitragen, wieder mehr Deutsch als »Denglisch« z.B. in der Werbesprache zu verwenden, wie es Verbraucherschützer wünschen, oder gar die *Bahn AG* zu veranlassen, gelegentlich wieder Deutsch zu verwenden?

der einmal die Gefahr einer »Zwangsgermanisierung« heraufkommen sehen). Warum darf in Deutschland nicht sein, was in anderen Ländern möglich oder selbstverständlich ist? (Gewiss gibt es auch Länder, in denen die Sprache nicht Verfassungsrang hat, Italien z.B. oder Schweden.)

### **Was der protestierende Widerwille verrät**

Wie wenig selbstverständlich doch das als selbstverständlich Behauptete ist: die Geltung, der Rang der deutschen Sprache! Was verrät der Streit über das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Sprache? Ist es bloß müde und konservative Kulturkritik, wenn man es als ein Verhältnis der Lieblosigkeit,

»Die Sprache gehört dem Volk.« Das ist ein starker und richtiger Satz. Die Muttersprache ist eben nicht nur eine private Angelegenheit, sondern ein öffentliches Gut, das begründet die politische Verantwortung für sie – in dem vernünftigen Sinn des Wortes »politisch«, nämlich der gemeinsamen Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten.

### Mittel zur Integration

Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein notwendiges, wenn auch kein hinreichendes Mittel der Integration. Ohne die Fähigkeit, sich sprachlich zu verständigen, also ohne gemeinsame Sprache ist friedliches Zusammenleben, ist politisch-soziale Gemeinsamkeit, ist aktive und gleichberechtigte Bürgerschaft schwerlich möglich. Dieser fundamentalen Tatsache Verfassungsrang zu verleihen, der Erwartung an Einwanderer, Deutschkenntnisse zu erwerben, eine verfassungsrechtliche Grundlage zu geben – was soll daran fremden- bzw. ausländergefährlich sein? Es folgt daraus ja keineswegs ein Verbot, andere Sprachen zu

sprechen. Im Gegenteil, mit der ausdrücklichen Wertschätzung der eigenen Sprache kann und sollte sich auch in Deutschland die Bereitschaft verbinden, Zwei- oder Mehrsprachigkeit, z.B. von Migranten, nicht als Defizit, sondern als Reichtum zu betrachten.

Muss das also sein: Deutsch ins Grundgesetz? Nein, es muss nicht unbedingt, aber es kann und es sollte! Das Selbstverständliche und seinen Rang festzustellen, das ist in unserem Land offensichtlich anstößig. Aber warum sollten wir dem Anstoß nicht folgen?

Nachtrag: Wer für Deutsch im Grundgesetz eintritt, sollte die Aufnahme eines Staatsziels Kultur in unsere Verfassung nicht ablehnen (wie es CDU-Politiker tun). Wer für das Staatsziel Kultur eintritt, sollte der deutschen Sprache den Verfassungsrang nicht bestreiten (wie es SPD-Politiker tun). Sonst machte er sich in seiner Argumentation unglaubwürdig. Die Aufnahme eines Staatsziels Kultur, also die Selbstdefinition der Bundesrepublik Deutschland als Kulturstaat, halte ich im Übrigen für wichtiger, weil von weitreichenderer Wirkung (die Sprachkultur eingeschlossen)!

*Thomas Pogge*

## Gerechtigkeit in der Einen Welt

*Der John Rawls-Schüler und einer der renommiertesten Gerechtigkeitsphilosophen Thomas Pogge hielt auf der jüngsten Tagung »Philosophy meets Politics« des Kulturforums der Sozialdemokratie den Einführungsvortrag. Der folgende Text präsentiert seine Leitgedanken.*

In den letzten Jahren ist das Wohlstandsgefälle trotz der Millennium-Entwicklungsziele größer geworden. Das globale Durchschnittseinkommen steigt zwar an, aber ebenso die Anzahl der Armen. Dies wirft Fragen der Gerechtigkeit auf, die auch deshalb so akut sind, weil viele der Wohlhabenden sich keinerlei Verantwort-



**Thomas Pogge**

(\* 1953) ist Professor für politische Philosophie und Ethik an der Yale University. Bei *De Gruyter* erschien 2007: *Weltarmut und Menschenrechte. Kosmopolitische Verantwortung und Reformen.*

thomas.pogge@yale.edu

tung für die Beseitigung der Armut zu schreiben.

Der Gerechtigkeitsbegriff lässt sich philosophisch als vierstelliges Prädikat analysieren:

*Erstens:* Was sind die Subjekte der Gerechtigkeit, was kann entweder gerecht oder ungerecht sein? Dafür gibt es verschiedene Kandidaten: Weltzustände, Akteure, Handlungen, soziale Regeln und auch organisierte Sozialsysteme, wie z.B. ein Staat, der sowohl hinsichtlich seiner internen Organisation als auch hinsichtlich seines internationalen Handelns moralisch bewertet werden kann. Über die Ungerechtigkeit von Weltzuständen zu reden, ist oft unfruchtbar, weil dabei meistens offenbleibt, wer Verantwortung trägt, solche Ungerechtigkeit zu beseitigen. Meine Arbeit konzentriert sich auf die Gerechtigkeit sozialer Regeln, bei denen solche Fragen zur Verantwortung besser in den Blick kommen.

*Zweitens:* Wer sind die Betroffenen? Wem widerfährt Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit? Dies sind in erster Linie einzelne Menschen, die die Auswirkungen am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

*Drittens:* Hinsichtlich welcher Güter oder Lasten erfahren die Betroffenen Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit? Hier sind ökonomische Güter von Wichtigkeit – wie etwa Nahrungsmittel und Wasser –, die Menschen brauchen, um ihre Grundbedürfnisse abdecken zu können.

*Viertens:* Wer ist dafür verantwortlich, dass bestimmte Güter und Lasten ungleich verteilt sind? Hier sollte man fragen, ob die globalen Regeln, die durch die WTO und andere Organisationen herausgebildet wurden, gerecht sind und insbesondere, ob sie die Menschenrechte erfüllen.

Die Menschenrechte sind der weltweit anerkannteste Katalog von Grundbedürfnissen, die für jeden Einzelnen gesichert werden müssen. Schon 1948, in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, wird klar gesagt, dass diese Rechte auch

moralische Ansprüche an soziale Regeln einschließen: »Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.« Dieser Artikel 28 sagt etwas darüber aus, wie alle Menschenrechte zu interpretieren sind, nämlich nicht nur als Ansprüche gegen Akteure, sondern auch als Ansprüche an die Regeln, die nationale oder internationale Sozialsysteme organisieren. Wir haben also unsere internationale Ordnung menschenrechtskonform zu gestalten.

### **Menschenrechtsdefizite**

Von seiner Verwirklichung am weitesten entfernt ist heute das Menschenrecht auf einen minimalen Lebensstandard. Dazu gehören: minimale Gesundheitsvorsorge, Nahrung, Kleidung, Wohnung und ärztliche Versorgung (Artikel 25). Wenn wir die Allgemeine Menschenrechtserklärung als eine minimale Gerechtigkeitstheorie zugrunde legen, müssen wir feststellen, dass unsere internationale Ordnung möglicherweise sehr ungerecht ist und im Hinblick auf bessere Erfüllung der Menschenrechte reformiert werden sollte.

Es gibt heute ungefähr 6,7 Milliarden Menschen auf der Welt. Von denen sind knapp eine Milliarde unterernährt. Seit dem 1. Januar 2006 haben sich die Nahrungsmittelpreise in vielen Entwicklungsländern verdoppelt, wodurch die Unterernährung stark zugenommen hat. Unter anderem hat die Förderung von Biotreibstoffen die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe getrieben. Aber auch hinsichtlich anderer Grundbedürfnisse gibt es ganz erhebliche Deprivationen: beim Zugang zum Trinkwasser, bei minimaler medizinischer Versorgung, Obdachlosigkeit, dem Fehlen elektrischen Stroms, bei Analphabetismus und der Lohnarbeit von Kindern. Pro Jahr sterben ungefähr 57 Millionen Menschen.



Davon sind gut 30 % – etwa 18 Millionen – armutsbedingte Todesfälle. Seit Ende des Kalten Krieges starben mehr als 300 Millionen Menschen armutsbedingt. Das ist mehr als die Gesamtzahl aller derer, nämlich 200 Millionen, die durch Gewalteinwirkung von Regierungen im ganzen 20. Jahrhundert ums Leben gekommen sind.

In reichen Ländern werden diese riesigen armutsbedingten Menschenrechtsdefizite oft allein unter dem Thema Entwicklungshilfe diskutiert: Tun wir genug? Ich betone dagegen nachdrücklich eine andere Sichtweise: Wir sind aktiv mitverantwortlich für das Armutproblem, weil wir bei der Aufrechterhaltung von ungerechten Institutionen mitwirken, die vorhersehbar ein Fortbestehen massiver Armut zur Folge haben. Die reichen Länder leisten nicht nur zu wenig Hilfe, sondern tragen auch viel zu viel zum Fortbestand der Weltarmut bei.

Man kann eine institutionelle Ordnung menschenrechtsverletzend nennen, wenn folgende vier Bedingungen erfüllt sind: *Erstens* muss es natürlich ein Menschenrechtsdefizit geben. *Zweitens* muss dieses Defizit durch ein alternatives Design derselben institutionellen Ordnung vermeidbar sein. *Drittens* muss die Korrelation zwischen dem Aufrechterhalten der bestehenden Ordnung und dem Fortbestehen der Menschenrechtsdefizite vorhersehbar sein. Und *viertens* muss es auch vorhersehbar sein, dass dieses alternative Design der institutionellen Ordnung zu einer erheblichen Verringerung jenes Menschenrechtsdefizits führen würde. Wenn eine institutionelle Ordnung in dieser Weise menschenrechtsverletzend ist, dann trifft die Verantwortung dafür diejenigen, die an der Ausarbeitung und Durchsetzung dieser institutionellen Ordnung mitwirken. Sie trifft unsere und andere mächtige Regierungen, die das Welthandelssystem und andere internationale Regelungen aushandeln und deshalb für deren Auswirkungen verantwortlich sind.

Das bedeutet also, dass die armutsbedingten Todesfälle und Deprivationen heute mehrheitlich auf ungerechte institutionelle Strukturen zurückgehen, für die wir – Bürger wohlhabender Staaten – mitverantwortlich sind. Wir tragen dazu bei, den armen Menschen dieser Welt eine internationale Ordnung aufzubürden, unter der die Menschenrechte vieler nicht erfüllt sind.

### **These von der lokalen Verantwortung**

Nun gibt es ein sehr bekanntes und populäres Gegenargument gegen diese These: Ihm zufolge sind die Menschenrechtsdefizite nicht auf internationale Regeln, sondern ausschließlich auf lokale Umstände zurückzuführen, etwa auf die geografische Lage, das Klima oder die schlechten Herrschaftsstrukturen vieler Entwicklungsländer. Dieses Gegenargument stützt sich auf folgenden Gedanken: Trotz der bestehenden internationalen Regeln haben einige ehemals unterentwickelte Länder (Korea, China, Taiwan und Hongkong z.B.) im Gegensatz zu anderen (etwa Angola, Nigeria, Simbabwe oder dem Kongo) Armut beseitigen können, was für eine rein lokale Verursachung derselben spricht.

Gegen dieses Argument möchte ich einwenden: Die nationalen und regionalen Faktoren sind in keinem Fall unwichtig, aber globale Faktoren spielen eine ebenso große Rolle bei der Erklärung des Andauerns dieser Menschenrechtsdefizite.

In diesem Zusammenhang sind insbesondere drei globale Faktoren zu nennen: Zum *einen* der Protektionismus. Den Entwicklungsländern wurde Mitte der 90er Jahre eine Marktöffnung versprochen. Bis heute haben sie aber viel weniger Zugang zu unseren Märkten erhalten als zunächst zugesagt. Es gibt noch immer Zölle, Antidumping-Duties und jede Menge künstlich subventionierte Waren, die die Exportmöglichkeiten der armen Länder unterminie-

ren. *Zweitens* besteht das so genannte TRIPS Agreement (*Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights*). Dieses setzt fest, dass alle WTO-Mitglieder ein sehr striktes Patentrecht einführen müssen, das insbesondere für Medikamente gilt. Für die armen Länder ist es seit dem 1. Januar 2005 in Kraft. Für die allerärmsten Länder wird es am 1. Januar 2016 in Kraft treten. Dadurch werden billige generische Versionen patentierter Medikamente aus dem Verkehr gezogen. Dies führt dazu, dass sich sehr viele Menschen solche neuen Medikamente – z.B. *second-line* AIDS-Präparate – nicht leisten können und in Folge dessen an Krankheiten leiden oder sogar sterben, die man relativ billig vermeiden, heilen oder zumindest lindern könnte. Ein *dritter* Punkt ist, dass wir illegitimen Regierungen dadurch Vorschub leisten, dass wir sie als legitim anerkennen. So erlauben wir diesen Regierungen, bei uns Kredite aufzunehmen, für deren Rückzahlung wir dann das ganze Land verantwortlich machen. Sie dürfen zudem frei über die (eigentlich dem Volk zustehenden) Rohstoffe des Landes verfügen und sich von uns für Verkäufe derselben bezahlen lassen. Sie dürfen Verträge mit uns abschließen, an die dann das ganze Volk gebunden ist, und sie dürfen von uns Waffen importieren, mit Hilfe derer sie sich gewaltsam an der Macht halten können. Wieder ist es eine globale Regel, die mit diesen vier Privilegien politische Unterdrückung produziert. Diese Regel ist gut für die Industrieländer, die aus Entwicklungsländern Rohstoffe importieren können, egal, wer dort an der Macht ist. Sie ist gut für Gewaltherrscher in Entwicklungsländern, denen sie einen beständigen Geldfluss für die Dauer ihrer Herrschaft garantiert. Für die Menschen dieser Länder jedoch ist jene Regel katastrophal, weil sie zu illegitimer Machtübernahme anreizt und Gewaltherrschern die finanziellen und militärischen Mittel zum Machterhalt verschafft.

Sind die Bevölkerungen vieler afrikanischer Staaten wirklich selbst schuld daran,

dass sie von brutalen Diktatoren beherrscht werden? Oder sind vielmehr *wir* diejenigen, die ihre Unterdrücker durch das Zugeständnis der genannten vier Privilegien zu Putschversuchen animieren und dann mit Geld und Waffen unterstützen?

### Der Zynismus statistischer Kosmetik

Es wird oft davon gesprochen, dass die Globalisierung den Armen helfe. Mit den Millennium-Entwicklungszielen hat man sich vorgenommen, die Armut bis 2015 zu halbieren. Sprach man aber beim Welternährungsgipfel in Rom 1996 noch davon, die *Anzahl* der Armen zu halbieren, so sprechen die Vereinten Nationen heute nur noch vom Halbieren des *Anteils* der Armen an den Bevölkerungen der Entwicklungsländer. Außerdem haben die Vereinten Nationen den Anfang des Armutsabbaus auf das Jahr 1990 zurückverlegt.

Da die Bevölkerung der Entwicklungsländer über diesen Zeitraum von 25 Jahren (1990-2015) um 45 % wächst, bringt diese Reinterpretation den Zahlen nach eine ganz erhebliche Erleichterung bei der Armutsbeseitigung mit sich. Bei einer Anteilsrechnung genügt es nämlich nun, die Anzahl der Armen um 27,5 % zu reduzieren, um das gewünschte Ergebnis einer Halbierung zu erreichen. Hinzu kommt, dass die Weltbank die Armutsgrenze so niedrig ansetzt, dass die Armutsentwicklung positiv erscheint. Wenn man die Armutsgrenze, wie die Weltbank es heute tut, bei 1,25 Dollar (Kaufkraft 2005) ansetzt, dann ist die Anzahl der Armen 1990-2005 immerhin schon um 23 % gesunken.

Hätte die Weltbank stattdessen eine vernünftiger Armutsgrenze von 2 Dollar gewählt, dann würde sie im selben Zeitraum ein Absinken der Armut um nur 5,7 % verzeichnen. Die Erreichung des ersten Millenniumziels hängt also entscheidend davon ab, dass man die Armutsgrenze möglichst niedrig ansetzt.



Zur Abdeckung der in den Menschenrechten eingeschlossenen Grundbedürfnisse braucht ein Mensch allerdings mehr als das Kaufkraftäquivalent von 1,25 Dollar pro Tag. Und eine solche höhere Armutsgrenze ist auch unserem Weltwirtschaftsniveau angemessen: Es leben heute 2,6 Milliarden Menschen von weniger als 2 Dollar pro Tag. Das sind ca. 40 % der Weltbevölkerung. Dennoch beträgt deren Gesamtanteil am Welteinkommen nur gerade einmal 1,3 %.

Hier zeigt sich ein unglaubliches Missverhältnis zwischen der menschlichen und der ökonomischen Größe des Weltarmutproblems. Obwohl unvorstellbar viele Menschen an extremer Armut leiden und sterben, fehlt ihnen insgesamt kaum mehr Geld als die reichen Länder für Agrarsubventionen oder für die Sanierung des Irak und unseres Bankensystems ausgeben.

Warum gibt es in einer Welt, deren ansehnliches Durchschnittseinkommen immer weiter ansteigt, immer noch so furchtbar viel bittere Armut? Zur Beantwortung dieser Frage muss man auf nationale und auch auf globale Faktoren rekurrieren. Wie oben dargestellt, üben globale institutionelle Strukturen einen starken Einfluss auf viele der relevanten nationalen Faktoren aus. Entweder direkt, wie im Fall der überpreiserten Medikamente und des Protektionismus, oder indirekt, wie im Fall der Privilegien für illegitime Herrscher in den Entwicklungsländern.

Die Verantwortung für die Ausformung und Durchsetzung dieser globalen institutionellen Ordnung liegt bei den mächtigeren Industrieländern – und damit letztlich auch bei uns Bürgern, die wir für die Politik unserer Regierung verantwortlich sind.

*Roland Benedikter*

## Hoffnungsträger Barack Obama?

### Anmerkungen aus europäischer Sicht

*Über das neue Gesicht an der Spitze der Vereinigten Staaten darf sich auch »Old Europe« freuen: jünger, moderner und vor allem weltoffener. Doch wird Obama alles anders und vieles besser machen? Gerade in Zentraleuropa sollten wir uns hüten, ihn zu mystifizieren.*

Barack Obama hat Amerika und der Welt einen historischen Tag beschert. Ich habe ihn kurz vor seiner Wahl an der Westchester University in Pennsylvania getroffen. Er ist mit Abstand der begabteste, intellektuell gewandteste und fähigste Politiker, den ich je erlebt habe – ein charismatischer Redner von Natur aus, der mit der Magie der Worte Realitäten, gemeinsame Räume schaffen kann. Dies durchaus in der Tradition der griechischen Redner des Altertums, die ja an den angloamerikanischen Elite-Universitäten nach wie vor von



**Roland Benedikter**

(\* 1965) ist derzeit Visiting Research Scholar am European Institute der Columbia University New York, USA, und Visiting Professor an der School of Global Studies, Social Science and Planning der Royal Melbourne Institute of Technology University Melbourne, Australien.

rolandbenedikter@yahoo.de

größter Wichtigkeit sind. Wenn man seine Reden in »neutraler« Schriftform anschaut, sind sie oft plakativ und oberflächlich. Aber von ihm gesprochen, scheinen sie an

Tiefe zu gewinnen. Was ist von Obama wirklich zu erwarten? Sehen wir dazu zunächst auf sein Profil.

### **Zwischen Intellektuellem und politischem Profi**

Obama weist ein Profil im Schnittpunkt zwischen Intellektuellem und politischem Profi auf, wollte lange Zeit als Professor für Rechtswissenschaften Karriere machen. Er hatte nicht nur ein Rechtsanwaltsbüro, sondern war in seinem Heimatstaat Illinois an der Universität Chicago, einer der führenden Elite-Universitäten des Landes, viele Jahre lang »Lecturer« für Verfassungsrecht (1992-2004). Er wäre aufgrund seines herausragenden Rufs problemlos in wenigen Jahren Professor geworden. Doch interessanterweise hat er nie auch nur einen relevanten Aufsatz veröffentlicht. Obama ist bis heute kein schreibender Intellektueller, sondern ein »mit dem Wort Begabter«. Er verstand sehr schnell, dass er mit dem gesprochenen Wort viel mehr – auch für seine eigene Karriere – erreichen kann als mit der (akademischen) Schrift und entschied sich für eine Karriere in der Politik, als er seine Begabung zur Inspiration anderer während seiner Lehrtätigkeit entdeckte. Dazu kam etwa zeitgleich seine religiöse Konversion, die ihn zu einem zutiefst überzeugten, ja zum Teil fundamentalistischen Christen machte.

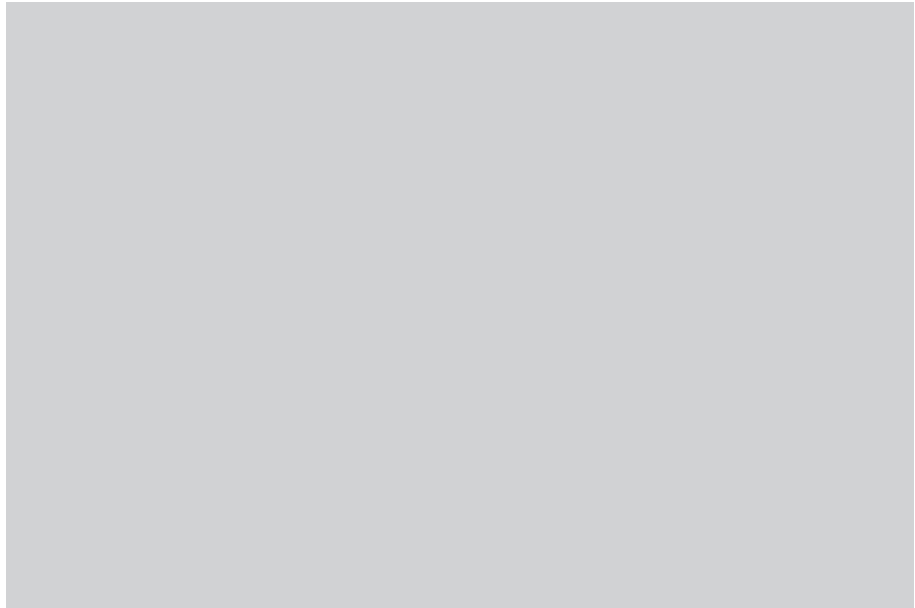
Dieser Werdegang hat nun einen jungen schwarzen Intellektuellen zum Präsidenten der USA gemacht. In der Tat: Nach den Bush-Jahren tut ein solcher Präsident richtig gut. Obama ist einer der ganz wenigen wirklichen Intellektuellen in den USA, die selbst Entscheidungsverantwortung übernehmen. Daraus kann sich einerseits durchaus eine neue Rolle für die US-Intellektuellen insgesamt ergeben.

Obama hat während seines Wahlkampfes systematisch alle wichtigen Universitäten der USA besucht und dort viel

Zeit in die Diskussion mit Studenten, Professoren, Zivilgesellschaftern und Intellektuellen investiert. Im Unterschied zu seinem Vorgänger Bush und zu seinen internen Konkurrenten, vor allem zu Hillary Clinton, weiß er genau, dass das die Nachhaltigkeitperspektive ist: dass die Meinungsmacher und Entscheidungsträger der kommenden Jahre an den Unis zu finden und zu gewinnen sind – und dass sie, weil sie die Elite sind, in der Tiefe überzeugt werden müssen. Denn Überzeugungen ändern sich nicht leicht, vor allem nicht solche, die im eigenen Bewusstsein – und das heißt: dialogischen – Bildungsprozess geformt wurden. Diese Strategie hat Obama über 80 % Zuspruch seitens der Studenten und der gebildeten Schichten eingebracht. Und sie wird ihm einen vergleichsweise stabileren Zuspruch während seiner Präsidentschaft sichern, als ihn der anti-intellektuelle George W. Bush je hatte.

Trotzdem ist Obama auch ein eiskalter politischer Profi, der seine Karriere bewusst geplant und zum Teil auch brutal durchgezogen hat. Sonst wäre er nie so schnell so weit gekommen. So servierte er z.B. seine wichtigste Förderin im Bundesstaat Illinois eiskalt ab, als er mächtig genug war, an ihre Stelle zu treten. Die Annahme, »dass er brutal genug ist, um ganz nach oben zu kommen« war in Illinois geradezu ein Sprichwort.

In Amerika und weltweit ist nun nach der Wahl dieses »politischen Intellektuellen« die Begeisterung zu Recht groß. In den akademischen Kreisen und in der amerikanischen Mittelschicht scheint mir die Stimmung aber unangemessen euphorisch zu sein. Obamas Sieg bedeutet zwar in der Tat einen intellektuellen Neuanfang für Amerika. Doch beginnt mit dem Tag seiner Wahl unweigerlich auch die Enttäuschung. Denn er wird der Mystifizierung, die ihn nach diesem Sieg nun begleitet, niemals gerecht werden können. Die Konstellation erinnert ein bisschen an John F. Kennedy. Er wurde als großer Hoffnungsträger und »Retter«



gesehen, dessen Ausstrahlung eine ganze Gesellschaft verändert hat. Aber Kennedy hat die Welt verändert, weil er Symbol-Politik machte. Das heißt: Er selbst war die zentrale Botschaft: jung, begabt, modern, offen. Aber hinter den Kulissen war er mit mafiösen Kreisen liiert, die seine Macht ermöglichten und stützten, war er ein unbeholfener Diplomat, ein schlechter Familienvater und ein außerordentlich brutaler Machtmensch alter Schule.

Alle wichtigen Analytiker stimmen heute darin überein, dass nur sein früher Tod die Amerikaner vor der großen Enttäuschung bewahrt hat, in seiner zweiten Amtszeit sein wahres Gesicht kennen zu lernen. Kennedy steht für die zwei Seiten der Macht, und ich warne angesichts der Lehren aus seinem Fall davor, irgendeinen Politiker zu mystifizieren, weil das in keinem Fall der Realität entspricht. Politik ist die Kunst des Möglichen, und es gibt keinen »Retter«. Es gibt nur Menschen, die das Beste versuchen. Das würde ich zum heutigen Tag auch Obama zugutehalten. Jede andere Sicht auf ihn halte ich für

schwärmerisch und daher für wenig sinnvoll.

### **Vereint Widersprüchliches**

Gerade in Zentraleuropa sollten wir uns deshalb hüten, Obama zu mystifizieren. Dass er Hoffnung stiftet, ist gut. Aber er vereint in seiner Politik auch widersprüchliche Positionen zwischen Glauben und Rationalität, zwischen regressiver und progressiver Spiritualität, zwischen Emanzipation und US-Traditionalismus. Die hunderttausend Menschen in Europa, die Obama in Berlin wie einem neuen Messias begegnet sind, waren aus meiner Sicht teilweise naiv, zum Teil auch peinlich für den alten Kontinent. In den USA hat das übrigens auch fast jeder so empfunden, weil die meisten Amerikaner wissen, dass Obama in seinem ideologischen und persönlichen Zentrum ein kirchengebundener Amerikaner alter Schule ist – »a true-blue, down-to-earth American«. Ganz sicher aber kein Liberaler im säkularen europäischen Verständnis.

Obama ist vielmehr in vieler Hinsicht ein traditionalistischer Machtmensch, der das System, aus dem er kommt, zwar bis zu einem gewissen Grad weiterentwickeln will, doch keineswegs die Absicht hat, es fundamental zu erneuern. Er will Amerikas Vorherrschaft in der Welt zementieren. Sein Buch *Hoffnung wagen. Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream* (Riemann Verlag 2008) spricht diesbezüglich Bände. Dort schreibt er von der »berechtigten kulturellen Bedeutung« von Waffen in seiner Heimat, der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der globalen Vorherrschaft Amerikas, der prinzipiellen geistigen Überlegenheit des christlichen Westens über alle anderen Zivilisationen (nicht: Kulturen).

Wohlgermerkt: Es geht um eine »Rückbesinnung«, nicht um etwas wirklich Neues. Aber weltweit sind sich die Beobachter einig, dass die Zeit der US-Weltherrschaft, der einzigen Supermacht und ihrer nach dem Fall der Berliner Mauer einseitig verkündeten »Neuen Weltordnung« zu Ende geht. Eine multipolarere Welt ist im Entstehen. Obamas Siegesrede, in der er darauf verweist, Amerikas Rolle in der Welt wiederherzustellen, ist historisch überholt.

Obama will, wie Amerika insgesamt, Gleichheit institutionalisieren. Das ist der amerikanische Traum: Alle dürfen gleich sein. Dies hat Amerika zwar nie erreicht, darin liegt aber das Ringen dieser Zivilisation. Europa hat einen anderen Traum, wie paradoxerweise vor allem der Amerikaner Jeremy Rifkin herausgearbeitet hat: Alle dürfen verschieden sein. Europa will Diversität institutionalisieren. Daraus ergeben sich, wenn auch im Rahmen derselben Bemühung im Gefolge der amerikanischen und französischen Revolution, unterschiedliche kulturelle Schwerpunkte. Meiner Meinung nach ist der europäische Traum qualitativ weiter fortgeschritten als der amerikanische. Deshalb ist für mich Obama nicht der große Neuerer. Er verfolgt die »Rückbesinnung« auf einen Traum, über den Europa bereits hinaus ist.

Oft wurde in Europa auch die Hoffnung geäußert, nun werde endlich eine Art Sozialdemokrat Präsident der USA. Doch Obama ist – nach europäischen Maßstäben – ganz sicher kein Linker. McCains Warnung vor dem »Sozialismus« Obamas war nur Teil von dessen durch und durch verpatztem Wahlkampf. Obama ist eher ein religiöser Mittelschichtvertreter mit starkem Rassen- und Emanzipationsbewusstsein, der allerdings selbst viele Millionen Dollar pro Jahr verdient und daher politisch-ökonomisch der konservativen Oberschicht angehört, wie übrigens fast jeder US-Präsidentschafts-Kandidat. Das ist eine Mischung, die man sich in Kontinentaleuropa nur schwer vorstellen kann. Obama ist in vielerlei Hinsicht ein (produktiver) Widerspruch in sich selbst: zwischen Religion und Modernität, zwischen Tradition und Erneuerung, zwischen Einkommens-Oberschicht und strukturell benachteiligten Schwarzen, zwischen Rassen-Bewusstsein und nach wie vor protestantisch-weißem, englischsprachigem (statt mehrsprachigem) Einheits-Anspruch der USA. Auf diese Widersprüche sollten wir als »kantianische«, das heißt jedem Vernunftanspruch gegenüber (selbst-)kritisch gesinnte Europäer achten.

Diese Wahl bedeutet auch nicht das Ende des schrankenlosen Neoliberalismus, wie viele Progressive in Europa erhoffen. Obama ist ein überzeugter Vertreter des US-Kapitalismus, der das System nicht verändern, sondern nur berechenbarer und für die Allgemeinheit zugänglicher machen möchte. Aber möglicherweise wird, unabhängig von dieser Wahl, mit der globalen Finanzkrise das viel und oft vorhergesagte Ende des Neoliberalismus erste Schritte machen. Dass wir in einer globalen Systemverschiebung im vierdimensionalen Spannungsfeld zwischen Wirtschaft (Krise des Neoliberalismus), Politik (Krise der Neuen Weltordnung), Kultur (Krise der Postmoderne) und Religion (globale Renaissance der Religionen) leben, steht für mich außer

Frage. Diese vierdimensionale Systemverschiebung ist sogar die wichtigste und spannendste Entwicklung der Gegenwart, von der auch Europa nicht unberührt bleiben wird. Inwieweit Obama darauf Einfluss nehmen wird und kann, ist derzeit schwer zu sagen. Die Wahl an sich ist dafür meiner Meinung nach nicht von Belang.

### Wichtige Symbolwirkung

Skeptiker hatten bis zuletzt bezweifelt, dass Amerika reif für einen Schwarzen im Weißen Haus sei und befürchtet, dass viele weiße Wähler in den Wahlkabinen ihren rassistischen Ressentiments freien Lauf lassen würden. Samuel P. Huntington, einer der wichtigsten Meinungsmacher in den USA, ruft in seinem Buch *Who are we? Die Krise der amerikanischen Identität* (2004) nach den klassischen WASP-Eigenschaften (weiß, englischsprachig, protestantisch), um den Weiterbestand des amerikanischen Weltrei-

ches zu sichern. Es muss sich angesichts dieser in führenden US-Kreisen weiterhin weit verbreiteten Überzeugung eines konstitutiven Zusammenhangs zwischen WASP-Eigenschaften und Stellung der USA erst erweisen, ob Obama, über die allgemeine Symbolwirkung hinaus, nur ein Durchbruch an der Spitze war, oder ob nun ein Durchbruch auch an der Basis folgen wird. Obamas Sieg ist aber ein wichtiges Symbol; und dieses kann durchaus dazu beitragen, das US-Gesellschaftssystem tatsächlich zu verändern. Denn Symbol-Politik hat im 21. Jahrhundert als verwirklichte Kulturpolitik in vielen gesellschaftspolitischen Fragen eine viel größere Wirkung als Real- oder Machtpolitik. Obama selbst ist vielleicht die wichtigste Botschaft. Die Tatsache der bis dahin für unmöglich gehaltenen Präsidentschaft eines jungen schwarzen Intellektuellen wird das System der USA weiterentwickeln – vermutlich mehr als Obamas einzelne Handlungen. Und das wird, so steht zu hoffen, für die ganze Welt ein Vorteil sein.

Tobias Moorstedt

## US-Wahlkampf als Laborversuch

### Das Internet und die Zukunft demokratischer Prozesse

*Selten hat eine moderne Technologie einen Wahlkampf so beeinflusst wie das Internet den US-amerikanischen im letzten Jahr. Vor allem Barack Obama hat verstanden, dass das Internet nicht nur ein weiterer Informationskanal neben den bestehenden ist, sondern dass die digitalen Medien die Spielregeln eines Wahlkampfes grundlegend verändert haben. Aber können sie auch zu einer Revitalisierung der Demokratie beitragen?*

Die erste Amtshandlung von Barack Obama als gewählter Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika bestand nicht etwa darin, einen *Chief of Staff* zu ernennen oder ein groß angelegtes Konjunktur-Programm anzukündigen; nein, er entwarf eine Webseite: [www.change.gov](http://www.change.gov) – eine Homepage für »eine neue Art von Politik«, auf



**Tobias Moorstedt**

(\* 1977) arbeitet als freier Journalist und Autor u.a. für *Süddeutsche Zeitung*, *NEON*, *Tages-Anzeiger* und die ARD, und gründete die Medien-Agentur *Nansen&Piccard*. Im September 2007 erschien sein Buch *Jeffersons Erben – wie die digitalen Medien die Demokratie verändern* im Suhrkamp Verlag.  
moorstedt@nansenundpiccard.de

der Obama mit Videoansprachen und Blog-Einträgen seine Prioritäten und Personalentscheidungen erklärt und die Mitglieder seines Kabinetts vorstellt. Die Webseite ist ein interaktives Büro, ein erster Schritt in Richtung *Open Government*: »Join the Discussion About Healthcare«, heißt es da zum Beispiel, ein Mausclick führt den Nutzer auf ein Forum, in dem Gesundheitsminister Tom Daschle die Fragen der Bürger beantwortet. Und unter der Rubrik »Your Seat at the Table« haben die Bürger sogar Zugriff auf Terminpläne und Gesprächsprotokolle der neuen Administration. Für Obama war es ein logischer Schritt, sich nach seinem Wahlsieg nicht mit Gesetzestexten zu beschäftigen, sondern mit HTML-Codezeilen. Schließlich hat er den neuen Job nur erhalten, weil er einen so überzeugenden Wahlkampf im Web geführt hat.

Die Tatsache, dass nun bald ein afro-amerikanischer Jura-Professor im Weißen Haus arbeiten wird, ist für viele Politiker, Lobbyisten und Medienschaffende noch immer schwer zu begreifen. Nur in einem sind sich Demokraten und Republikaner, *New Yorker* und *New York Post*, Intellektuelle und Polit-Handwerker einig: Web, Smartphones und Medien-Software haben den Wahlkampf für immer verändert. Die *New York Times* schrieb kurz vor der Wahl beeindruckt: »Seit 1960, als John F. Kennedy teilweise wegen des immer populärer werdenden Fernsehens gewann, hat es keinen Wahlkampf gegeben, in dem eine sich verändernde Technologie einen so großen Einfluss hatte wie in diesem.«

E-mail, Webseiten und Textnachrichten spielten natürlich bereits in vorangegangenen *Election Cycles* eine große Rolle – 2008 gilt jedoch trotzdem vollkommen zu Recht als erster Wahlkampf des Internet-Zeitalters. Obama und McCain (und, das darf man nicht vergessen, unzählige Kandidaten in regionalen Wahlkämpfen) tauchten auf *MySpace* und *Facebook* auf, schrieben ihren Anhängern blitzschnelle

Kurznachrichten über *Twitter* und Mobiltelefon, zeigten ihr Gesicht und Image auf der Video-Börse *YouTube*. Die DSL-Leitungen und *Wifi*-Netze bildeten eine Partizipationsarchitektur, in die sich die Menschen einloggen und so wieder mit dem politischen Prozess verbinden konnten. Laut der Studie des *Pew Internet & American Life Project* haben 50 Prozent der Internet-Nutzer im Jahr 2008 eine E-Mail »mit politischem Inhalt oder Bezug zum Wahlkampf« verschickt oder weitergeleitet. 35 Prozent haben sich Videos auf *YouTube* angesehen und immerhin zehn Prozent haben die Kandidaten auf Seiten wie *MySpace* oder *Facebook* besucht. Fünf Prozent der User haben in Blogs und Foren einen Kommentar zum Wahlkampf veröffentlicht, sechs Prozent online für einen oder mehrere Kandidaten gespendet. Zieht man in Betracht, dass die meisten dieser Web-Applikationen erst seit wenigen Jahren auf dem Markt sind, so sind diese Zahlen erstaunlich und machen Mut. Die neuen Medien und die damit einhergehenden Interaktivitäten sind neben anderen Faktoren ein Grund für die historische Wahlbeteiligung. 28 Prozent der Befragten erklärten in der *Pew*-Studie, das Internet verleihe ihnen das Gefühl, in einem »direkteren und persönlicheren Kontakt mit den Kandidaten« zu stehen, 22 Prozent sagten, ohne das *World Wide Web* wären sie »weniger oder gar nicht involviert«.

### **Offen, transparent und partizipatorisch**

Während die Wahlkampf-Webseiten früher nur digitale Abbilder von analogen Materialien wie Postern und Flugblättern waren (*virtual yardsigns*, spottet die Branche heute über ihre ersten Versuche), ist *mybarackobama.com* eine interaktive Plattform und soziale Community, mit der Obama nicht nur Informationen an Anhänger und den ewigen Wechselwähler sendet,



sondern einen Raum schafft, in dem sich seine Fans treffen, Nachrichten austauschen und unabhängig von der Zentrale lokale Veranstaltungen planen können. Allein in den letzten Tagen vor der Wahl veranstalteten die *mybarackobama.com*-Mitglieder mehr als 50.000 Fundraising- und Unterstützer-Events, und sie führten mehr als 1,3 Millionen Telefonate durch. Umfragen zufolge wurden 32 Prozent der Wähler vom Obama-Team kontaktiert, nicht durch TV-Spots oder *Robo-Calls*, sondern von Mensch zu Mensch. Außerdem nahm Obama auf *mybarackobama.com* mehrere Hundert Millionen Dollar an Spendengeldern ein – im Netz sammelte er das soziale und finanzielle Kapital für den Erfolg.

Als einziger Kandidat hat Barack Obama verstanden, dass das Internet nicht nur ein zusätzlicher Kanal ist, der sich neben Radio, Postwurfsendungen und TV-Spots in den »Media Mix« einfügen lässt, mit dem die Werbeindustrie eine maximale Zielgruppe ansprechen will. Die digitalen Medien haben die Spielregeln des Wahlkampfes grundlegend verändert – das Spiel wird schneller und es sind mehr Teilnehmer auf dem Feld. »Offen, transparent und partizipatorisch« nannte Obama seine Kampagne gegenüber dem *Time Magazine* und sprach damit Werte an, die – wie er selbst bemerkte – »hochkompatibel sind mit der Kultur des Internet«. Er hat verstanden, dass interaktive Werkzeuge wie E-Mails, Weblogs, Videoportale, Soziale Netzwerke, Podcasts oder die ultraschnellen Kommunikationsmittel *Instant Messenger* und *Twitter* nicht nur Politikern zur Verfügung stehen, sondern auch und vor allem Gewerkschaftern, politischen Aktivisten und Bürgern – allen Menschen also, die an der gesellschaftlichen Debatte teilnehmen wollen. Obama hat erkannt, dass viele Menschen sich nicht länger mit der Rolle des Online-Spenders oder Arbeitstiers für einen Kandidaten abfinden, sondern unabhängig agieren wollen. Web-2.0-Anwendungen leben ja gerade vom sogenannten *user generated content*

von der Kreativität und der sozialen Energie der Nutzer, die Inhalte, Fotos und andere Dokumente zur Verfügung stellen. Im Rahmen der Politik 2.0 rückt nun der *voter generated content* in den Vordergrund. Blogger sind in den USA längst mächtige Meinungsführer; im Wahlkampf 2008 organisierten normale Bürger selbstständig Parteitreffen, sie programmieren Webseiten oder fabrizieren Videos, die große Popularität erreichen.

### **Theoretisch sind alle gleichberechtigt**

Utopien der »interaktiven Demokratie« oder *Essembly*, Organisationsformen also, in denen wirklich jeder Einzelne an Entscheidungsfindungsprozessen teilnehmen kann, zirkulieren deshalb bereits seit der Erfindung des Internet auf den Servern und in den Köpfen der Netzpioniere. Im Internet, dem »Peer-2-Peer«-Netzwerk, gibt es keine zentralen Knoten, zumindest in der Theorie sind also alle Teilnehmer gleichberechtigt, Sender und Empfänger zugleich (fast scheint es so, als wäre Bertolt Brechts Radiotheorie nach mehr als 80 Jahren doch noch Realität geworden). Funktioniert das Internet tatsächlich als digitales Gemeindezentrum, als ein grüner Pixel-Baum, unter dem die Menschen zusammen kommen, um über die besten Lösungen zu diskutieren – selbstbestimmt und frei?

Barack Obama hat Reformen angekündigt, die einen neuen Zugang zum Regieren, aber auch zur Technologie vermuten lassen. In einer »googlebaren« Datenbank will er Angaben zu den Regierungsausgaben ins Netz stellen. Obama hat außerdem angekündigt, er werde selbst einen Blog schreiben und seinen Wählern bei sogenannten *Online-Fireside-Chats* erklären, wie die Politik funktioniert. Außerdem will er jeden Gesetzesentwurf im Internet veröffentlichen, damit Bürger, Wissenschaftler und Firmen den Text lesen und kommentieren

können – eine Art *Open-Source-Legislative*. Erst die folgenden Jahre und Legislaturperioden werden zeigen, ob das Internet mit seiner ihm eigenen Interaktivität und Transparenz dauerhaft und jenseits der Wahlkampf-Euphorie zu einer Revitalisierung der Demokratie beitragen kann.

Auch abseits des Wahlkampfes gibt es jedoch bereits Internet-Projekte, die die Web-2.0-Werte wie Transparenz und Interaktivität in den politischen Alltag integrieren. Webseiten wie *10 Questions* oder *Bigdebate* helfen dem Kollektiv, mit ein paar Mausklicks eine Agenda zu formulieren. Die Webseiten *Opencongress* und *Congresspedia* funktionieren ganz ähnlich wie *Wikipedia*: Experten und Amateure erstellen freiwillig und ohne Bezahlung Dossiers zu den einzelnen Abgeordneten, die über deren Abstimmungsverhalten, Reden und Mitgliedschaften in Gremien informieren, so dass jeder auf den ersten Blick sehen kann, ob sich ein Parlamentarier eher für Bildungs- oder Verteidigungspolitik interessiert und ob er seinen Worten

auch Taten im Parlament folgen lässt. Durch die intuitive Aufbereitung in *Google Maps* und *Wikis*, durch die vertraute Oberfläche, die Buttons, blauen Links und klickbaren Indizes, findet man sich in dem Universum US-Kongress zurecht.

Der amerikanische Wahlkampf 2007/2008 hat mehrere Milliarden Dollar und unzählige Arbeitsstunden verschlungen – und manchmal hatte man den Eindruck, als würden nicht nur US-Bürger, sondern auch der Rest der Weltbevölkerung zur Wahlurne gebeten. Der ungehemmte Einsatz von Geld, Manpower und Technologie machte den Kampf zwischen Demokraten und Republikanern zu einem Labor, in dem man an der Zukunft demokratischer Prozesse bastelte – wir sollten deshalb auf dieser Seite des Atlantiks nicht nur das bunte und lärmende Medien- und Entertainment-Spektakel bewundern, sondern uns der Tatsache bewusst sein, dass dort Methoden und Strategien erprobt werden, die im Bundestagswahlkampf 2009 wohl ebenfalls Anwendung finden könnten.

*Olaf Scholz*

## Politik in unsicheren Zeiten

### Die Herausforderungen moderner Arbeitsmärkte

*Wir leben in unsicheren Zeiten. Für einen Soziologen eine nüchterne, empirisch-analytische Beschreibung der Zustände in unserem Land, ist diese Diagnose für den Politiker aber zugleich auch eine normativ-praktische Aufforderung zum Handeln, zum Wiederherstellen von Sicherheit, zum Entwickeln von Orientierung. Und es gibt kluge Lösungen, Sicherheit und Flexibilität zusammen zu bringen.*

#### Olaf Scholz

(\* 1958) war u. a. Generalsekretär der SPD und ist seit November 2007 Bundesminister für Arbeit und Soziales.

olaf.scholz@bundestag.de



Angesichts der weltweiten Finanzkrise sind die Unsicherheiten in den letzten Monaten eher gewachsen. Insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schauen mit weniger Zuversicht in die Zukunft und verlangen zu Recht nach Institutionen, die ihnen Halt und Stabilität versprechen. Wenn Unsicherheit in immer mehr Lebensbe-



reiche hineinkriecht, dann untergräbt das letztlich das ethisch-politische Fundament unserer Gesellschaft. Es macht es immer schwieriger, das Ethos der Arbeit auch tatsächlich als individuelle und gesellschaftliche Ressource zu erhalten. Die Würde der Arbeit – auch die Bestimmung zum Besseren, die in ihr liegt – gerät zwangsläufig unter Druck, wenn Arbeit schlecht bezahlt und sozial kaum abgesichert geleistet werden muss.

Vor ähnlichen Herausforderungen stehen alle westlichen Industrieländer. Das ist auch abzulesen an zwei US-amerikanischen Liedern, die jeweils den *Working Man* besingen: 1969 beschreibt der Country-Sänger Merle Haggard in seinem *Workin' Man Blues* das harte, aber auch stolze Leben eines amerikanischen Arbeiters, der sich fest vornimmt, so lange zu arbeiten, wie es seine zwei Hände zulassen. 2006 klingt das bei Bob Dylan im *Workingman's Blues #2* schon ganz anders: Da verdüstern immer niedrigere Löhne, verlagerte Jobs und sinkende Kaufkraft das Gemüt des Arbeiters. Hatte sein Vorgänger noch sein Schicksal selbst in der Hand und konnte bekennen, dass er niemals auf die Wohlfahrt angewiesen sein werde, kann sich der Arbeiter heute da nicht mehr so sicher sein. Tatsächlich herrscht bei vielen ein Gefühl tiefer Verunsicherung. Und zwar nicht nur in den sozialen Brennpunkten an den ausfransenden Rändern unserer Großstädte – deren Existenz wir in unserer nivellierten Mittelstandsgesellschaft lange Zeit für undenkbar hielten –, sondern auch mitten im Herz des deutschen Wohlstandsmodells: im Arbeitsleben.

Viele alte Gewissheiten werden ungewiss. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr ihr gesamtes Berufsleben bei einem Arbeitgeber. Manche wechseln regelmäßig zwischen Festanstellung und Selbstständigkeit – oft weil sie das müssen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ziehen immer häufiger der Arbeit hinterher und bleiben nicht mehr über

Jahrzehnte an einem Ort. Dahinter können neue Möglichkeiten stecken, aber auch Notwendigkeiten. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen mit einem Fluss an Informationen umgehen können, der nicht nur breiter, sondern auch schneller geworden ist. Anforderungen verändern sich beinahe wöchentlich. Das verlangt Flexibilität. Allerdings wäre es ein Trugschluss zu glauben, dass diese Flexibilität – die ja auch ihre guten Seiten hat – nur auf Kosten der Sicherheit in einer Gesellschaft zu haben wäre. Diesen Gegensatz gibt es vielleicht rhetorisch, nicht aber faktisch. Flexibilität kann unter sozialstaatlichen Rahmenbedingungen gewährleistet werden. Das ist die Aufgabe.

### **Den Sozialstaat auf die Höhe der Zeit bringen**

Der Sozialstaat hat fantastische Leistungen in der Vergangenheit erbracht; und er ist dazu auch in Zukunft in der Lage. Die Idee des sozialstaatlichen Ausgleichs ist gerade angesichts verschärfter gesellschaftlicher Unsicherheiten aktuell. Solidarität in großen Institutionen zu organisieren und in Rechtsansprüche zu fassen bedeutet schließlich auch, sich in einer Gesellschaft einander zu versichern. Die Kraft des Gemeinsinns ist eine wesentliche Ressource, weil sie dem Einzelnen Halt gibt bei dem Versuch, sein Leben zu meistern.

Wir müssen aufpassen, dass wir die Bürgerinnen und Bürger nicht mit dem Anschein einer permanenten Revolution aller Verhältnisse überfordern. Die beinahe maoistischen Anwandlungen, die manche Wirtschaftsliberale an den Tag legen, sind weder psychologisch noch wirtschaftlich klug. Der Soziologe Rainer Paris hat zu Recht davor gewarnt, dass »die *Permanenz der Reformen und Reformreformen*« den Erwartungshorizont und die Wahrnehmung bestimmt. Das schürt vielfach nicht einfach nur Ängste und Unsicherheit, son-

dern das zerstört eine Grundbedingung des gesellschaftlichen Lebens und Alltagshandelns: das Gefühl oder zumindest die Aussicht von Normalität«. Das Ergebnis ist eine Art Reformparadox: Die Verhältnisse verändern sich und erzeugen Unsicherheiten. Um die alten Sicherheiten weiterhin zu gewährleisten, müssen einige der dazu genutzten Instrumente verändert werden. Das aber schafft kurzfristig nur noch größere Unsicherheit. Gänzlich umgehen lässt sich dieses Phänomen nicht, aber es ist möglich, zumindest seine mutwillige Steigerung zu verhindern. Der Wettlauf um die radikalsten Einschnitte jedenfalls zerstört auch noch die letzten Reste Vertrauen, die wir als Reformressource dringend brauchen, um die kurzfristigen Effekte abzufedern, bevor die mittelfristigen Wirkungen eintreten können.

Alles Gerede von einem vermeintlich notwendigen Bruch mit unserem Entwicklungspfad ist daher verfehlt. Kündigungsschutz, Betriebsverfassung und Mitbestimmung stammen aus einer anderen Zeit. Sie passen aber auch noch zu einem deutschen Sozialstaat, der die Herausforderungen unserer Zeit bewältigt. Sie sind nach wie vor Grundlage der erfolgreichen Kooperation aller relevanten Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir brauchen kluge Lösungen, die es ermöglichen, Sicherheit und Flexibilität nicht gegeneinander in Stellung, sondern miteinander zum Schwingen zu bringen. Es gibt Beispiele, dass das möglich ist:

*Erstens:* Bildung, Ausbildung und Qualifizierung müssen jedem offenstehen und ihm ermöglichen, sein Potenzial voll zu entfalten. Der Rechtsanspruch, sich auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses vorbereiten zu können, zeigt die Bedeutung der sichtbaren Durchlässigkeit unseres Bildungssystems. Das gilt auch für eine deutlich verbesserte Förderung der Weiterbildung. Jeder Arbeitnehmer muss das Recht haben, seine hart erarbeiteten Qualifikationen zu bewahren oder auszuweiten.

*Zweitens:* Vom Versprechen der Vollbeschäftigung darf sich eine soziale Marktwirtschaft in einer demokratischen Gesellschaft nicht verabschieden. Niemand darf länger als ein Jahr arbeitslos sein. Dazu müssen wir nicht nur den Arbeitsmarkt stimulieren, sondern auch die Arbeitsvermittlung zur leistungsfähigsten Institution unseres Landes machen. Die dazu notwendigen Reformen sind in den letzten Jahren öffentlich eher als Quelle der Unsicherheit rezipiert worden. Aber das stimmt nicht: Sie haben Millionen von Menschen wieder die Perspektive auf Arbeit gegeben, darauf, das eigene Leben selbst in die Hand nehmen zu können. Das ist eine Voraussetzung dafür, Sicherheit und Selbstsicherheit erfahren zu können.

*Drittens:* Arbeit hat eine eigene Würde, die auch in einer angemessenen Entlohnung zum Ausdruck kommen muss. Weil das heutzutage keineswegs immer der Fall ist, steht seit einigen Jahren die Diskussion über den Mindestlohn weit oben auf der politischen Agenda. Über Jahre hinweg haben manche die Tarifautonomie und die Sozialpartnerschaft mit Forderungen nach »Deregulierung« und einem »Ende der Kompromisse« konsequent untergraben. Das Ergebnis heute ist, dass die Schutzinteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in manchen Bereichen nicht mehr durch Vereinbarungen der Tarifpartner allein zu sichern sind. Der Staat steht hier zunehmend mit in der Verantwortung. Ein Weiteres kommt hinzu: Wenn wir im Zuge der Arbeitsvermittlungsreformen zu Recht sagen, dass jede Arbeit ehrenwert ist, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass das stimmt. Beides gelingt mit klugen Mindestlohnregelungen.

*Viertens:* Sicherheit in einer modernen Arbeitswelt bedeutet auch Souveränität im planvollen Umgang mit der eigenen Arbeitszeit. Es geht darum, Langzeitkonten zu sichern und auszubauen, auf denen man Wertguthaben ansparen kann, um sich weiterzubilden, um in ein *Sabbatical* zu gehen

oder um sich um die Familie zu kümmern. Ein solches Instrument wäre inhaltlich der Kern einer Arbeitsversicherung, die »berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten« soll, wie es im Hamburger Programm der SPD heißt. Dazu gehören außerdem eine deutlich höhere Altersgrenze beim BAföG sowie mittelfristig eine verbesserte Organisation der Weiterbildung.

*Fünftens:* Zu einer modernen Arbeitswelt gehört die Möglichkeit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Gewinn und Kapital zu beteiligen. Vor dem Hintergrund der immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen Löhnen und Gewinnen ist das ein sinnvolles Vorhaben, das auch in kleinen und mittleren Betrieben zu fördern.

*Sechstens:* Auch diejenigen mit gebrochenen Berufsbiografien oder kleinen Einkommen aus Selbstständigkeit oder Freiberuflichkeit haben ein Anrecht auf eine ausreichende und verlässliche Absicherung im Alter. Wir werden Unsicherheiten nur dann abbauen können, wenn wir in der Lage sind, glaubwürdig zu versichern, dass sich die heutigen Anstrengungen auch im Alter bemerkbar machen werden.

### **Keine Zeit für Melancholie**

Politik ist nicht mehr – und war wahrscheinlich nie – in Kenntnis des einen archimedischen Punktes, von dem aus sich das Ganze verändern ließe. Aber Politik steht in der Verantwortung, ganz pragmatisch Lösungen für die anstehenden Probleme zu entwickeln und umzusetzen. Dabei bedarf es der Mitwirkung der klassischen Akteure auf dem Arbeitsmarkt. Es muss gelingen, sowohl Arbeitgeberverbände als auch Gewerkschaften wieder in die Lage zu versetzen, miteinander konstruktiv zu reden. Neben der öffentlichen Inszenierung der Differenz, um die eigene

Mitgliedschaft zu stabilisieren, muss der konstruktive Dialog in der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen wieder möglich werden. Erst das Zusammenspiel staatlicher Initiative und sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen bildet das Fundament, auf dem neue Sicherheiten in unserer Arbeitsgesellschaft entwickelt und gebaut werden können.

Die Unsicherheiten in unserer Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt sind gewachsen: Die technische und digitale Revolution, die neuen Möglichkeiten der Mobilität, alles das sind Erdstöße, deren seismische Wirkungen deutlich spürbar sind. Aber: Wenn sich die Landschaft verändert, dann hilft es nicht, den alten Weg gehen zu wollen. Wir haben keine Zeit für Melancholie. »The place I love best is a sweet memory«, singt Bob Dylans *Workingman*. Und fährt fort: »It's a new path that we trod.« Um diesen neuen Pfad müssen wir uns kümmern. Der alte Weg ist vielleicht längst verschüttet oder zum Umweg geworden. Wir brauchen neue Wege, auf denen wir uns in Bewegung setzen können.

Politikerinnen und Politiker müssen handeln. Auch für uns sind mit der Zeit die Zonen der Unsicherheit gewachsen, in denen wir uns bewegen: Je komplexer die Gesellschaft, desto weniger absehbar die Folgen einer einzelnen Policy-Initiative. Wir müssen deshalb bereit sein zum inkrementellen Handeln und zur Korrektur, so sie nötig sein sollte. Eines aber dürfen wir nicht: Zaudern und zögern. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen neben aller Analyse pragmatische und vor allem funktionierende Lösungen für ihre Probleme. Damit – und nicht mit Maximalforderungen – erreichen wir, dass Sicherheit und Vertrauen in unseren Sozialstaat wieder wachsen. Wer Ordnung schaffen will, der muss nach politischen Lösungen streben.

*(Aktualisierter Beitrag zum Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 10. Oktober 2008 in Jena.)*

Volker Gerhardt

## Helmut Schmidt und die Philosophie

*Seit Platon wiegen sich die Philosophen in der Überzeugung, kraft ihres überlegenen Wissens und der ihnen zuwachsenden Weisheit am Ende die einzig wirklich befähigten Herrscher zu sein. Kant widersprach, Regieren und Philosophieren seien zwei verschiedene Tätigkeiten. Ist Helmut Schmidt aber nicht der lebende Gegenbeweis?*

**Volker Gerhardt**

(\* 1944) ist seit 1992 Professor für Praktische Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Volker.Gerhardt@Philosophie.hu-berlin.de



### Philosophenkönige

Die Philosophen sollen nach Platon Könige werden. Das haben die Philosophen gerne zitiert und manche glauben immer noch daran. Doch Kant erklärt, Platon habe sich geirrt. Die Philosophen seien nicht geeignet, ein hohes Staatsamt wahrzunehmen. Es sei daher noch nicht einmal zu wünschen, dass sie leitende politische Positionen übernehmen.

Die Begründung ist nicht, dass die Philosophen auf die politischen Aufgaben nicht hinreichend vorbereitet sind. Hier hätte Platon sogleich mit dem Hinweis auf die von ihm eingeplante Ausbildung von mindestens fünfundvierzig Jahren parieren können. Kant hat vielmehr ein originär platonisches Argument, indem er auf die Arbeitsteilung verweist: Das Regieren und das Philosophieren sind zwei verschiedene Tätigkeiten, die sich nicht in einer Aufgabe vereinen lassen.

Wer regiert, hat die im Zusammenleben vieler Menschen tagtäglich anstehenden Probleme mit dem ernsthaften Versprechen einer Lösung anzugehen. Er hat gegensätzliche Ansprüche auszugleichen, Entscheidungen zu fällen und in die

Tat umzusetzen. Sein Geschäft ist die »ausübende Rechtslehre«, bei dem er auf öffentliche Zustimmung angewiesen ist. Diese Wendung Kants gibt eine gute Definition dessen, was als Spezifikum des Politischen gelten kann: Es stehen die Anwendung und die Umsetzung praktischer Vorhaben im Vordergrund. Da sie sich unter den Bedingungen öffentlicher Rechtfertigung zu vollziehen haben, müssen sie nicht nur auf einen für viele erkennbaren Erfolg angelegt sein; sie sind auch auf Zustimmung im Augenblick angewiesen. Dadurch ist die Politik hochgradig anfällig für Stimmungen, denen sie sich in dem durch sie geförderten Meinungsstreit ohnehin nicht verschließen kann.

Während die Politik, so langfristig sie auch rechnen und so viel Zukunft sie auch versprechen mag, die Gegenwart zu bestehen hat, ist die Philosophie in ihrem Anspruch auf Erkenntnis und Einsicht auf Dauer angelegt. Während der Politiker davon abhängig ist, dass er sein Gegenüber im Augenblick der Entscheidung überzeugt, muss sich der Philosoph um Argumente bemühen, die, wenn nicht für alle Zeiten, so doch mit Blick auf alle denkbaren Gegenpositionen zwingend sind.

Der Politiker hat es in erster Linie mit Menschen zu tun, denen er Sachverhalte nahe bringen muss, um ihrem Verlangen nach Schutz und Sicherheit entgegen zu kommen. Der Philosoph hingegen muss sich ganz auf die Sachverhalte konzentrieren, um zu einem möglichst gesicherten Wissen zu gelangen. Das hat er triftig und schlüssig darzutun. Streng ge-

nommen ist das Wissen sein einziges Mittel, um mit und in seinem Metier zu überzeugen.

Man sieht: Es gibt elementare Unterschiede in den Einstellungen, in den Verfahren und in den Zielen von Politik und Philosophie. Demgegenüber fällt die Gemeinsamkeit, dass beide in ihrer Tätigkeit so überzeugend zu sein haben, dass sie Anderen ein Beispiel zu geben vermögen, kaum ins Gewicht. Denn wir erwarten von jedem, ganz gleich, ob er Philosoph oder Politiker, Pilot oder Polizist, Pastor oder Profisportler ist, dass er sich *exemplarisch* verhält und damit Anderen als *Vorbild* dienen kann.

### Kopernikanische Wende

Platon und Kant sind sich allerdings einig darin, dass der Staatsmann und der Philosoph ein gemeinsames Interesse am *Wohlergehen der Menschen* haben. Beide, Politiker und Philosoph, sind auf das Ganze eines Lebenszusammenhangs bezogen, und beiden sollte es darum gehen, das individuelle wie das gesellschaftliche Befinden der Menschen zu befördern. Wenn nun der eine dies durch sein *Handeln* erreichen muss, während der andere das Glück hat, darüber *nachdenken* zu dürfen, dann haben sie, nach Kant, die besondere Pflicht, wechselseitig aufeinander zu hören. Daraus folgt, dass es dem Politiker obliegt, dem Philosophen Gehör zu verschaffen, so wie es für den Philosophen selbstverständlich sein sollte, sich auch im politischen Raum kundig zu machen. Wenn der Politiker klug ist, holt er sich den Rat des Philosophen, den der Philosoph, wenn er seine Pflichten kennt, nach Möglichkeit nicht verweigern sollte.

Der Pflicht, als Berater zu wirken, hat sich schon Platon nicht entzogen. Dreimal ist er nach Syrakus gereist, um einen sich aufgeklärt gebenden Tyrannen bei der Regierung zu helfen. Dreimal ist er gründlich gescheitert.

Das kann sich immer wiederholen. Daher ist es wichtig zu wissen, dass die durch Arbeitsteilung begründete Trennung zwischen Philosophie und Politik eine ganz andere Form der Beratung nach sich zieht. Ich scheue mich nicht, sie als ursprünglich demokratisch zu bezeichnen: Da die Politik von ihrer Anlage her ein öffentliches Geschehen ist, hat der Philosoph die Pflicht, sich öffentlich zu äußern. Was schon für sein Verhältnis zu den Wissenschaften gilt, kommt nun auch in seiner Beziehung zur Politik zur Geltung: Er hat als Kritiker zu wirken. Er hat zu allen zu sprechen, damit alle zu einem Urteil gelangen können, mit dem die Politik sich nicht nur auseinanderzusetzen hat, sondern dem sie sich letztlich unterwerfen muss.

Und damit die Bestimmung des Ganzen durch das mehrheitliche Urteil aller möglich ist, hat die Politik den öffentlichen Raum mit der gleichen Grundsätzlichkeit zu sichern wie die Grenzen ihres Territoriums. In ihm hat sie die Stimme der Philosophie auch dann zu ertragen, wenn sie ihr lästig ist – selbst in jenen Fällen, in denen sie einzelnen Personen oder Parteien gefährlich sein kann.

Helmut Schmidt hat seit dem Beginn seiner politischen Laufbahn von der Arbeitsteilung zwischen Politik und Philosophie gewusst. Er sah sich nicht nur viele Jahre genötigt, sie in seiner Partei und gegenüber außen stehenden Kritikern zu verteidigen. Er scheint sie durch seine beispielhafte Karriere nach dem Ausscheiden aus den staatlichen Ämtern zugleich auch zu widerlegen.

Helmut Schmidt, den man zwei Jahrzehnte lang als bloßen »Macher« und visionslosen »Pragmatiker« abzuwerten suchte, obgleich er gerade auch in seinen grundsätzlichen Einsichten und in seinen weit reichenden Zielvorstellungen so gut wie allen anderen Politikern seiner Generation überlegen war, hat sich im Urteil der bundesdeutschen Publizistik, kaum dass er das Bundeskanzleramt verlassen hatte,



zum Philosophen gewandelt – zum strategischen Vordenker einer Weltzivilisation, der er durch seinen überall auf der Erde prononciert gegebenen und fundiert begründeten Rat bis heute dient.

### Politik im Zeichen der Ethik

Henning Albrecht hat jüngst in seinem klugen Buch nachgezeichnet, welche philosophischen Theorien für Helmut Schmidt von besonderer Bedeutung waren und sind. Da ist die jüngere Stoa, die mit Marc Aurels *Selbstbetrachtungen* schon dem Schüler Orientierung und dem Soldaten elementare Lebenshilfe bot. Da ist die Moralphilosophie Immanuel Kants, deren Einflüsse ebenfalls schon in den 40er Jahren spürbar waren und auf die der reife Politiker, insbesondere in seiner Zeit als Bundeskanzler, mehrfach zurückkommt. Da ist Max Webers epochemachender Vortrag über *Politik als Beruf*, und da ist schließlich der Kritische Rationalismus Karl R. Poppers, dessen Abhandlung über die *Offene Gesellschaft und ihre Feinde* schon den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag beeindruckte und dessen Sozialphilosophie der Bundeskanzler in seiner Einleitung zu einem viel beachteten Sammelband erörtert hat.

In den 80er Jahren kommt es auf Initiative von Helmut Schmidt auch zu persönlichen Begegnungen mit dem bedeutenden Denker, mit dem ihn in dessen letzten Lebensjahrzehnt eine freundschaftliche Beziehung verbindet. Leider ist Karl Popper nach seinem Tod das Schicksal widerfahren, nur noch wenig Beachtung zu finden. Seine Einsichten gelten als zu einfach, obgleich jeder weiß, dass sie richtig sind. Die Zunft der Philosophen zieht lieber einen Denker vor, der weder als klar noch als einfach gelten kann, und dessen Grundannahmen weder wahr noch falsch sind, wohl aber ziemlich abstrakt genannt werden müssen.

Ich spreche von John Rawls, der bei Helmut Schmidt so gut wie keine Rolle spielt. Das sollte den Philosophen zu denken geben. Dazu gehört auch die Tatsache, dass der Altkanzler Popper treu geblieben ist, ohne sich je als dessen Anhänger zu bezeichnen. Popper hat seinerseits zur Schmidt-Festschrift im Jahre 1989 einen Text beigesteuert, den man zu den wichtigsten Abhandlungen der Politischen Philosophie im 20. Jahrhundert rechnen kann.

### Überlegene Diskussion mit Philosophen

Philosophen sei die penible Rekonstruktion der Vorgeschichte und des Verlaufs jener sagenumwobenen Jubiläumskonferenz der *Friedrich-Ebert-Stiftung* zum 200. Jahrestag von Kants *Kritik der reinen Vernunft* im Jahre 1981 empfohlen. Auf diesem Kongress trat ein damals hoch angesehener Philosophieprofessor mit dem Anspruch auf, man könne keine Politik machen, ehe man nicht ihre Grundbegriffe aufgearbeitet habe. Zu seiner Ehrenrettung sei gesagt, dass er sich gleich daran gemacht hat, den in der Tat basalen *Begriff des Interesses* nachzubuchstabieren. Doch über die ersten Schritte ins Feld des gesellschaftlichen Handelns kam er in seiner Rede nicht hinaus. Auch in seinen Schriften ist er uns die logische Propädeutik der politischen Sprache schuldig geblieben. Sie hat, so glaube ich, der Politik auch nicht gefehlt.

Nach diesem peinlichen Auftakt ließe sich leicht sagen, dass es dem Kanzler ein Leichtes gewesen sei, als Philosoph zu überzeugen. Doch das wäre nicht fair. Denn hier geschah ganz zwanglos, was man zwanzig Jahre später unter dem Titel *Philosophy meets Politics* mühsam zu inszenieren suchte. 1981 begegneten sie sich in einer einzigen Person! Helmut Schmidt entwickelte beim Kant-Kongress der *Friedrich-Ebert-Stiftung* 1981 in zunehmend freier Rede eine wahrhaft philosophische Reflexion über

politische Verantwortung und sittliche Verpflichtung. Er gab selbst ein Beispiel für die von ihm wiederholt eingeklagte Nachdenklichkeit und demonstrierte ihre Unverzichtbarkeit in der Analyse des Zusammenhangs von Freiheit, Wissen und Gewissen, von Menschheit und Mitmenschlichkeit. Er machte deutlich, warum der Sicherung des Friedens der höchste Stellenwert zukommt, warum die Vernunft selbstkritisch zu sein hat und von der *sittlichen Verbindlichkeit* nicht zu trennen ist.

Auch in der nachfolgenden Debatte dominierte der Kanzler, obgleich ihm seine Berater angesichts so vieler professioneller Denker Zurückhaltung anempfohlen hatten. Doch die Philosophen hielten selbst mit Blick auf die anstehenden Probleme der Nachrüstung und der Kernenergie am Geländer ihrer Kategorien fest, während Schmidt, begriffsstark, reflexionsmächtig und textsicher anschaulich machte, dass die allgemeinen Prinzipien der Vernunft nicht zu erkennen geben, was man konkret zu tun hat. Sein Diktum, was der Augenblick des Handelns erfordere, das müsse jeder »schon selber rausfinden«, bezeichnet die Grenze, die definitiv zwischen Theorie und Praxis verläuft – und zwar sowohl in der Politik als auch in der Ethik.

### **Sittliche Verpflichtung zum Pragmatischen**

Umso mehr muss es überraschen, im Buch von Henning Albrecht auch einen Helmut Schmidt zu entdecken, der sich philosophischen Rat geben lässt. Der Autor berichtet von einem Briefwechsel zwischen Helmut Schmidt und dem Aufklärungsforscher Norbert Hinske, der dem Kanzler in einer der Regierung damals wenig gewogenen Tageszeitung vorgeworfen hatte, er berufe sich zwar auf Kant, wisse aber gar nicht, was dessen Begriffe bedeuten. Das war starker Tobak, denn in Wahrheit ging

es nur um das Wort »pragmatisch«, das Helmut Schmidt stets in Verbindung mit der sittlichen Verpflichtung des Politikers verwendet hatte.

Gleichwohl schrieb der Kanzler seinem Kritiker einen Brief und bat ihn um Aufklärung. Hinske antwortete mit dem Hinweis, dass Kant zwischen »technisch«, »pragmatisch« und »moralisch-praktisch« unterscheide, und die Sittlichkeit im strengen Sinn des kategorischen Imperativs auf das moralisch-praktische Handeln beschränkt sei.

Der Kanzler bedankte sich für die Belehrung, nahm sie bereitwillig auf und ließ eine Passage, in der er sich erneut auf das

Pragmatische bezog, noch einmal durch den Gelehrten korrigieren. Wann hätte man je von einer solchen Bereitschaft eines Mächtigen gehört, den Rat in einem philologischen Detail so wichtig zu nehmen? Das ist nur mit einem durchdringenden Interesse an der Sache zu erklären.

Die Pointe ist allerdings, dass Helmut Schmidt mit seinem früheren und, Gott sei Dank, auch weiter beibehaltenen Begriffsgebrauch völlig im Recht gewesen ist: Wenn er davon gesprochen hätte, er wolle »moralisch-praktisch zu sittlichen Zwecken« handeln, würde er nur eine Tautologie in die Welt gesetzt haben. Das Moralisch-Praktische ist ja bereits durch die Sittlichkeit definiert. Hier liegt der ganze Zweck des Handelns in der Wahrung der eigenen Autonomie.

Ist damit nicht doch bewiesen, dass in ihm das Politische und das Philosophische zusammenfallen? Was wird aus der eingangs so aufwändig entwickelten Alternative? Ist Kant durch einen seiner bravourösen Schüler widerlegt?

### **Selbst in der Nachdenklichkeit ein politischer Kopf**

In seiner ethischen Orientierung setzt Helmut Schmidt selbst einen politischen Primat, dem sein philosophisches Nachdenken folgt. Der Ethiker und politische Theoretiker, der er in höchst eigenständiger Weise ist, zeigt daher auch keine Neigung, seinen Prinzipien ein System zu Grunde zu legen, aus dem die sittlichen Forderungen abzuleiten wären. Folglich bleibt er selbst in seiner kaum eine Frage auslassenden Nachdenklichkeit ein politischer Kopf.

Philosoph ist er im Sinne eines Moralisten, der sich darauf verpflichtet, ein moralischer Politiker zu sein. Man wird ihn daher nicht mit Cicero vergleichen, der ein bedeutender Politiker war und darüber-

hinaus den Ehrgeiz hatte, der platonischen Philosophie im Ganzen eine römische Form zu geben. Aber seinem ständigen philosophischen Begleiter, dem Kaiser Marc Aurel kommt Helmut Schmidt doch ziemlich nahe.

Helmut Schmidt würde vermutlich widersprechen. Um seinem Einspruch zu entgehen, lassen sich drei uns zeitlich näher liegende Parallelen nennen: Bismarck, Rathenau und Churchill. Alle drei waren Genies des politischen Handelns; alle waren mit einer großen intellektuellen Begabung ausgezeichnet, haben politisch Großes geleistet und überdies ein bedeutendes literarisches Werk hinterlassen. Ihnen ist Helmut Schmidt ebenbürtig, auch wenn er als Autor mehr veröffentlicht hat als alle drei zusammen.

Sein Werk steht im Zeichen der ethischen Frage. Es nimmt die weltpolitischen Lehren ernst, die aus der Wirtschaftskrise des Jahres 1928, aus den weltpolitischen Folgen der Not, aus dem Weltkrieg und aus der mit der Entwicklung der Technik erstmals für alle sichtbar gewordenen Gefahr der weltweiten Selbstvernichtung der Menschheit gezogen werden müssen. Indem sich Helmut Schmidt im Laufe seines Lebens dieser Probleme mit wachsender Intensität annimmt, erkennt man, dass seine immer deutlicher zu Tage tretende Hinwendung zur Philosophie selbst wieder politischen Einsichten gehorcht.

Darin ist er immer Politiker geblieben, aber die Philosophen täten gut daran, ihn so ernst zu nehmen, als sei er einer von ihnen. Der Philosophie könnte das nur zu Gute kommen, ohne dass sie Kants Unterscheidung zwischen Philosophie und Politik rückgängig machen muss.

*(Gekürzter Text der Rede anlässlich der Übergabe des von der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung geförderten Buches von Henning Albrecht Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken. Helmut Schmidt und die Philosophie an Helmut Schmidt am 13. November 2008 in Hamburg.)*



## Alpha-Journalisten – die neuen Intellektuellen?

Gunter Hofmann

### Diskurs schlägt Ideologie

*Könnte man, wenigstens als Gedankenexperiment, Peter Glotz einmal in die politische Arena von heute versetzen? Eigensinnig wirkte er ja immer, sowohl mitten im Politikbetrieb als auch störrisch beobachtend von außen; heute aber würde er wohl gar nicht mehr dazu passen. Er wusste schon, wann er auf die Flucht gehen muss – auf der Flucht, hat er kurz vor Lebensende einmal notiert, war er ohnehin irgendwie immer.*

Automatisch gerät man ins Grübeln über den Aggregatzustand des »Politischen«, lässt man Revue passieren, wie man selbst Peter Glotz als *homo politicus*, als öffentlichen Intellektuellen auf dieser Bühne zwischen Bonn, München, Berlin und überall erlebt hat. Wie Politik heute entsteht in der »nervösen Zone« (*Lutz Hachmeister*), wo doch schon der Begriff »politische Öffentlichkeit« antiquiert erscheint, ist noch viel ungreifbarer geworden. Derart laut und marktschreierisch kommt der Journalismus gern daher, als ließen die strukturellen und ökonomischen Bedingungen nur noch zu, selber auffallen oder sich behaupten zu wollen in einer selbstreferenziellen Welt, nicht aber, als solle Wichtiges von Unwichtigem, Richtiges von Falschem geschieden werden – und als trage man für die Verhältnisse in der Republik doch auch, pathetisch gesagt, Mitverantwortung. Ich fürchte, Peter Glotz würde sich in diese Arena erst gar nicht mehr hineinbegeben.

Ein fast altmodisches Bild kommt zuerst in den Sinn, das sich mit ihm verbindet – während man seinerzeit meinte, auf einen Avantgardisten zu stoßen, dessen Lebenselixier es war, sich permanent auf *modern times* einzustellen. Der Salon als Metapher: Zu Hause in Godesberg bei dem einen Ehepaar Glotz, mit einem Dutzend Gesprächspartnern verschiedenster Professionen und



**Gunter Hofmann**

(\* 1942) leitete das *Zeit*-Büro in Bonn und Berlin und ist Chefkorrespondent der Wochenzeitung. Zuletzt erschien *Schuld & Sühne & Stolz & Vorurteil. Polen und Deutsche* (gemeinsam mit Adam Krzeminski).

hofmann@zeit.de

aus unterschiedlichen Parteien, und man sprach angeregt über Gott und die Welt, Gottfried Benn und Ernst Jünger und Jürgen Habermas und den *Nato*-Doppelbeschluss Helmut Schmidts. Es war für uns junge Journalisten der einzige »Salon«, den man am Tatort Bonn kannte. Später fand dieser Salon dann, sogar noch erweitert, in dem neuen Domizil des anderen Ehepaares Glotz irgendwo im Wald bei Bad Honnef statt, und in Erinnerung bleibt, dass stets ein paar neue Gesichter mit neuen Themen und neuen Gedanken dazu gehörten, geredet wurde schablonenfrei, untaktisch, ins Blaue.

Nun fiel das vermutlich besonders aus dem Rahmen, weil es so kontrastierte zur Kanzlerschaft Schmidts, der sich anschickte, der Politik, vor allem aber seiner eigenen Partei und der Linken speziell die »Visionen« auszutreiben, was Glotz ja im Prinzip auch wollte, aber auf andere Weise. Und noch stärker hob es sich – sofern Glotz

nicht gerade anderswo Gastspiele gab – ab von der Endlosaussitzkanzlerschaft Helmut Kohls, dem das »Konzeptionelle« vollkommen wesensfremd blieb. Und dennoch: Ich denke schon, dass es eine Stärke war, Öffentlichkeit auch ganz praktisch herzustellen – und mit dem »Diskurs«, wie Glotz es so gern nannte, einfach im privaten Salon zu beginnen.

Altmodisch, gemessen am heutigen Politikbetrieb, klingt natürlich dieses ganze Antonio-Gramsci-Vokabular von der Meinungsherrschaft, das Glotz einschleppte in unseren Alltag. Er wollte ja wie Kurt Biedenkopf »Begriffe besetzen«, und er betrachtete aus der Warte des Ollenhauer-Hauses auch später den CDU-General Heiner Geißler nicht nur als satisfaktionsfähig. Nein, ein begnadetes Talent erkannte er in ihm, er wusste, wie man eine Partei »kampagnenfähig« machen kann – und eindeutig überwog der Respekt davor den Ärger über die Inhalte solcher Feldzüge. Immerhin taufte dieser bewunderte Geißler die SPD die »fünfte Kolonne Moskaus«, warf

ihr Stabilitätsversessenheit und Freiheitsvergessenheit vor, oder sprach davon, der Pazifismus habe »Auschwitz erst möglich gemacht«. Demokratie als Verfahren hat Peter Glotz eben brennend interessiert, und wer sich als kunstfertig und scharfsinnig dabei erwies, den erkannte er einfach an ohne jeden Vorbehalt.

### **Politik fängt in Worten an**

Es waren ja immerhin Worte, die sie ernst nahmen – wie er –, auch wenn dieses demokratische Verfahren nicht völlig abgekoppelt war von politischen Inhalten. Damals noch nicht. Darin war Glotz in der Tat »ein Brandt-Mann«, wie er selbst gern bekannte, einer, der sich die Politik gerne ersprochen hat, der zu Papier brachte, was er denkt, und das dann zur Debatte stellt. Schwarz auf weiß, in Worten, so fängt Politik an. Eine geradezu klassische Welt, verglichen mit dem kommunikativen Gewerbe von heute – obwohl man vermuten darf, dass der Prediger

der Moderne selbstredend seinen eigenen »blog« hätte, sich in aller Herrgottsfrühe *online* über die Nachrichtenlage informierte und sich verkämpfte für solche Segnungen wie *Hart aber fair* oder *Anne Will*, weil das doch die wahren Foren des Politischen seien.

Selbst Marcel Reich-Ranicki oder einem, den er so schätzte wie Hans Magnus Enzensberger, hätte er widersprochen, wenn die dem Fernsehen vorwerfen, das Publikum zu »verblöden«. Ob er es mit solchem Einspruch wirklich ernst gemeint hätte – was für die beiden wohl nicht gilt –, steht auf einem anderen Blatt. Entgangen wäre einem politischen Temperament wie ihm kaum, welche Entpolitisierung auf Talk-Show-Niveau auch in den öffentlich-rechtlichen Anstalten stattfindet. Aber Glotz hat ja immer geglaubt, den Tiger reiten zu können. Ist man erst mal an der Spitze der Bewegung, folgt die »Bewegung« schon. Diese Überzeugung wird inzwischen nicht mehr von vielen geteilt.

Aus heutiger Sicht erscheint es mir daher so, als hätte man mit ihm zugleich einen radikalen Medien-Modernisten und den letzten Verteidiger eines klassischen Öffentlichkeitsbegriffes vor Augen. In die Moderne wollte er Konterbande miteinschleppen. Vergleichbar vielleicht Alexander Kluge, dem Münchner Freund, der sich früh genug seine Fernsehniche eroberte und diesen Platz seitdem nutzt, um den hektischen Betrieb eigensinnig zu verlangsamen, das Diskursive hervorzuheben, das Unzeitgemäße zu präsentieren – zuletzt Marx' *Kapital* in Tageslängenformat, wie es sonst nur Peter Stein mit *Wallenstein* oder dem *Faust* wagt.

Ging es ihm um bestimmte Politiken oder wollte er am eigenen Exempel illustrieren, wie Politik in Gang gesetzt und vermittelt wird? Ich will hier zwar keine nachträgliche Glotz-Exegese betreiben, aber haften bleibt ja zweifellos weniger, wofür er sich exponierte, als eben die Figur des öffentlichen Intellektuellen in der politischen Arena. Sein Anti-Nationalismus, das Europa-Engagement (wenn auch gebremst, seit

er der erweiterten EU die Überlebenschance absprach), sein Hochschulreform-Impuls, meinethalben auch seine (befremdliche) Begeisterung für Erika Steinbachs »Zentrum gegen Vertreibung« – das alles sei nicht unterschätzt.

Faszinierender aber ist die Frage, wie einem das glückt – sich auf der politischen Bühne zu bewegen, deren Gesetzen zu folgen, sich der Parteidisziplin zu beugen oder das von anderen zu verlangen, und zugleich vernehmbare »Stimme« zu bleiben. Ich entsinne mich, dass man Peter Glotz von Anfang an zuhörte. Es waren nicht nur seine »Tagebücher«, in ihrer seltsamen Mischung aus subjektiven Tupfern, reflektierten Anmerkungen zur Politik von außen und Innenansichten der Macht. Einmischungen in unserem Blatt, der *Zeit*, im *Spiegel*, in der *Süddeutschen*, der *FAZ* oder der *taz*, bei Fernsehauftritten, man konnte sich bald diesen Glotz nicht anders denn als Dauerkommunikator vorstellen, und man konnte sich die Politik schwerlich denken ohne springende Brunnen wie ihn: Da verteidigte einer das Dialogische an und für sich. Das freilich in einer Zeit, in der es auch stärker genutzt wurde. Politiker wie Horst Ehmke, Erhard Eppler, Kurt Biedenkopf intervenierten per Essay in öffentliche Debatten, oder stießen sie überhaupt erst an. Günter Grass, Heinrich Böll, Claus Offe, Oskar Negt, sie alle wollten mitmischen und suchten die Medien, die sie dafür nutzen könnten und die übrigens nicht nur unter dem Druck standen, dabei stets nach Auflage oder Quote zu fragen.

### Der Grenzgänger

Glotz wollte mehr. Als jemand, der nicht ganz zur Politik und nicht ganz zur Welt der Sozialwissenschaftler gehörte, oder der glaubte, modern seien beide nur, wenn die Barrieren dazwischen eingerissen würden – als solcher Grenzgänger suchte Glotz nicht nur Kategorien und brauchbare Be-

griffe. Er wollte sie als Instrumente benutzen. Das war es, was er die »Arbeit der Zuspitzung« nannte, und das war mit »Kampagnefähigkeit« gemeint. Man könnte auch sagen: interessiert haben ihn die Nahtstellen zwischen den Eliten, jene Grauzonen, in denen erst der wirkliche Diskurs und die kreative Arbeit beginnt. Erst allmählich spricht sich in der Wissenschaft herum, dass sie selber auch diesen Elitenaustausch betreiben muss, also heraus muss aus dem Elfenbeinturm beziehungsweise sich befreien muss von den Krakenarmen reiner Fachdisziplin.

Ganz anders beispielsweise nehmen sich die Verhältnisse aus Anfang der 70er Jahre, als Jürgen Habermas nachdachte über den »Strukturwandel der Öffentlichkeit« und die deliberierende Bürgerlichkeit hinüberretten wollte in die Moderne. Der öffentliche Intellektuelle spielte in dieser Phase eine aus heutiger Sicht geradezu klassisch wirkende Rolle – wenn er denn à la Mitscherlich, Adorno, Sternberger, Dahrendorf oder Eschenburg intervenieren wollte. Zugegeben, es herrschten Bedingungen, die ihre Stimme hörbarer machten, als es heute der Fall ist.

Der Jüngere, Peter Glotz, wollte dazu gehören, spielte aber insofern eine Sonderrolle, als er glaubte, er müsse selber den permanenten Strukturwandel dieser Öffentlichkeit mitdenken, unsereins mit der Nase darauf stoßen, und zugleich jeweils an der Spitze dieses Neuen seinen Part spielen. Das ließ ihn so ungeheuer atemlos wirken, nahm aber auch etwas vorweg von der »nervösen Zone«, in der heute Politik und Meinung entsteht. Wenn die Eliten sich nicht untereinander verknüpften, nun, dann musste er es halt machen, schien Glotz zu denken. Er exerzierte sozusagen vor. Und so pickte er sich von den Sozial- oder auch Geistes- und Naturwissenschaften heraus, was er für bemerkenswert hielt, und spießte auch eklektisch in der Politik auf, was er zur Debatte stellen wollte – und hielt es den jeweils Anderen vor Augen.

Und ins Auge fiel es, das war ihm bewusst, am ehesten dann, wenn man diese Position von diesem Autor gerade nicht erwartete. Glotz tanzte damit aus der Reihe, heute ist das Zeitgeist.

Die Methoden der einen Arena sind auch die der anderen Arena, hat er geglaubt. Manchmal, aber das ist oft geschrieben worden, erhöhte er dann die Schlagzahl seiner Publikationen, Texte, Interviews, als könne es so gelingen, doch weiter gehört zu werden – aber gelegentlich glich das schon einem Kampf gegen Windmühlen. Vorbei war nicht einfach die Ära der Großintellektuellen oder Großjournalisten, im dissonanten öffentlichen Konzert waren die einzelnen Stimmen kaum noch herauszuhören, die Talk-Shows machten zum Prinzip, dass jede Stimme gleich viel zählt, je schriller und lauter, je besser, Kompetenz war nicht mehr vonnöten. Diese Kommunikationswelt ohne Trennlinien zwischen den Rollen, also zwischen Politikern, Journalisten, Intellektuellen, Wissenschaftlern, Public-Relations-Experten oder Demoskopern, hatte Peter Glotz antizipiert.

Allerdings: Derart applaniert und monoton trotz des Vielerlei dürfte er sie sich kaum vorgestellt haben. Aus der deliberierenden Öffentlichkeit sind Pausenlos-TV-Gesprächsrunden über alles und jedes geworden, aus den Salons mit ihren »Diskursen« ein mediales Durcheinanderplaudern, auch wenn die einzelne Stimme zur Sache nichts zu sagen hat. Kaum zu glauben, dass einer wie Glotz nicht durchschaut hätte, wie die liberale Öffentlichkeit die Ressourcen verzehrt, von denen sie lebt, oder auch ganz handfest die Zeitungen (»altes Medium« nannte Hans Magnus Enzensberger sie liebevoll in einem Gedicht) als traditionelles Instrument der politischen Öffentlichkeit auszusterben drohen. Aber freilich, er hätte sich solche Gedanken als kulturpessimistisch zugleich auch verboten. So scheint es mir heute, er habe sich aus der politischen Arena zurückgezogen, bevor er verschlungen wurde.

Dietmar Herz

## Immer auch ein wenig distanziert

**Peter Glotz' politisches Denken und Handeln**

*Er machte keinen Hehl daraus, dass seine Sympathie den »Beschleunigern« und Modernisierern gehörte. Doch da Peter Glotz die Zukunft aus der Vergangenheit heraus beurteilte, schwang stets Misstrauen mit. »1968«, RAF, deutsche Einheit und »digitaler Kapitalismus« – Wegmarken eines skeptischen Intellektuellen.*

Die wichtigste, weil prägendste, biografische Erfahrung für Peter Glotz war das Erlebnis der Nachkriegszeit. Wohlstand und Freiheit sind nach dem Ende des Krieges noch ungefestigt. Die Legitimität und damit die Dauerhaftigkeit der neuen freiheitlichen Ordnung setzen wirtschaftliche und staatliche Institutionen voraus. Vor allem aber die Schaffung von Wohlstand und Stabilität. Der Krieg und seine Entbehrungen liegen zwar einige Jahre zurück, aber eben noch nicht lange: »Der Krieg war für meine Generation eine reale Erfahrung im kleinen – Bomben, Vertreibung, Enteignung, Kunsthozig als Kostbarkeit, von den Trümmern eines zerbombten Hauses erschlagene Tanten. Im Großen war er die Grunderfahrung, mit der alles anfang und die alles bestimmte.«

### **Vom wirtschaftlichen zum politischen Erfolg**

Die Nachkriegszeit ist, als die bewusste (Grund)Erfahrung der Überwindung des Krieges, in gewisser Weise die Fortsetzung der Kriegserfahrung: Eine gewaltige Anstrengung. Aus dieser Überwindung entsteht langsam Neues: Arbeit, eine Wohnung, bessere Kleidung – der erstaunlich kurze Weg zum Wohlstand. Eine neue politische Ordnung, gesichert nach innen durch demokratische Institutionen und nach außen durch Allianzen. Das Experiment »Bundesrepublik« ist für die Menschen der Nachkriegszeit – in der rückblickenden Empfindung – Tag für Tag eine mühsame, die Not-



**Dietmar Herz**

(\* 1958) ist seit April 2000 Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Erfurt, Lehrstuhl Vergleichende Regierungslehre, und seit September Direktor der *Erfurt School of Public Policy*.

dietmar.herz@uni-erfurt.de

wendigkeit der Arbeit betonende Erfolgsgeschichte. Das Pathos der Freiheit und der neuen Ordnung trat demgegenüber in den Hintergrund. Es ging um den Wirtschaftsaufbau.

Die Voraussetzung dieses zähen Erfolges ist eine »Kultur der Niederlage« (*Wolfgang Schivelbusch*): Deutschland ist politisch-militärisch, aber vor allem moralisch besiegt. Für die Kinder der Nachkriegszeit heißt dies, dass der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau voraussetzungslos ist. Man ist auf sich selbst gestellt. Das hat Folgen für den Charakter und die Duldsfähigkeit der Kinder der neuen Republik: »Wir Kriegs- und Flüchtlingskinder«, so schreibt Glotz viel später, »werden mit allem fertig«. Die Arbeit und der damit verbundene Erfolg ersetzen politische Traditionen, die Idee der Nation und die Bezugnahme auf die diskreditierte Geschichte Deutschlands. Eine Hinwendung zum Westen, die Akzeptanz der westlichen Demokratievorstellung und die europäische Integration treten an deren Stelle. Diese Haltung setzt den wirtschaftlichen Erfolg voraus – und führt schließlich zum politischen Erfolg.

## **Gesellschaft und Politik fielen auseinander**

Für Glotz, den bürgerlichen jungen Wissenschaftler ist klar, dass unter den Bedingungen des Parteienstaates eine solche notwendige Modernisierung – eine genuin politische Aufgabe – nur durch eine von der SPD geführte Regierung erfolgen kann. Ihm fehlt zwar der »Stallgeruch«, die Verwurzelung im sozialdemokratischen Milieu, aber er wird Sozialdemokrat – aus Vernunft.

Modernität konnte sich im Bereich des Politischen bis zur zweiten Hälfte der 60er Jahre nicht voll entfalten. Die SPD blieb von der Regierung ausgeschlossen. Erst ab 1966 konnte sie als Juniorpartner Teilhaber der Macht werden. Die Gesellschaft modernisierte sich zu dieser Zeit aber schon längst schneller als die Politik – viele politische Forderungen hingegen blieben unberücksichtigt. Gesellschaft und Politik fielen auseinander. Und durch den Eintritt in die Große Koalition erzeugte die SPD Misstrauen bei den Befürwortern tiefgreifender Reformen – war sie noch die Avantgarde der deutschen Politik? Ein wortmächtiger Teil der kritischen Jugend rebellierte nun gegen den Pragmatismus der Gründer der Bundesrepublik – einschließlich der Sozialdemokraten. Die Flucht in Arbeit und Erfolg – und die Hoffnung auf zukünftige Reformen – genügten nicht mehr. Eine neue und überzeugende Begründung des Staates und seiner Institutionen waren notwendig.

### **Die SPD Brandts wird sein Bezugspunkt**

Peter Glotz, der Zeit- und Altersgenosse der Rebellen von München, Frankfurt und Berlin steht der Revolte der Jugend mit Distanz gegenüber. Er unterscheidet zwischen kultureller und politischer Rebellion. Die »Kulturrevolution« lehnt er ab,

mokierte sich aus der Distanz einiger Jahrzehnte sogar darüber: »Ach, die sechziger Jahre. Sorry, die Sache mit der Haarlänge, dem klassenübergreifenden, »lässigen« Trödelstil (...) Ich wollte schon mit sechzehn (1955) erwachsen sein – geschweige denn mit sechsundzwanzig.«

Der politischen Revolte begegnete er mit sozialdemokratischem Reformismus. Der Habitus des Rebellen liegt ihm nicht. Im Vordergrund steht sein Ehrgeiz, der Willen nach oben zu kommen. Er blieb der Arbeitsethik und den Werten der Nachkriegszeit verhaftet. Als Linkliberaler und angehender Politiker empfindet er zwar Sympathie für einige der politischen Anliegen der Jugend. Diese scheinen ihm aber in der SPD und vor allem bei der Person Willy Brandts gut aufgehoben zu sein. Modernisieren und »mehr Demokratie wagen«. Die Versprechungen der Nachkriegszeit vollenden, nicht sie durch eine andere Ordnung ersetzen. Es ist die SPD Brandts, die sein Bezugspunkt wird.

Die Bedeutung des weltweiten Aufbruchs in der zweiten Hälfte der 60er Jahre verkennt Glotz – »1968« legte die Grundlage für viele bis heute wirkenden Veränderungen: es markiert den Beginn der Wirkmächtigkeit des modernen Feminismus, ist nicht nur Stilbruch und kulturelles Phänomen, sondern auch der Beginn des Politischen, nach Teilhabe greifenden Selbstbewusstseins der afroamerikanischen Bevölkerung der USA, der Selbstbehauptung ehemaliger Kolonialgebiete, die nun – einige Jahre zuvor unabhängig geworden – zu weltpolitischen Subjekten werden. In Deutschland ist die Revolte Voraussetzung der Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition. Die Politik der Koalition in den 70er Jahren versucht gesellschaftliche und politische Modernisierung zu versöhnen.

Die sozialliberale Zeit seit 1969 verkörpert geradezu die Modernität und den gesellschaftlichen Aufbruch des westlichen Deutschland. Sie setzte um, wofür Glotz



der SPD beigetreten war. Die »Kulturrevolution« der 68er führte sie nun über in ein neues Politik- und Staatsverständnis. Es entsteht eine moderne »westdeutsche politische Identität«: Verzicht auf jede Art von Nationalismus, ein entschlossenes Bekenntnis zur Europäischen Integration; Erhaltung, Sicherung und eine (nach 1973/74 vorsichtige) Erweiterung des Wohlfahrtsstaates. Eine sich nach Osten öffnende Friedenspolitik. Ralf Dahrendorf prägte für diese Zeit und ihre Merkmale den Begriff des »sozialdemokratischen Jahrhunderts«. Die Begeisterung für Raumfahrt und die Olympischen Spiele von München 1972 sind Ausdruck und Höhepunkte der politischen Symbolik dieser Zeit. Selbst die Populärkultur greift die »sozialdemokratische Atmosphäre« jener Jahre auf. Es ist die Politik des Peter Glotz.

Die gesellschaftliche Integration und die Reformen waren nicht in allen Bereichen erfolgreich. Als versprengte Reste der Studentenbewegung dem immer noch als reaktionär und repressiv empfundenen Staat den Krieg erklären, wendet sich Peter Glotz entschieden gegen diese. Er sucht die Auseinandersetzung mit der intellektuellen Begründung dieses behaupteten Krieges und bekennt sich erneut zu Staat und Nachkriegszeit: »Ich bekenne mich trotzdem als Sympathisant eines Staates, der für die Bernhard Vespers ein ›verhaßtes Land‹ ist.« Bernhard Vespers Romanfragment *Die Reise* und der berühmt-berüchtigte Brief des Göttinger »Mescalero« sind Ausgangs- und Endpunkt von Glotz' Auseinandersetzung mit der Ideologie der RAF.

Es gibt für Glotz eine Alternative zur Rebellion, die er mit einem gewissen Pathos als Bündnis von (liberalem) Bürgertum und Arbeiterbewegung bezeichnete – die von der SPD geführte Bundesregierung. Peter Glotz ist ein Repräsentant der sozialdemokratischen Regierungspolitik der 70er Jahre. Die Konstanten und Kernpunkte dieser Politik bestimmten seine politischen Auffassungen. Für ihn ist diese

Politik die Verbindung des Erfolgs der Nachkriegszeit mit der Tradition des sozialen Ausgleichs und der Demokratisierung, für den die SPD steht.

### **Die deutsche Vereinigung bleibt ihm fremd**

Der Umbruch von 1989/90 veränderte Deutschland. Das Land war wieder ein Nationalstaat. Nun galt es, diese Vereinigung auch im Inneren zu vollziehen. In seiner Autobiografie nennt Glotz drei Gründe für seine Skepsis gegenüber der 1989/90 möglich gewordenen Vereinigung der beiden deutschen Staaten: Die Distanz des altösterreichischen Böhmen gegenüber dem Bismarck-Reich, seine Verbundenheit mit der Ostpolitik Brandts und Bahrs und seine Vermutung, dass die Sowjetunion ihr Imperium nicht kampflos aufgeben würde. Später kam seine Furcht vor einem neuen Nationalismus hinzu. Noch später dann sachliche, zumal wirtschafts- und finanzpolitische Argumente.

Glotz beurteilt die Zukunft Deutschlands aus der Vergangenheit. Zwar muss er einsehen, dass sein Verständnis der Ostpolitik Brandts und Bahrs deren wesentliches Motiv – die Überwindung der Teilung – verkannt hat, seine übrigen Bedenken aber bleiben. Und selbst als die Wiedervereinigung ohne große Gegenwehr der Sowjetunion möglich wird und ein neuer deutscher Nationalismus ausbleibt, verliert Glotz seine Skepsis nicht. Die Gründe für diese Skepsis und das Misstrauen liegen in der Wahrnehmung des plötzlichen und unmerklichen Untergangs der westdeutschen Republik. In dieser Zeit ist Glotz ein entschlossener Parteigänger von Oskar Lafontaine. Willy Brandts Genußnahme über die deutsche Vereinigung bleibt ihm fremd.

Das Ende der alten Bundesrepublik, der Fall der Mauer, leitete das Ende der politischen Karriere von Peter Glotz ein: »Am

9. November 1989 war ich, wie in diesen Jahren der vollständigen Machtlosigkeit, des Hinterbänklerdaseins in Bonn, öfter in München, in ›meinem‹ Bezirk. (...) An diesem Tag hörte ich im Radio von der Öffnung der Mauer. Gut, dass die Leute jetzt nicht mehr eingesperrt werden können, dachte ich. Dann sagte der Sprecher: Das spärlich besetzte Plenum habe sich erhoben und die Nationalhymne gesungen. Gansel habe geweint. Ich habe nicht geweint. Mir schwante, dass die Welt in der ich groß geworden war, zerbrach. Aber ich wollte es nicht wahrhaben.«

Der intellektuelle und damit immer auch ein wenig distanzierte Beobachter der Politik ahnt, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten eben nicht nur eine Erweiterung der Bundesrepublik Deutschland ist, sondern dass etwas Neues entstehen wird. Die Welt der Bonner Nachkriegsrepublik verschwindet. Die Entscheidungen der frühen 90er Jahre verdeutlichen diesen Prozess. Selbst der Bestimmung Berlins als Regierungssitz steht Glotz ablehnend gegenüber – eine ungewöhnliche Position für jemanden, der doch selbst jahrelang in Berlin zu Hause gewesen war: »Ich wollte keine ›Berliner Republik‹. Es hat mir nichts geholfen.« Und er fügt eine Beobachtung, die damals eine Befürchtung und nun längst Wirklichkeit geworden ist, hinzu: »Die Republik verlegte ihr Zentrum zurück in den Osten.«

Glotz sieht diese Entwicklung mit großer Besorgnis. »Dies alles muß nicht wieder in eine europäische Katastrophe führen«, schreibt er beschwörend. Doch was er vorhersieht, ist ein düsteres Szenario: »Es führt zurück zur alten Entente-Politik der Zwischenkriegszeit, in die Klemme des alten Widerspruchs: Deutschland, zu schwach, Europa zu dominieren, und zu stark, sich in Europa einzuordnen. Und es wird langfristig zu einer Niederlage Europas im Wettbewerb der Triade, in der Konkurrenz mit den USA und den asiatischen Wirtschaftsmächten führen. Diese Auseinanderset-

zung könnte Europa nur bestehen, wenn es sich zusammenraffte. Das aber wird immer unwahrscheinlicher.« Wenige Jahre nach der Wiedervereinigung endet seine politische Karriere.

Peter Glotz war Kommunikationswissenschaftler – nach dem Ende seiner politischen Karriere wandte er sich wieder jenem Fach zu. Da Glotz Politik als eine Form der (permanenten) Kommunikation betrachtete, waren die Veränderungen der Kommunikationsformen und Medien – beginnend in den 90er Jahren – von besonderer Bedeutung für ihn.

Glotz war fasziniert vom Computerzeitalter und der »Medienwende«, vor allem der erdrutschartigen Veränderung aller Kommunikationsstrukturen. Doch während viele seiner Altersgenossen den neuen technischen Entwicklungen skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden, nahm Glotz diese begeistert auf. Er konstatierte, die Gesellschaft trete in eine neue Entwicklungsphase der marktwirtschaftlichen Ordnung ein, die er den »digitalen Kapitalismus« taufte. Dieser »digitale Kapitalismus«, davon war Glotz überzeugt, werde einen veränderten Lebensrhythmus der Menschen zur Folge haben. Nur etwa zwei Drittel der Bevölkerung werden diese Wende mitvollziehen können oder wollen – das letzte Drittel wird eine neue Unterschicht bilden, zusammengesetzt »aus ausgegrenzten Arbeitslosen und bewußten Verweigerern«. Und er ist überzeugt, dass es zwischen diesen beiden Gruppen, die er plakativ als »Beschleuniger« und »Entschleuniger« bezeichnet, zu einem Kulturkampf kommt, in dem zwei unterschiedliche Lebensauffassungen aufeinander prallen. Glotz machte keinen Hehl daraus, dass seine Sympathie den »Beschleunigern« gehört – zu dieser Gruppe gehört er selbst, der neue Kommunikationstechnologien begierig studierte und sie in seinen Arbeitsalltag integrierte. Als willkommenen Nebeneffekt des »digitalen Kapitalismus« sah Glotz zudem, dass dieser den Stellenwert von Geistesgenen-



wart, Anpassungsfähigkeit, Reaktions-schnelligkeit, experimenteller Gesinnung und Beweglichkeit erhöhen wird.

Letztlich bleibt Glotz trotz aller Begeisterung für die neuen Chancen der digitalisierten Gesellschaft ein Skeptiker: »Die Irrationalität in der zivilisierten Ge-

sellschaft, das ist mein Fazit, wird wachsen. Das ist die Konsequenz der Beschleunigung, Globalisierung, Dematerialisierung unserer Welt, das hat sich das Projekt der Moderne, die Aufklärung, die Wissensrevolution sozusagen selbst zuzuschreiben.«

*Klaus Harpprecht*

## **Rix Löwenthal, der beste Kopf der SPD. Ein Gedenkblatt**

*Es gab sie, die großen Parteintellektuellen. Unter den bedeutendsten Theoretikern der deutschen Linken ragt besonders Rix Löwenthal hervor, ein Denker und Kämpfer, dessen Beitrag zum freiheitlichen und demokratischen Sozialismus bisher viel zu wenig gewürdigt wurde.*

Mit den gütigsten Freundesaugen betrachtet ließ sich von Richard Löwenthal nicht behaupten, dass er ein schöner Mensch gewesen sei. Sein Basedowblick umfasste, wie einer seiner Weggenossen mit gutartigem Spott bemerkte, den halben Erdkreis. Und dennoch: wenn er laut zu denken begann und sich mit dem Elan seiner Deduktionen immer höher hinaufschwang ins Sternengebiet der Ideen, dann gewannen seine Züge allemal eine Art hellenischer Schönheit: eine mysteriöse Wandlung, die für mich der liebenswerteste Beweis ist, dass die Macht des Geistes die Ästhetik bestimmt. Ich habe es, wenn ein persönliches Wort erlaubt ist, stets als einen der Glücksfälle meiner jungen Jahre empfunden, dass ich Ende 1952 – von der eher konservativ gestimmten Redaktion der protestantischen Wochenzeitung »Christ und Welt« von Stuttgart nach Bonn geschickt (natürlich für ein Jammergehalt) –, Richard Löwenthal durch die Vermittlung des gemeinsamen Schweizer Freundes Fritz René Allemann kennen lernen konnte. Am Ende eines heiteren Diskussionsabends im Hause von Rix, der damals den Londoner »Observer« in der Kleinhauptstadt am Rhein vertrat, lachte



**Klaus Harpprecht**

(\* 1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Neu erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

mich Löwenthals Frau, die bis ins Alter die Unbefangenheit ihrer Wandervogel-Mentalität bewahrte, durch ihre dicken Brillengläser an und verkündete strahlend, ein solch bürgerliches Wesen sei ihr Zeit ihrer Tage noch niemals über den Weg gelaufen.

Eine gelinde Übertreibung. Der junge Berliner Abgeordnete Willy Brandt, der mit uns zu Tische saß, interessierte sich für die vehemente Verteidigung der Westpolitik des alten Adenauer, mit der sich der Knabe aus Schwaben in dem illustren Kreis zu Wort gemeldet hatte, von René Allemann unterstützt, der knapp vier Jahre später das wegweisende Buch vorgelegt hat, dessen Titel sprichwörtlich geworden ist: »Bonn ist nicht Weimar« – der Versuch, wie er im knappen Vorwort schrieb, einer Antwort auf die »Frage nach dem Schicksal der

deutschen Demokratie«. Man darf das Werk klassisch nennen, da ihm die Geschichte bis in unsere Tage Recht gegeben hat. (Kaum zu fassen, dass der Band in Wirklichkeit weniger als dreitausend Käufer fand.)

Um ein Jahrzehnt voraus war Richard Löwenthals wichtigstes Buch erschienen, 1946 beim Nest-Verlag in Laufen bei Nürnberg auf grauem Kriegspapier gedruckt: »Jenseits des Kapitalismus«. Der Autor verbarg sich, vielleicht aus Rücksicht auf sein schwebendes Einbürgerungsverfahren in Großbritannien, unter dem Pseudonym Paul Sering. Indes widmete er das broschiierte Bändchen »den überlebenden Freunden in Deutschland«. Das heißt: die Leser, die ihm wichtig waren, wussten über den Verfasser Bescheid. Nicht lange zuvor war er in London der Exil-SPD beigetreten, zu der er den Weg über die *Fabian Society* gefunden hat: die Urmutter der *Labour Party* (1883 gegründet, George Bernhard Shaw

einer der ersten Mitglieder), die den Sozialismus nicht mit revolutionärer Gewalt, sondern durch die Instrumente der Evolution in die Realität übersetzen wollte, trotz ihres Kampfes für das Glück der Vielen eine elitäre Gesellschaft, der nach 1945 nur gut sechshundert Menschen zugehörten.

Löwenthal, ein Meisterschüler des Soziologen Karl Mannheim, hatte in den späten zwanziger Jahren als Vorsitzender der »Kommunistischen Studentenfraktion« auf sich aufmerksam gemacht. Wichtiger als seine agitatorischen Talente war, schon damals, seine intellektuelle Brillanz, die eine reiche Basler Patriziertochter dazu überredete, ihm ein privates Stipendium zu gewähren, das ihm neben dem Studium Zeit für seine politischen Aktivitäten ließ, ohne ihn durch eine ideelle oder moralische Auflage zu belasten.

Jene Chance wurde ihm durch Fritz René Allemann zuteil, wie Freund Rix Genosse der kleinen Dissidenten-Partei KPO

(Kommunistische Partei Opposition), der sich Löwenthal angeschlossen hatte, als die SPD durch einen Moskauer Ukas als »sozialfaschistische« Feindespartei verfeindet wurde. Die sympathische Splittergruppe wiederum stand der SAP (der »Sozialistischen Arbeiter-Partei«) nahe, einer Vereinigung radikaler Sozialdemokraten vom Schlage des jungen Willy Brandt, die der Hauptpartei vorwarfen, dass sie den Kampf gegen die nazistische und deutsch-nationale Rechte nicht entschlossen genug führe.

Es war ein altes und ein wenig bizarres Beziehungsnetz aus den späten Tagen von Weimar, das in Bonn wieder aufblühte. Der ziemlich grüne Korrespondent von »Christ und Welt« erlebte in jenem Kreis – unter dem toleranten Blick seines christdemokratischen Chefs, des späteren Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier – das, was ein Freund hernach seine links-liberale »Sozialisierung« genannt hat. Der intellektuell dominante Geist in jenem Zirkel war, kein Zweifel, Richard Löwenthal, der in den ersten Jahren des Dritten Reiches im Untergrund Widerstand zu leisten versuchte, danach bittere Jahre des Exils in Frankreich erlebte, weil er, im Unterschied zur Mehrheit der linken Emigrationsgenossen, niemals verbarg, dass er die Moskauer Schauprozesse und Stalins »große Säuberung« als unverzeihliche Todsünde gegen den Geist des Sozialismus verurteilte. (Der Dichter Hans Sahl wusste von der Pein der Isolation ein elendes Lied zu singen.)

In England fühlte er sich heimischer. Nach dem Einfall der Wehrmacht in die Sowjetunion dämpfte er seine Kritik am Stalinismus, weil der Sieg über das Dritte Reich – für Großbritannien und Russland eine Frage des Überlebens – absoluten Vorrang hatte. Indes beweist das Buch Paul Serings, dass Löwenthal keinen Schritt hinter seine Absage an den roten Zarismus zurückwich. Für ihn gab es ohne Demokratie und Freiheit keinen »Sozialismus«, der den Namen verdiente. Er nahm an der theoretischen Reformarbeit der Vereinigung »Neu

Beginnen« teil. Vor allem hielt er – nach den Erfahrungen von Weimar – den kommunistischen Ideologen vor, sie hätten die demokratischen Staaten durch ihre Weigerung, »zwischen Faschismus und ›bürgerlicher‹ Demokratie« zu unterscheiden, mit tödlichen Konsequenzen geschwächt. Mit dem Blick auf den europäischen Trümmerhaufen stellte er fest, dass kraft der Notwendigkeit des gemeinsamen Aufbaus alle nationalistischen Sonderinteressen gezähmt werden müssten: nur dann gelinge es, ein »demokratisch-sozialistisches Europa« als »dritte Kraft« zwischen »dem amerikanischen Kapitalismus und der sowjetischen Staatswirtschaft« zu schaffen.

Noch glaubte er an die Überlegenheit der »Planung« (zu der übrigens auch der Kapitalismus fähig sei). Von der weisen Kompromissformel des Godesberger Programms – »Soviel Markt wie möglich, so viel Staat wie notwendig« – war er noch weit entfernt. Wichtiger: er hatte – in einem musterhaft klaren Deutsch und frei von allen Verkrampfungen des Parteijargons – der produktiven Utopie eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus in Deutschland neues Leben eingehaucht.

### Links und frei

Man darf ihn ohne Übertreibung den bedeutendsten Theoretiker der deutschen Linken in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nennen. Zwar begegnete er dem »karolingischen« Europa von Konrad Adenauer zunächst voller Misstrauen (das auch vom englischen Exil mitbestimmt sein mochte): doch er bestätigte dem Autor dieser Zeilen, der sich mit so junger Forschung für die Aussöhnung mit Frankreich und für die Gemeinschaft von Brüssel ins Zeug geworfen hatte, dass der Schüler die Lage realistischer beurteilt habe als der Meister. Löwenthal übersah keineswegs, dass sich in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegsepoche in vielen Bereichen des

Alltags (zumal in der reformunfähigen Justiz) das überkommene Obrigkeitsdenken der Demokratisierung widersetzte, doch die gebetsmühlenhaft geleierte Formel vom »restaurativen« Charakter der Bundesrepublik« hat er »aus vielen Gründen immer für falsch gehalten«: eine Phrase, die – von Walter Dirks im Herbst 1949 in die Welt gesetzt – die Köpfe der jungen Avantgarde (zum Beispiel der »Gruppe 47«), vor allem die Gehirne der Halb- und Viertelintellektuellen (ob in der »Ohne Mich-Bewegung«, bei den Friedensmarschierern und schließlich im mörderischen Freicorps der RAF) so lange verklebt hat.

Löwenthal fragte indes mit gleicher Eindringlichkeit, ob die Jugendrevolte der sechziger und siebziger Jahre nicht das Problem der »geschichtlichen Identität der Deutschen mit ihrer besonderen kulturellen Spannung« von neuem aufgeworfen habe. Er ließ sich gewiss nicht durch den Spott des Erzpragmatikers Helmut Schmidt beirren, dass »Visionäre« gut beraten wären, den Augenarzt aufzusuchen. Ihm genügten drei Kant- und zwei Marc Aurel-Zitate als weltanschauliches Rüstzeug gewiss nicht. Er schätzte vielmehr Willy Brandts Bemühung, der SPD neue geistige Impulse zu vermitteln. Umso mühsamer war es für ihn, längst Professor für Politik-Wissenschaft in Berlin, das rhetorische Trommelfeuer wirrköpfiger Marxismus-Missionare à la Dutschke und ihren Fanatismus zu ertragen. Im Werk des sozialistischen Erzvaters kannte er sich besser aus als die Vorbeter der Meute, deren Gewalt ihn allzu schmerzhaft an den Terror der SA-Rabauken gegen die jüdischen Professoren vor 1933 erinnerten. Den Kanzler und Parteivorsitzenden Brandt 1970 bestärkte er – nach dem Zeugnis Heinrich August Winklers – in dem Grundsatzbeschluss, trotz der Bejahung »friedlicher Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung« jeder »ideologischen Koexistenz« mit den Kommunisten ... eine scharfe Absage« zu erteilen.

Die seelischen Blessuren, die er in den dramatischen Auseinandersetzungen jener Tage davontrug, trieben Löwenthal dem konservativen »Bund Freiheit der Wissenschaft« zu (von dem er sich nach einigen Jahren wieder löste, da die Vereinigung zu einem Instrument der CDU zu degenerieren drohte).

Brandts Versuch, die linken Radikaldemokraten in die SPD einzubinden – der alles in allem glückte, wenn auch um den hohen Preis der Entfremdung von der Arbeiterschaft –, war die Ursache heftiger Debatten mit Peter Glotz, der die fragwürdige Formel vom »Antikommunismus aus Identitätsangst« geprägt hat – aber auch mit Willy Brandt, der die Partei auf eine Öffnung zu den »Grünen« und zu den Friedensmarschierern vorbereitete. Das Problem wurde rasch überholt.

Die schärfsten linken Kritiker der alten Bundesrepublik sind längst passionierte Anwälte ihrer Werte geworden. Aber wir warten ungeduldig, was sie auf die Existenzfragen der Kapitalismus-Krise zu antworten wissen, die Löwenthal schon beim dreißigjährigen Jubiläum der Bundesrepublik vorausgeahnt haben mag, als er sagte, dass die Zähmung der »Überbetonung des individuellen Strebens nach Besitz, Erfolg und Genuss« kraft der Dominanz eines unkontrollierten Kapitalismus nur durch eine Renaissance der »Gemeinschaftswerte« gelingen könne, die in der westlichen Tradition verankert seien.

Rix Löwenthal, den man nach Bernstein den Urintellektuellen der modernen Sozialdemokratie nennen darf, war zeit seiner Tage nicht nur ein Denker, sondern meist auch gleichermaßen ein Kämpfer. Er fehlt uns – sein brillanter Kopf, die Unbestechlichkeit seines Urteils und sein mutiges Herz. Im April des vergangenen Jahres wäre er hundert geworden. Man hat seinen Geburtstag so gut wie vergessen. Die schöne Ausnahme: August Heinrich Winklers kongeniale Würdigung in der Welt.

*Gespräch mit Lutz Hachmeister*

## Nervöse Zone: Politik und Medien

*Lutz Hachmeister, Jahrgang 1959, ist Kommunikationswissenschaftler und Dokumentarfilmer (Schleyer, Das Goebbels-Experiment). 2005 gründete er das Institut für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM) in Berlin, welches er nach wie vor leitet. Zuletzt bei DVA erschienen: Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik. Die Fragen stellte Thomas Meyer.*

**NG/FH:** Wir beobachten gegenwärtig einen Wandel der Intellektuellenrolle in der Bundesrepublik, vielleicht europaweit, sowohl was die Träger dieser Rolle anbetrifft als auch die Themen mit denen diese sich einmischen. Ist das ein Vorgang von bleibenden Wirkungen oder etwas Vorübergehendes?

**Lutz Hachmeister:** Die Geschichte der Intellektuellen im 20. Jahrhundert ist weitgehend eine Erfolgsgeschichte. In der Nachfolge von Zola haben zumindest die linken und liberalen Intellektuellen sehr viel von dem erreicht, auf das sie zielten. Ganz in dem Sinne von Schumpeter: der Kapitalismus erzieht seine Kritiker in einem für ihn gefährlichen Ausmaß, und zwar durch das Medien- und Bildungssystem. Wir haben in der westlichen Welt den Zusammenbruch autoritärer und totalitärer Regime erlebt, dazu einen rasanten Wandel der bürgerlichen Werte. Wir leben heute in weitgehend säkularisierten Gesellschaften, mit selbstbewusst schwulen Bürgermeistern und lesbischen Ministerinnen. Die Ermüdung der intellektuellen Rolle oder Pose resultiert also aus dem bereits Erreichten. Die Wertskala der Intellektuellen erscheint vielen selbstverständlich. Zudem werden die Intellektuellen durch das gesteigerte Reflexionspotenzial in der Gesellschaft in ihrer Rolle stärker durchschaubar, bis zum Karikaturenhaften. Sie agieren, soweit sie überhaupt noch als solche kenntlich sind, in gewisser Weise unter dem Wegfall ihrer historischen Voraussetzungen. Die Universitäten in Deutschland, einst Domäne eines bestimmten Intellek-

tuellentypus, sind heute in der Regel verschulte Zulieferbetriebe für das technokratische Funktionieren der spätbürgerlichen Gesellschaft. Sie leisten sich noch eine schon terminologisch verschwurbelte Kulturwissenschaft aus allen möglichen postmodernen Ansätzen, *Gender Studies*, Postkonstruktivismus oder so etwas. Wer da lehrt oder lernt, ist oder wird wahrscheinlich kein wirkungsbewusster Intellektueller.

**NG/FH:** Aber so weit heute intellektuelle Deutungsangebote noch erfolgen, also den Ereignissen des Tages Sinn und Richtung gegeben wird, beobachten wir doch, dass diese Rolle eher von den sogenannten Alpha-Journalisten wahrgenommen wird als von den ehemaligen literarisch-sozialwissenschaftlichen Intellektuellen. Reflektiert dieser Wandel, sozusagen von Habermas zu Schirrmacher, eine tiefer gehende gesellschaftliche Veränderung?

**Hachmeister:** Das politische Feuilleton der *prestige papers* ist sicher selbstbewusster geworden. Mit der Abwendung vom bloß rezensierenden Kulturteil überstrahlen die Feuilletons von FAZ, SZ oder *Welt* häufig die traditionellen Politik- oder Wirtschaftsressorts. Das ist auch Moment einer schleichenden Auflösung der publizistischen Genres. Überhaupt haben die großen Tageszeitungen, lassen wir die derzeitige Krisensituation einmal außer Acht, in den letzten Jahrzehnten ständig an Auflage und an neuem Publikum für ihre Diskurse gewonnen. Und diese Feuilletons waren Sammelplätze für die politischen Generationen

nach 1968, in manchen Fällen sehr explizit gegen Habitus und Denkweise der »68er« gerichtet. Aber damit sind die Themensetzungen auch flatterhafter und strategischer geworden. Man testet die Instrumente kultureller Hegemonie im Systemstreit zwischen Politik, Hochschulen und publizistischen Medien aus. Daher auch die tief greifende Verunsicherung bei den bisherigen Elitemedien über die Möglichkeiten der digitalen Netzkommunikation. Es gibt natürlich Differenzierungen: für die *Süddeutsche Zeitung* ist Habermas wichtiger, für die FAZ steht eher Luhmann mit seiner postheroischen, abgeklärten Aufklärung. Luhmann kennzeichnet auch die Drift zum technokratischen, subtil ironischen, personell und öffentlich weniger eindeutigen Intellektuellen. Daher der Charme

der unterkühlten soziologischen Systemtheorie für jüngere Leute. Beginnend mit der Kybernetik in den 40er Jahren haben sich natur- und sozialwissenschaftliches Denken sehr angenähert. Die alte Definition des Intellektuellen, der sich gegenüber Technokratie, Technologie und Bürokratie distanziert verhält, hat sich abgeschliffen. Aber es gilt immer noch: Der Intellektuelle entsteht durch Publizistik. Also ist die Evolution der Kommunikationstechnologie auch entscheidend für die Rolle von Intellektuellen in der Gesellschaft. Dafür waren übrigens Rechtsintellektuelle wie Schelsky, Freyer, Carl Schmitt oder Ernst Jünger immer sehr sensibel.

**NG/FH:** Klaus Harpprecht hat für die Bundesrepublik beobachtet, dass wir in den 50er, 60er, vielleicht sogar noch 70er Jahren öfter mal Kontroversen zwischen bestimmten Medien um politische Themen hatten. Gehört das Phänomen, dass die Medien unter sich keine großen politisch-kulturellen Debatten mehr führen, in diesen Zusammenhang?

**Hachmeister:** Die großen Verlegerpersönlichkeiten oder Herausgeber hatten noch die Freiheit zu sagen: der Laden läuft einigermassen, ich interessiere mich für die publizistische Haltung und Ausrichtung, für redaktionelle Belange. Mit den Werbeschaltungen ging es im Prinzip immer bergauf. Die Medienindustrie, verkoppelt mit Telekommunikation und Online-Wirtschaft, ist heute ökonomisch viel bedeutsamer als noch in den 60er Jahren. Die Renditeanforderungen machen publizistische Positionen immer prekärer. Diese Ökonomisierung führt dazu, dass der Inhalt zumindest gleichgültiger wird, im Wortsinne. Helmut Thoma, der einstige Chef von RTL, hat ja mal gesagt, er würde auch jeden Abend um 20 Uhr eine Ansprache des Papstes bringen, wenn das zu hohen Einschaltquoten führte. In einem kommerziellen Mediensystem geht es we-



niger um den symbolischen Gewinn, den man mit herausgehobener Publizistik machen kann. Das ist sicherlich für alle Unternehmen, die sich noch im traditionellen Sinne als publizistische Taktgeber verstehen, eine sehr gefährliche Entwicklung. Wenn man in einer ökonomisch und technologisch prekären Situation ist, greift man sich gegenseitig nicht so gerne an. Da folgen die Redakteure den Direktiven der Verlagshäuser.

**NG/FH:** Sie haben eine gewisse Entpolitisierung beobachtet, eine Verschiebung von den politischen zu privatistischen Diskursen wie Familie, Vaterland und Bürgerlichkeit. Blendet man viele politische Fragestellungen aus, um bestimmten ökonomi-

journalistischen Spektrums, die als solche auch verständlich ist. Hinzu kommt die beständige Multiplikation von Weltinhalten, also der manifesten, gespeicherten Nachrichten und Mitteilungen. Es wird ja mehr geschrieben und gelesen, als jemals zuvor in der Menschengeschichte. Das erzeugt mannigfaltige Redundanzeffekte, Rezeptionsermüdungen. Ich glaube aber, dass der Journalismus erheblich pointierter, schärfer, prognostischer sein könnte, gerade in Deutschland. Daher erschien mir diese Flucht in überholte Nationalstolz-Debatten, oder in Reflexionen, ob und wann unser Volk ausstirbt, gestrig und überflüssig.

**NG/FH:** Es gibt in der heutigen Publizistik eine starke Tendenz zum Ironisch-Distan-

**» Das Problem liegt nicht darin, dass sich Publizisten in die aktuelle Politik einmischen, sondern in einem Stimmungsjournalismus, der in absehbarer Frequenz mal den einen, mal den anderen hoch- oder heruntermacht. «**

schen Interessen zu dienen, oder weil man denkt, etwas anderes interessiert das Massenpublikum nicht mehr?

**Hachmeister:** Die Entwicklung der globalen Politik und Wirtschaft ist ein zunehmend abstrakter Prozess. Popper hat ja schon früh die Entwicklung von der offenen zur abstrakten Gesellschaft thematisiert. Man kann diesen Prozess nicht ständig publizistisch nach vorne holen. Man muss weiterhin mit *human interest*, mit Themen und Darstellungsformen arbeiten, die der Leser oder Nutzer mit seiner begrenzten Zeit auch verstehen kann. Das heißt, wir haben eine Kluft erreicht zwischen der objektiven Erkenntnisanforderung und dem, was Publizistik mit ihrer Tradition aus dem 19. Jahrhundert, der Massenpublizistik, leisten kann. Diese objektive Kluft kann vom Journalismus allein nicht geschlossen werden. Das müssen das Bildungssystem, die Hochschulen und spezielle Foren, auch im Internet, leisten. Hier gibt es eine natürliche Begrenzung des

zierten; weg vom Inhaltlichen, hin zum Ästhetischen. Könnte man da nicht annehmen, dass die Angebote, die von der Politik kommen, von den Medien nicht mehr ernst genommen werden. Müssten die Medien nicht ihrerseits einen Beitrag dazu leisten, durch bestimmte Diskurse und durch Aufklärung, die Ernsthaftigkeit mancher Problemlagen, überhaupt erst mal zu vermitteln?

**Hachmeister:** Das ist sicher richtig. Doch damit Politik existenziell wahrgenommen wird, braucht man wohl eine reale ökonomische oder militärische Krisensituation. Die gab es nach 1945 im Kalten Krieg, als eine nukleare, finale Auseinandersetzung immer wieder möglich schien. Diese Situation hat auf die Psyche der Menschen Einfluss genommen und war bestimmend für alles gesellschaftskritische, intellektuelle Handeln. Es gab eine Politikergeneration, die durch Krieg und Nachkrieg geprägt war und sich von den Jüngeren deutlich unterschied, sei es als Vorbild, sei es als Figur für

Opposition, oft auch für ganz unreflektierte Opposition. Dafür steht dieses ambivalente Verhältnis von Augstein zu Adenauer oder Strauß. Die operative Politik mit ihren handelnden Figuren ist heute entweder fast unbekannt oder nicht wirklich satisfaktionsfähig. Es wird immer wieder über eine Vereinfachung des Steuersystems geredet, realiter wird es immer kompliziert. Pendlerpauschale ja, Pendlerpauschale nein. Die Publizistik, und wenn sie sich noch so politisch verstünde, kann die Vorgaben der operativen Politik nicht ersetzen, auch heute nicht. Von der Publizistik, die im Kern Bericht erstattet und kommentiert, zu verlangen, dass sie das Charisma der Politik eigenständig konstruiert, ist zuviel verlangt. Das vermischt die Rollen. Erheblicher ist, dass in Deutschland zu wenig Mittel in publizistische Recherchen gesteckt werden. Das wird zwar häufiger beklagt, doch in Zeiten der medienökonomischen Krise bleibt es bei den ständigen Appellen zur Besserung. Wenn der Journalismus hart recherchiert, ist das sehr unangenehm für die politische Klasse, auch für die ökonomischen und vielleicht sogar die akademischen Eliten. Nun ist es aber so, dass viele Journalisten Teil dieser Elitenkonfiguration sind. Also werden die wahren Geschichten nicht gedruckt oder gesendet, allenfalls verzögert. Sie werden im Interesse des eigenen Unternehmens von den neuen *gatekeepern*, die ich journalistische Manager genannt habe – die nicht nur reine Chefredakteure sind, sondern die auch am ökonomischen Ergebnis ihres Medienunternehmens gemessen werden –, verzögert publiziert. Sie werden dann publiziert, wenn sie niemanden mehr interessieren und keinem mehr weh tun. Der Wirtschaftsjournalismus in Deutschland, um ein nicht unwichtiges Feld zu nehmen, war in den letzten Jahrzehnten ein Totalausfall.

**NG/FH:** Was das Verhältnis von politischer Klasse und publizistischer Klasse anbetrifft, beobachten wir zunehmende Rivali-

täten um Einfluss. Die Medien sind bei Weitem nicht mehr nur die vierte Gewalt im Staate, die beobachtet und kommentiert, sondern sie mischen sich in erheblichem Umfang ein. Sie bestimmen, was gebracht wird und wie. Tut das auf Dauer einer demokratischen Öffentlichkeit gut?

**Hachmeister:** Die publizistischen Medien waren niemals die »vierte Gewalt« und sollen das auch nicht sein. Journalisten und Verleger können keine Gesetze verabschieden oder Leute verhaften und zu Gefängnisstrafen verurteilen. Das heißt nicht, dass die Publizistik nicht mächtig wäre, aber sie gehört verfassungsrechtlich nicht zu den drei Staatsgewalten. Sie soll das gesellschaftliche und kulturelle Geschehen möglichst präzise beobachten. Und dass sich Journalisten in die Politik einmischen, ist ja geradezu begründend für den Elitejournalismus. Maximilian Harden hat im ausgehenden 19. Jahrhundert das wilhelminische Regime brutal attackiert. Augstein hat wütend gegen Konrad Adenauer geschrieben. Der alte Adenauer hat das lange ausgehalten und gesagt: bei mir liegt die wirkliche politische Macht, die letzte Dezi-sion im Sinne Carl Schmitts – zumindest im Raum der damaligen Bundesrepublik. Das Problem liegt nicht darin, dass sich Publizisten in die aktuelle Politik einmischen, sondern in einem Stimmungsjournalismus, der in absehbarer Frequenz mal den einen, mal den anderen hoch- oder heruntermacht. Dadurch wird der Journalismus beliebig. Ich glaube, die Publizistik nutzt die Entkräftung des politischen Personals aus. Die politische Macht der Elitepublizistik wird auch von der Politik selbst aufgebaut, im Sinne einer Entlastung von Verantwortung. Man schiebt die Journalisten und die eigene politische Bürokratie vor. Nach der Devise: Wir können nichts dafür, es sind »die Medien« und »das System«. Außerdem hat Gerhard Schröder doch gezeigt, wie man an den angeblich so einflussreichen Journalisten vorbei, unter

direkter Nutzung der Fernsehkameras, sehr intensiv mit der Bevölkerung kommunizieren und eine Bundestagswahl fast noch drehen kann.

**NG/FH:** Das war natürlich die Sondersituation eines Wahlkampfes. Aber eine Tatsache scheint zu sein, dass die meisten Politiker davon ausgehen, dass die Medien diese Macht haben. Und die Medien versuchen diese Macht auszuspielen.

**Hachmeister:** Das ist der Punkt. Sie glauben mehr an die eigenen Konstruktionen als an eine politische Realität, die sie prägen und verändern können. Und natürlich hat der Glaube an Konstruktionen Effekte, wie wir aus der Sozialpsychologie wissen. Aber letztlich kann jede Publizistik von der Politik gekapert werden. Es gibt diverse subtile und weniger subtile Mittel der Medien- und Kommunikationspolitik, mit denen Macht im formaldemokratischen Staat gesichert und ausgeweitet werden kann. Die Regierungsstile von Berlusconi, Sarkozy oder Putin scheinen mir doch etwas problematischer als der vermeintliche Einfluss einiger Kommentatoren in Deutschland. Wir sind eher in der paradoxen Situation, dass ein schwaches politisches System durch eine ökonomisch und intellektuell geschwächte Publizistik weiter geschwächt wird. Hier halten sich zwei Berufsgruppen für Opfer der Globalökonomie: Politiker und Journalisten.

**NG/FH:** Sie sprachen vom Fehlen markanter Persönlichkeiten, die in der Lage sind Kommunikationsprozesse zu initiieren und zu tragen. Da die offenbar in der Landschaft, in der wir uns heute bewegen, schwer nachwachsen, wo sollen sie denn letztlich herkommen?

**Hachmeister:** Biografien kann man nicht künstlich herstellen. Sie werden eben erlebt, im konkreten Austausch mit der jeweiligen politischen, ökonomischen und

kulturellen Wirklichkeit. Aber man muss jüngere Leute durch die Hermetik des Systems und seine maroden politischen Rituale ja nicht vorsätzlich abschrecken. Das macht die politische Klasse seit geraumer Zeit. Das etablierte politische System ist so geschlossen und weiterhin durch untergründige Strukturen der Ministerialbürokratie und des Parteienapparates bestimmt, dass es immer unattraktiver für intelligente junge Leute wird. Da ist eine Distanz, die nicht daher kommt, dass das politische System heruntergeschrieben wird, sondern aus seiner eigenen selbstproduzierten Unattraktivität. Welche Inklusionsprozesse die jüngeren Leute für das politische System gewinnen, diese Frage ist noch nicht beantwortet. Für mich ist das die Kardinalfrage für die Überlebensfähigkeit der Demokratie. Die Demokratie wird weiterhin nur durch starke Institutionen im politisch-publizistischen Bereich, in der Ökonomie und bei den großen gesellschaftlichen Gruppierungen überleben. Sonst haben wir jede Menge Sekten und Ad-Hoc-Bewegungen. Aber wenn diese nicht mehr ihre Attraktivität erweisen, werden wir sehr bald in einer grundsätzlichen Krisensituation eine massive Abwendung vom politischen System erleben.

**NG/FH:** Lassen Sie uns aus gegebenem Anlass auf Peter Glotz schauen. Man könnte sagen, er war ein Mann des Übergangs, zwar noch sozialwissenschaftlich-kultureller Intellektueller, aber schon Medienmanager, Alpha-Journalist. Man könnte aber auch sagen, er bietet ein bleibendes Rollenmodell für die Mediendemokratie: Ein sozialwissenschaftlicher Intellektueller, der Deutungen erarbeitet und gleichzeitig so medienfit ist, dass er diese Angebote jederzeit in der Medienwelt unterbringen kann.

**Hachmeister:** Peter Glotz war sicher eine Ausnahme. Er war ein Intellektueller, Hochschulpolitiker, Kommunikationswissenschaftler und Publizist, gleichzeitig hat

er die Rituale der Parteipolitik aus eigener Anschauung gekannt. Das hat ihn nach eigener Auskunft zuletzt mürbe gemacht. Er ist an die Universität zurückgegangen, allerdings zuletzt wohl wissend in die Schweiz. Herbert Wehner hat ihn einmal mit dem Spruch »Na, Du Medienpolitiker« begrüßt. Peter Glotz hat schon darunter gelitten, das hat er in seiner Autobiografie auch geschrieben, dass er in seiner Partei immer als Intellektueller abgestempelt war, und dass es in der SPD starke anti-intellektuelle Affekte gab. Im akademischen System gibt es einen Hang zur überflüssigen Abstraktion, in der Politik dagegen einen fatalen Konkretismus – ich

sage das als jemand, der immer für eine konkrete Kommunikationsforschung plädiert hat. Aber die operative Politik muss sich mehr auf strategische Modelle künftiger Gesellschaften, auf den Dialog mit Intellektuellen, die nicht mehr die universellen Sinndeuter sein können, einlassen und sich auch wieder an die Schärfung der politischen Begriffe machen. Da kann die SPD von Peter Glotz wieder einiges lernen. Die Bestimmung des Politischen muss von der professionellen Politik kommen, im Dialog mit der publizistischen und akademischen Sphäre. Man kann da wenig an die Journalisten delegieren, auch nicht an Unternehmensberater.

*Albrecht von Lucke*

## Das Machtkartell

**Schirmmacher, Diekmann, Aust und Co.**

### Albrecht von Lucke

(\* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Im Februar erscheint im *Wagenbach Verlag* sein neues Buch: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin: 1949-1989-2009.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de



Untersucht man die Bundesrepublik auf ihre Brüche seit dem Umzug von Bonn nach Berlin vor nun bald zehn Jahren, stellt man die vielleicht größten Veränderungen im Bereich der sogenannten Vierten Gewalt fest. Für die Medien ist die aufgekratzte »Berliner Republik« im Vergleich zum beschaulichen Bonn ein erstaunliches Biotop, das in besonderer Weise journalistischen Profilneurotikern zur Blüte verhilft. Henryk M. Broder, Ulrich Jörges und Matthias Matussek seien hier als die vielleicht auffälligsten Vertreter des neuen Typus des »Krawalljournalisten« genannt,

dessen Neurosen sich schon bis zu halben Schlägereien im Anschluss an den ansonsten noch immer beschaulichen *Presseclub* ausgewachsen.

Gewiss, Originalitätswahn und Geltungssucht gehörten unter Journalisten schon immer zur *déformation professionnelle*. Doch dem neuen Berliner »Stil« geht jede Exzentrik oder gar Spleenigkeit im angelsächsischen Sinne ab. Kennzeichnend ist eher ein eigentümlich machistisches Maulheldentum (Frauen sind eher marginal vertreten), dessen eigentliches Ziel in größtmöglichem »Putz« besteht. Letztlich handelt es sich dabei um ein neues journalistisches Phänomen des »freien Radikalen«, dem die erzielte Aufmerksamkeit allemal wichtiger ist als der transportierte Inhalt.

Erstaunlich ist allerdings, welche enorme Aufmerksamkeit diesen journalistischen Lautsprechern entgegengebracht wird. Auf allen Kanälen präsent, haben sie inzwischen den Status medialer Ersatzintellektu-

eller erlangt. Dass sich die universitäre Intelligenz immer weniger in politische Debatten einmischte, kann dies allein schwerlich erklären. Eher mag dies darin begründet liegen, dass auch in der Berliner Politik zahlreiche freigesetzte Radikalinskas ihr Unwesen treiben, deren Egomane in der Multi-Kanal-Welt gleichfalls durch ständige Aufmerksamkeit belohnt wird. Angesichts der Clements, Merz' und Metzgers erweist sich die Berliner Journaille als getreues Abbild ihrer Beobachtungsgegenstände. Der langjährige *Spiegel*-Korrespondent Jürgen Leinemann, selbst noch eher ein Journalist der alten Schule, sprach unlängst davon, dass den Politikern seiner Generation, den 68ern, das »innere Geländer« eigener Werturteile gefehlt habe. So sehr dies in der Tat für zahlreiche Politiker der Gegenwart zutrifft, in der journalistischen Zunft verhält es sich keineswegs anders – und zwar durchaus generationsübergreifend, von Jörges, Jahrgang 1951, bis Diekmann, Jahrgang 1964. Das Problem ist also nicht generationell, sondern nur strukturell zu begreifen.

### **Der Fisch stinkt vom Kopf**

Dabei handelt es sich keineswegs um ein Phänomen bloß der journalistischen Beiboote, im Gegenteil. Die Journalistin Franziska Augstein stellte vor geraumer Zeit fest, dass im Fall des *Spiegel* der Fisch »vom Kopf stinke«. Tatsächlich entwickelte sich das einstige selbsternannte »Sturmgeschütz der Demokratie« in der Ära Aust zum bloßen Aufmacher-Magazin. Entscheidend in den Augen des Chefredakteurs war ganz primär – und letztlich völlig apolitisch – der Hefttitel, der über den Erfolg am Kiosk entscheidet.

Dieser Zug zum Reißerischen, zum Marktschreierischen gilt jedoch nicht nur für den *Spiegel*, sondern für weite Teile der hiesigen Medienlandschaft. Wenn etwa ein

maßgeblicher FAZ-Herausgeber sich vor allem als Apokalyptiker in Permanenz erweist, muss das irgendwann nur noch abstopfen. Zumal dann, wenn Frank Schirrmacher binnen weniger Monate vom radikalen Gegner von Rot-Grün und staatlicher Regulierung zum führenden Kapitalismuskritiker mutierte.

Dieses Chamäleonhafte der Person Schirrmachers ist nur der radikalste Ausdruck der Tatsache, dass heute bei den meisten Journalisten eine klare Unterscheidung nach den politischen Grundkategorien Links oder Rechts kaum mehr vorzunehmen ist. Das zeigt sich insbesondere an der erstaunlichen journalistischen »Sprunghaftigkeit«, auf neudeutsch: Volatilität, hinsichtlich ihres Arbeitsplatzes. Man möchte gar nicht genau wissen, wie viele einstige *taz*-Journalisten heute bei Springers *Welt* in Lohn und Brot stehen. Immerhin sind Überläufer zur *Bild*-Zeitung noch nicht bekannt geworden – wenn auch die *taz* schon einmal, quasi präventiv, für einen Tag dem *Bild*-Chefredakteur das Steuer überließ. Von gewachsener und politisch begründeter Blattbindung der Autoren kann heute jedenfalls kaum mehr die Rede sein.

Zum Ausdruck eines zutiefst verluderten Betriebes wird diese Tendenz jedoch dann, wenn wir uns den zweiten repräsentativen journalistischen Typus anschauen, den des Machtjournalisten. Dafür stehen in erster Linie die Namen Aust, Schirrmacher, Döpfner und Diekmann. Die weitgehende Auflösung einstiger klarer politischer Unterschiede der Medien – Vorreiter auch hier der *Spiegel* –, hat dazu geführt, dass an der Spitze heute jeder mit jedem kann. Hier gilt die Devise: Eine Krähe hackt der Anderen kein Auge aus. Denn alle verbindet ein primäres Interesse – das an medialer Macht: Macht in den Medien und über die Medien.

Beim distinguiert sich gebenden *Springer*-Vorstandsvorsitzenden Döpfner und dem gegelt-glatten *Bild*-Chef Diekmann, gehört die Kumpanei quasi schon von Hause aus zum guten Ton – beide ver-

körpern auf ihre je eigene Weise den *Springer*-Verlag. Und was für die *Bild*-Zeitung dann doch intellektuell zu anspruchsvoll ist, erledigt *Welt*-Chefredakteur Thomas Schmid, ehemaliger Intimus von Joschka Fischer und Chefideologe des »Revolutionären Kampfes«, als Döpfners Mann fürs Feine.

### **Eine Hand wäscht die andere**

Noch problematischer wird die Kumpanei allerdings im medienübergreifenden Dreiecksgespann Diekmann, Aust und Schirmmacher. Hier wäscht eine Hand die andere, so etwa wenn *Bild*-Zeitung und *Spiegel* weite Teile der Schirmmacher-Bücher *Methusalem-Komplot*t und *Minimum* abdrucken – und damit zu den eigentlichen Geburtshelfern für den Bestseller avancieren. Umgekehrt darf sich die *Bild*-Zeitung dann

gerne an einem ebenso reißerischen Schirmmacher-Artikel über die angebliche »Deutschenfeindlichkeit« hier lebender Ausländer gütlich tun, der dem Boulevard-Blatt willkommene Munition in Roland Kochs letztem Anti-Ausländerwahlkampf lieferte. Offenbar ging Kai Diekmann so selbstverständlich von Schirmmachers Einverständnis zu dem gekürzten Abdruck aus, dass er nicht einmal um dessen Erlaubnis nachsuchte (so jedenfalls die Behauptung des FAZ-Schöngestes).

Wie sich Schirmmacher bei Aust revanchierte, zeigt exemplarisch dessen Besprechung von Eichingers Baader-Meinhof-Film, gedreht nach dem Aust-»Klassiker« *Der Baader-Meinhof-Komplex*. Eines Films, immerhin massiv gefördert durch Bundesfördermittel, bei dem man angesichts der penetrant heroisierenden Täterperspektive durchaus verstehen kann, warum die Witwe des durch die RAF ermordeten Bankiers



Jürgen Ponto anschließend ihr Bundesverdienstkreuz zurückgab.

Dass dem *Spiegel* der keineswegs innovative Film ein eigener Hefttitel wert war, mag angesichts der Autorschaft des einstigen Chefredakteurs nicht sonderlich verwundern. Doch was machte Schirmmacher? Sonst um vernichtende Worte keineswegs verlegen, lobt er Eichinger und Stefan Aust als »die besten Drehbuchautoren«, ihre Ideen als bestechend. Der Film sei schlicht »heartbreaking«, ihm gelinge die »totale Identität von Darstellung und Dargestelltem«, die »totale Imitation des Vergangenen, bis hin zu Details, die niemand (nicht einmal Aust) kennt«. Nun mag an dieser Stelle die Witwe Jürgen Pontos gedanklich eingewendet haben, dass die Details der völlig falsch dargestellten Ermordung ihres Mannes in der Tat nicht nur Aust, sondern auch Eichinger oder Edel (der Regisseur) nicht gekannt hatten. Schließlich hatte sich für die Perspektive der Opfer niemand sonderlich interessiert, weil der ganze Film exakt auf dem inzwischen 20 Jahre alten Aust'schen Buchplot basierte, der allein die Sicht der Täter spiegelt. (Dass es auch völlig anders geht, zeigte unlängst der von der ARD ausgestrahlte Film *Mogadischu*, Regie Roland Suso Richter, über die Entführung der *Landshut*.) Dessen ungeachtet verstieg sich Schirmmacher am Ende zu der grotesken Überhöhung, der Eichinger/Aust-Film habe »womöglich die Kraft, die gesamte RAF-Rezeption auf eine neue Grundlage zu stellen«. Mehr Werbung ist wohl selbst einem Frank Schirmmacher kaum möglich.

Immerhin schrieb er in seiner Ode auf Aust einen treffenden Satz: »Mag die Filmkritik darüber entscheiden, wie gut dieser Film ist.« Die Filmkritik ließ sich daraufhin nicht lumpen und fand in Person des FAZ-Kritikers Michael Althen die richtigen Worte. Ein Film, so Althen, wie ein »Polit-Porno« – aus »lauter Höhepunkten«. Getreu, so möchte man hinzufügen, der alten Volksweise: Lustig ist das Terroristenleben, faria faria ho.

### Die Selbstherrlichkeit der Ersatzintellektuellen

Nun könnte man das neue journalistische Machtkartell getrost vernachlässigen, wenn es dabei nur um die Einschätzung missratener RAF-Filme ginge. Doch das Netzwerk zwischen *Bild*-, FAZ- und *Spiegel*-Meinungsmachern ist deshalb so problematisch, weil es die gegenseitige Kontrolle innerhalb der Vierten Gewalt ausschaltet.

Journalisten, die ohnehin tendenziell nach Aufmerksamkeit lechzen, werden zu Selbstherrlichkeit und Geltungssucht regelrecht verführt, wenn sie nicht wenigstens intellektuell Rechenschaft ablegen müssen für ihre politischen Einschätzungen. Kontrolliert sich die Vierte Gewalt also nicht wechselseitig, durch gegenseitige harsche Kritik und Beurteilung, dann tut es keiner. Das aber fördert erstaunliche Verantwortungslosigkeit – und erstaunliche Radikurteile.

Bis heute hat sich noch keiner der nicht ganz wenigen Journalisten und Intellektuellen, die so energisch für den Irak-Krieg getrommelt haben und von einem schnellen Sieg überzeugt waren, zu dessen Scheitern verhalten – ob sie nun Henryk M. Broder oder Wolf Biermann heißen. Von keinem hört man heute irgendeine Form der Selbstkritik, sondern nur lautes Schweigen, nach dem Motto: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern – zumal ich ja hoffen kann, dass ich übermorgen durch die Geschichte doch noch Recht bekomme.

Wer die Politiker kontrolliert, muss selbst kontrollierbar sein. Denn ohne kritische Auseinandersetzung gerade unter Journalisten kann es nicht verwundern, wenn vermeintliche Überzeugungen von heute auf morgen aufgegeben werden, der politische Journalismus immer mehr an Kontur verliert und letztlich zur eiteln Selbstbespiegelung verkommt. Kurzum: Kontrollieren wir die Kontrolleure. Andernfalls bekommen wir nur die Journalisten, die die Berliner Republik (noch) nicht verdient.

Stephan Weichert / Christian Zabel

## Das Alpha-Prinzip

### Alte und neue journalistische Wortführer

*So sehr sie Debatten weiterdrehen und publizistisch ausschlichten, man weiß noch nicht viel über den publizistischen Überbau in Gestalt der »Alpha-Journalisten«. Welches professionelle Selbstverständnis, welche publizistischen Strategien haben die neuen Taktgeber? Und wie steht es um die Zukunft von Meinungsmachern in den neuen internetbasierten Medienwelten?*

#### Stephan Weichert

(\* 1973) ist Professor für Journalistik an der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation in Hamburg und Projektleiter am Institut für Medien- und Kommunikationspolitik in Berlin. Ende Februar erscheint der Band *Die Alpha-Journalisten 2.0. Deutschlands neue Wortführer im Porträt*.  
s.weichert@macromedia.de



#### Christian Zabel

(\* 1976) ist Vorstandsassistent bei der Deutschen Telekom AG. Zuvor arbeitete er u.a. als freier Journalist. Zuletzt erschienen: *Wettbewerb im TV-Produktionssektor. Produktionsprozesse, Innovationsmanagement und Timing-Wettbewerb* (VS-Verlag 2008).



Vor einiger Zeit wurde der amerikanische Neurowissenschaftler Robert M. Sapolsky in einem Interview mit dem Wirtschafts-magazin *Brand eins* zum Sozialverhalten von Affen befragt. Sapolsky fand heraus, dass es keineswegs nur Muskelkraft und lautes Gebrüll braucht, um sich an der Spitze einer Gemeinschaft langfristig zu behaupten, sondern vor allem emotionale Intelligenz und soziales Durchsetzungsvermögen. Auf die Frage, wozu eine Horde Primaten einen Boss brauche, antwortete er: »Vor 30 Jahren glaubte man, das Alpha-Tier würde die Weibchen beschützen, seine Gruppe zu Futterplätzen führen und dafür sorgen, dass die besten Gene weitergegeben werden.« Das alles habe sich jedoch als kompletter Unfug herausgestellt. Das nuch-

terne Fazit des Interviewten: »Die Gruppe braucht das Alpha-Tier also überhaupt nicht.« Soweit die Rudeltheorie der Serengeti.

Die Alpha-Tiere der Berliner Republik, eine Handvoll Wortführer, hat ihr Führungsinstinkt und eine virtuose Selbstvermarktung weit nach vorne gebracht: Sie zählen nicht zwangsläufig zu den Edel-federn im Journalismus, sind in der Regel keine recherchierenden Wühlmäuse; vielmehr gelingt es ihnen, eifrig die politische Themenagenda zu (be)setzen und soziale Schwingungen im Lande mit medienwirksamen Statements aufzugreifen. Einige reizen auch gerne Pseudo-Ereignisse ohne jegliche Nachrichtenrelevanz für ihre Zwecke aus – während das Prekariat das Nachsehen hat.

Doch wo kommunikative Zugpferde und etablierte Blattmacher unlängst noch das *Methusalem-Komplott* witterten, eine *Rückkehr der Religion* prognostizierten oder *Rettet den Kapitalismus* forderten, warnt inzwischen die nächste Alpha-Generation vor dem »großen Ausverkauf der freien Meinung«, propagiert ein »intelligentes Leben jenseits der Festanstellung« oder prägt geniale Sprachformeln wie »Die Welt ist eine Google«. Zwar sind die alten und jungen Taktgeber der Branche bisweilen medial allgegenwärtig, stellen selbst aber eine unsichtbare Koordinate auf der Matrix des Mediengeschäfts dar.

Auf etwa 100 Personen schätzt Siegfried Weischenberg die Clique der alteingesessenen Zeremonienmeister, die in Me-

diendeutschland bislang den Ton angab, und die durch ihre publizistische Sonderstellung als Chefredakteure, Kolumnisten oder TV-Moderatoren die öffentliche Agenda prägen und dadurch automatisch Definitionsmacht ausüben: Sie arbeiteten bei überregional wahrgenommenen Leitmedien, genossen immense berufliche Freiräume, etwa für Buch- und Filmprojekte, und verdienten sehr gut – bis zu fünfstelligen Monatsgehältern, wenn man dem Hamburger Journalistik-Professor Glauben schenkt. Dabei sind die oberen Etagen des Medienbetriebs immer noch fest in Männerhand. Bei *Spiegel*, *Wirtschaftswoche* und *Handelsblatt* bleiben die leitenden Herren Journalisten unter sich, auch bei der *Süddeutschen*, *FAZ*, *Focus*, *Stern* und *Zeit* ist höchstens jede sechste leitende Position von einer Frau besetzt. Im Fernsehen, mit seinen stärker auf Ästhetik und Emotionalisierung bedachten Zwängen, herrscht weitgehend Gleichberechtigung. In Online-Medien – von Weischenberg noch unberücksichtigt – zeigt sich hingegen ein leichter Trend zu mehr Weiblichkeit in Führungspositionen.

### **Zweifacher Generationswechsel im politischen Journalismus**

Das publizistische Establishment der späten Bonner Republik, dem schon Haudegen wie Manfred Bissinger, Helmut Markwort und Josef Joffe angehörten, schreibt in seinem vermutlich letzten Berufsjahrzehnt gegen die Glaubenswelt charismatischer *Forty-Somethings* wie Claus Strunz, Christoph Keese, Georg Mascolo, Kai Diekmann oder Giovanni di Lorenzo an, die inzwischen in den Chefetagen von Redaktionen und Verlagen reüssieren konnten – dicht gefolgt von der nächsten Journalistengeneration »Alpha 2.0«, die sich haupt- oder nebenberuflich eher in digitalen Netzwerken zusammenschließt, als sich in der analogen Massenpublizistik zu verorten. Die neuen Stars der deutschen Medienszene arbeiten als Web-Kolumnisten, *Blogger* und Online-Chefredakteure primär im Internet und nebenbei auch als Moderatoren oder Buchautoren in klassischen Medien. Damit erweitert sich das publizistische Oeuvre: Biografisch-soziologische Reizthemen sind heute nicht mehr – wie in der Kohorte der

Altmeister – Klassenkampf und Konsumkritik, sondern Klimawandel, Wirtschaftskrise und internationaler Terrorismus.

Auch der politisch-ideologische Habitus der Alpha-Tiere verschiebt sich damit zusehends. En vogue war bis vor kurzem noch ein kommoder, neoliberaler Wohlstandsjournalismus, der sich in rigiden Management-Qualitäten (Führungsstil, Blattmacher-Kompetenzen), aber auch in entsprechenden weltpolitischen Kommentierungen niederschlug: Wirtschaftsliberale wie Ulrich Reitz, Roger Köppel oder Wolfram Weimer wollen konservative Werte modern vermitteln und den Kapitalismus als Chance neu begreifen. Hinzu gesellen sich jetzt Pragmatiker der häufig als ›orientierungslos‹ gescholtenen 89er-Generation, die im bürgerlichen Milieu der späten Kohl-Ära aufgewachsen ist und später die Hochs und Tiefs der Medienkanzlerschaft Gerhard Schröders miterleben musste. Auch sie gestalten den Wandel hin zu einer weitgehend ideologiebefreiten Journalismuskultur, eher charakterisiert durch kommerziellen Konkurrenzkampf, 24-Stunden-Online-Nachrichten und konfektionierte Medienangebote als durch politische Nachhaltigkeit. Dem gegenüber stehen aber nach wie vor Querdenker, gegen die kein Kraut gewachsen ist: Bettina Gaus, Henryk M. Broder, Thomas Leif oder Sonia Mikich verteidigen gemeinsam mit Einzelkämpfern aus der Online-Sphäre wie Peter Glaser und Florian Rötzer das Berufsethos eines kritisch-emanzipativen Journalismus wacker.

Nicht wenige unter den Wortführern bekennen politische Farbe, wenn auch nicht immer so explizit wie Hans-Ulrich Jörges, Josef Joffe, Kai Diekmann oder Manfred Bissinger, die in der Rolle des Hilfspolitikers schon mal Wahlempfehlungen abgeben. Dem gegenüber stehen selbst ernannte Vertreter »absoluter Objektivität«, zu denen insbesondere Bildschirmpersönlichkeiten wie Maybrit Illner, Peter Klooppel, Frank Plasberg, Claus Kleber und Günther Jauch zählen – und das, obwohl man dem

System Fernsehen häufig vorwirft, das Amalgam von Journalismus und Politik vorangetrieben zu haben. Die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern diese zu verändern, ist ebenfalls für einige Wortführer der »Next Generation« wie Holm Friebe, Markus Beckedahl oder den Blogger »Don Alphonso« vorstellbar, obwohl sich ihr politisches Selbstverständnis von dem der etablierten »Alphas« erheblich unterscheidet: Politische Befindlichkeiten werden stärker aus einer spielerisch-popkulturellen Perspektive beurteilt, verwurzelt zwischen digitalem Nomadentum und originärem Journalismusauftrag.

Die Alpha-Tiere unter den Journalisten balancieren das Öffentliche und das Private sehr unterschiedlich aus. Während einige ihre berufliche Prominenz mit sichtbaren Starallüren durch ein wohl kalkuliertes System der publizistischen Selbstveredelung perfektioniert haben – beispielhaft dafür stehen Großpublizisten wie Frank Schirrmacher, Hans-Ulrich Jörges oder Franz Josef Wagner –, will ein anderer Archetyp zwar öffentliche Wirkung erzielen, jedoch unerkannt bleiben. Dennoch sind die meisten Alpha-Journalisten talentierte Netzwerker: Journalisten-Vereinigungen wie das *Netzwerk Recherche*, in dem sich Hans Leyendecker und Thomas Leif im Vorstand engagieren, und das von Jochen Wegner gegründete *jonet* erlauben ein bundesweites *Networking* über die Berichterstattungsblase in Berlin-Mitte hinaus.

### Medienlandschaft im Umbruch

Auch die professionellen Herausforderungen, mit denen sich die neuen Protagonisten konfrontiert sehen, unterscheiden sich gravierend und verändern den Journalismus in seinem Kern. Ein Blick auf die Krise in den USA verdeutlicht, dass die gesamte Medienlandschaft einen heftigen Umbruch durchleidet. Einige Zeitungen verschwinden von der Bildfläche, die Gesamtheit der

traditionellen Medien ist inzwischen online, neue publizistische Felder mit kostengünstigen ökonomischen Konstellationen werden erschlossen. Dadurch wird sich auch das Machtgefüge derjenigen ändern, die diesen Medienwandel in unserem Land maßgeblich steuern und prägen. Gerade die kommenden Leitfiguren der Branche, die Teil einer aufstrebenden, völlig andersdenkenden Medienelite sind (selbst wenn viele von ihnen sich niemals als »Elite« verstehen würden), werden selbst zu Motoren eines Wandels, der die Konturen des professionellen Journalisten allmählich verblassen lässt.

Im Online-Journalismus werden inzwischen mehr und viel schneller politische Themen umgewälzt als dies noch vor einem Jahrzehnt der Fall war – *Spiegel Online* ist in Deutschland einer der treibenden Kräfte dieser Entwicklung. Neben dem veränderten Arbeitsalltag, der sich durch die technologischen Neuerungen ergibt, kristallisieren sich zugleich alternative Berufsfelder heraus: Das Tätigkeitsprofil eines »Community-Redakteurs« etwa, resultiert aus den er-

starkten Interaktionsweisen zwischen Journalisten und Nutzern, die das Internet erst ermöglicht; die globalisierten *Online-News* haben zudem das Berufsbild des »Krisenreporters« erforderlich gemacht, das Journalisten wie Matthias Gebauer über Krisen und Katastrophen in Echtzeit berichten lassen. Hinzu kommt: Schon jetzt unterhalten viele Journalisten eigene Blogs, umgekehrt drängen immer mehr Blogger in die Sphäre der Profis vor. Auch wenn in Deutschland dieser Trend noch hinterherhinkt, deuten Blogs wie *Bildblog*, *Basic Thinking* oder *Spreblick* an, dass massentaugliche Inhalte nicht zwingend in den bekannten journalistischen Gefäßen daherkommen müssen.

Wer nun einwendet, dass wir das Gebrüll und die Muskelspiele der Wortführer im Journalismus eigentlich gar nicht brauchen, der sei auf die Logik des Alpha-Prinzips verwiesen. Es besteht darin, dass wir uns nun mal gerne an den Meinungsverschiedenheiten prominenter Zeitgenossen reiben und uns erst so in der medialen Kakophonie mitunter auf schwergängige politische Themen einlassen.

*Miriam Meckel*

## Für die Interpretation

### Haltungsfragen im politischen Diskurs der Mediengesellschaft

*Die »verabsolutierte« Mediengesellschaft bietet eigentlich beste Voraussetzungen für den offenen, klaren und pointierten Diskurs. Doch von weither sichtbare »Positionslichter« findet man heute nur noch selten. Ein Plädoyer gegen die grassierende Verantwortungslosigkeit.*

Anlässlich der Ausstellungseröffnung *Gerhard Richter. Abstrakte Bilder* in Köln im Oktober 2008 war auch der Künstler selbst anwesend. Was seinen Bildern erlaubt ist, die Loslösung vom Gegenständlichen, die Weigerung eine Wirklichkeitsinterpretation auf den ersten Blick mitzuliefern, vermögen die Beobachter dem Künstler selbst



**Miriam Meckel**

(\* 1967) ist Kommunikationswissenschaftlerin und Direktorin am Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen.

post@miriammeckel.com

nur ungen zu gestatten. So versuchten einige Journalisten wiederholt, Richter einen Standpunkt abzupressen, sozusagen die Leitinterpretation zum eigenen Werk. »Erklärungen gibt es keine«, blaffte der Künstler die Frager an. »Farbenspiele, vielschichtig aufgetragen mit Spachtel und Pinsel«. Punkt. Mache sich jeder seinen eigenen Reim darauf.

Was für die Kunst sein darf, muss für die politische Kultur Deutschlands nicht gut sein. Deutschland bräuchte mehr von diesen »Farbspielen, vielschichtig aufgetragen«, aber solche, die verständliche Interpretationsangebote sind. Dann trauten sich mehr Menschen aus allen Ecken und über alle Kanten der Gesellschaft hinweg, Haltung einzunehmen zu brennenden Fragen unserer Zeit und sie öffentlich mal mit dem groben Spachtel, mal mit dem feinen Pinsel aufzutragen. So selten gibt es dies, dass jemand nur laut und in gediegener Atmosphäre »Ich nicht!« rufen muss, um zu behaupten, er bringe eine neue Farbe in die Monochromposition des jeweiligen gesellschaftlichen Diskurses. Marcel Reich-Ranicki ist dies gelungen, indem er bei der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises auf der Bühne lauthals gegen den »Blödsinn« im Fernsehen wettete und sich weigerte, den Ehrenpreis anzunehmen. Er hat auf sich selbst aufmerksam gemacht, nicht auf ein inhaltliches Problem.

### **Haltungsbünde statt offenem Diskurs**

Im Fernsehen ist bei Weitem nicht alles »hirnlose Scheiße«, wie Elke Heidenreich in der FAZ sekundierte. Es gibt viel Gutes zu sehen, hervorragende Dokumentationen, Reportagen, Filme und sogar spannende und anspruchsvolle Unterhaltung. Darauf hinzuweisen macht den differenzierenden Kritiker zum Apologeten der Massenkultur. Er passt nicht mehr zu der Elite, die sich im Zentralkomitee Deut-

scher Fernsehkultur zusammengeschlossen hat. Die weiß: Das Fernsehen taugt für Haltungsfragen. Das Buch ist gut, das Bild ist schlecht. So basal und banal verlaufen die gesellschaftlichen Debatten in Deutschland gelegentlich.

Schnell finden sich Haltungsbünde dort, wo Meinungen sich festgetreten haben. Sie tummeln sich rund um die kahle Stelle, die schon viele Vertreter des immer Gleichen frei getrampelt haben. Dort steht man leicht und fest. Man muss sich nicht durchschlagen durchs Dickicht, nicht kämpfen um Durch- und Weitblick, den Weg zur nächsten Lichtung, auf der man dann womöglich alleine steht – gut sichtbar von vielen und aus allen Richtungen.

Es ist doch seltsam: Wir leben in der verabsolutierten Mediengesellschaft. In ihr kann alles jederzeit und überall zum Thema gemacht werden. Das Internet hat unsere Kommunikation vernetzt, die Kanäle für alle geöffnet und die Thematisierungsprozesse unserer öffentlichen Kommunikation enthierarchisiert. Heute kann jeder alles sagen und schreiben, er findet gewiss eine Plattform in einem der traditionellen Medien, in jedem Fall aber im Internet. Die Voraussetzungen sind also mehr als günstig für den offenen, klaren und pointierten Diskurs über die wichtigen Fragen unserer Zeit. Aber genau ihn gibt es selten. Vielleicht sogar seltener als zuvor.

Liegt es daran, dass wir Angst haben, mit einem klaren Satz ein öffentliches Feuerwerk zu entzünden, dessen Dauer und Ausbreitung niemand mehr abschätzen kann? So wie es Mayhill Fowler gelungen oder ergangen ist, als sie im April 2008 auf einer privaten Spendensammlerveranstaltung in San Francisco Barack Obama sprechen hörte und vernahm, wie er über die Kleinstadtamerikaner redete, die verbittert seien und an ihren Waffen und ihrer Religion klebten. Fowler verstand, was dieser Mann da sprach. Sie schrieb ein kleines *Posting* für die *Huffington Post*. So klein es war, es löste eine mediale Lawine aus, die



die öffentliche Debatte der USA über Wochen beherrschte und Obama fast die Nominierung als Präsidentschaftskandidat gekostet hätte. Läge hier das Risiko der medialen Themensetzung, dann bräuchten wir mehr Aufklärung über die Formen und Funktionsweisen der Kommunikation in der vernetzten Gesellschaft, über die Rolle und Nutzungsmöglichkeiten des Internet. Das wäre die leichtere Aufgabe.

Dass es so wenige Positionslichter gibt, könnte aber auch daran liegen, dass wir faul geworden sind in einer Mediengesellschaft, in der jeder jederzeit und überall alles sagen kann, und wir die klaren Positionslichter gerne von anderen gesetzt sehen wollen. Wenn jeder das vom anderen erwartet, bleibt es ziemlich dunkel über dem Ozean der Informationsströme im Netz. Dann verliert sich die politische Navigation in einem weiten Feld. Wäre es das, dann bräuchten wir Aufklärung über die notwendigen Formen und Funktionen des öffentlichen Diskurses in der Demokratie. Dann sprächen wir über eine der Grundlagen in der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, die es zu animieren gelte. Das wäre die schwerere Aufgabe.

Genau darum geht es nämlich in der lebendigen gesellschaftlichen Debatte über die Fragen unserer Zeit: Sie braucht klare, frische Positionen. Und für sie wiederum braucht man den Zweifel als Ausgangspunkt, an allem und auch an sich selbst. Man braucht ein Argument, das sich entwickeln und erweitern lässt. Und man braucht den Mut, sich gegen das zu stellen, was gerade in ist. Es ist der Wagemut einer eigenen Interpretation der Zeitläufe, die individuell und kantig sein kann und die nicht erst abwartet, was die Mehrheit wohl meint, bevor sie die Stimme hebt.

Ein Rückblick auf das Jahr 2008 zeigt, dass wir sie brauchen, die Wiederbelebung der öffentlichen Kontroverse um der Inhalte, nicht der formalen Juxtaposition willen. Es sind drei Dinge verloren gegangen im vergangenen Jahr, die Folgen der Über-

komplexität allumfassender Kommunikation in der Mediengesellschaft sein können. Vielleicht sind sie aber auch nur die Opfergaben einer demokratischen Faulheit, die glaubt, wenn alle scheinbar Ähnliches wollen, müsse es doch in die richtige Richtung gehen. Die Große Koalition als politische Form zeitigt ihre Wirkung in allen Lebensbereichen. Einigt Euch, koste es, was es wolle. Zumeist kostet es den Widerspruch zugunsten des kleinsten gemeinsamen Nenners.

### **Auf der Suche nach der verlorenen Verantwortung**

Wer keine Position bezieht, muss sich auch für keine verantworten. Diesen Mangel an Positionierungsverantwortung muss vor allem nicht mehr erklären, wer auf das »System« ausweicht. Die Einschätzungen des Ökonomen Hans-Werner Sinn offenbaren am Beispiel der Finanzkrise den schlimmen Zustand der politischen Kultur in Deutschland. Seiner Ansicht nach haben »anonyme Systemfehler« (*Tagesspiegel* v. 27.10.2008) den Kapitalmarktkollaps ausgelöst. Menschen spielten dabei keine Rolle. Banker trafen keine Entscheidung, Politiker guckten nicht weg oder zumindest nicht so genau hin. Sinn sieht vor allem die Manager als Sündenböcke. Nicht als Sünder. Sie sind nicht verantwortlich, sie werden nur verantwortlich gemacht. Niemand ist verantwortlich. Es ist das System, das alles hervorbringt. Der Einzelne spielt darin keine Rolle. Mit diesen Formen der organisierten und im öffentlichen Diskurs fortlaufend abgesicherten Verantwortungslosigkeit hat Deutschland historisch viel Erfahrung. Sie garantiert nicht immer für den einen Lerneffekt der Zeitläufe.

Es ist doch seltsam, dass man durchaus Beobachter findet, die das alles ganz anders sehen. Helmut Schmidt hat zum Beispiel für die *Zeit* (v. 25.09.2008) einen Beitrag geschrieben, der die Grundlagen der

Finanzkrise klar und drastisch beschreibt, die Schuldigen benennt und die notwendigen Maßnahmen formuliert. Es gibt sie also, die Stimmen der Vernunft im medialen Aufmerksamkeitswettbewerb. Sie nehmen sich Zeit für ein Argument, entwickeln es sauber, kalkulieren Widerspruch ein, ja provozieren ihn gar. So entsteht eine Debatte, die Dinge benennt. Und wenn Dinge benannt werden, in Ausgangspunkt und Folgen, dann füllt sich ein Raum, der Verantwortung heißt.

### **Auf der Suche nach der verlorenen Sprache**

Im umfassenden Grundrauschen der Medien sind solche herausragenden Töne selten zu hören, die einem länger im Ohr bleiben. Es schwillt an und wieder ab, gezeitgleich, je nach öffentlichem Beachtungs- und Erregungsgrad. Aber mit Ausnahme von Helmut Schmidt stammen die Ideengeber bemerkenswert oft aus Übersee. Intellektuelle Wirtschaftsfachleute, wie der 2008 mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnete Paul Krugman, wie Thomas L. Friedman, Autor des Globalisierungsbestsellers *The World is Flat* oder der Wissenschaftler und Trader Nassim Nicholas Taleb, der sich der Erforschung unwahrscheinlicher Ereignisse widmet, setzen in der Debatte über die Finanzkrise die Akzente, die dann im öffentlichen Diskurs in Deutschland mit- oder gelegentlich auch weitergedacht werden. Eine zynische Betrachtung folgert: Dort wo die Krise begonnen hat, sollen sie gefälligst auch ihre intellektuelle Verarbeitung übernehmen. Eine realistische Betrachtung konstatiert: Wenn der öffentliche Diskurs eines globalisierten Landes vor einem Globalisierungsthema kapituliert, kapituliert er vor sich selbst.

Wie kann das sein im Land der Dichter und Denker? Dadurch zum Beispiel, dass sich in Deutschland viele Intellektuelle noch immer mit ökonomischer Ahnungs-

losigkeit brüsten und sich in einer Gesellschaft wähen, deren Systeme schön sauber getrennt sind. Politik ist wichtig, Kultur auch. Wirtschaft ist nur Gewinn und Gier. Man muss nicht die systemtheoretische These vom »Megasystem Wirtschaft« befürworten, nach dessen generalisiertem Kommunikationsmedium »Geld/kein Geld« nun alles in unserer Gesellschaft funktioniert. Aber dass die »Politökonomie« keine neue Erfindung ist, dass wir die Einflüsse von Wirtschaft und Politik grenzüberschreitend analysieren müssen, das dürfte doch nicht erst mit der Kapitalmarktkrise klar geworden sein.

Es gilt übrigens nicht nur für die »Linke« in Deutschland, dass sie sich dem anders Denken, dem Erwägen jenseits von bekannten Systemgrenzen und Zuordnungen widersetzt. Es gilt genauso für die Konservativen. FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher hat – in einer Reihe von kritischen Analysen zur Finanzkrise, die die US-Debatte inspirierend aufgreifen – beschrieben, was es bedeutet, wenn Lebensentscheidungen auf einem rein spekulativen System beruhen, und gefolgert: »Die Krise verändert nicht nur die Welt. Sie verändert das Denken.« (FAZ v. 11.10.2008) Nicht lange müssen wir warten, bis der FAZ ein »Linksruck« bescheinigt wird. Das Denken in Schemata hilft sehr, es reduziert die Komplexität in der Einschätzung schwieriger Fragen. Manche Fragen aber sind neu. Um sie zu beantworten müssen wir eine neue Sprache finden. Dazu leisten die Medien einen Beitrag. Werden sie sprachlos, wird die Gesellschaft es auch. Und umgekehrt.

### **Für die Interpretation**

Wir brauchen wieder mehr Vordenker, Vorredner, Vorprovozierer, die den Finger in die Wunde der Ambivalenz legen, wie sie in Zeiten der Globalisierung, neuer sozialer Fragen und einer Jahrhundertkrise der Wirtschaft klaffen. Wir brauchen Argu-

mente, die diese Ambivalenz auszuloten vermögen und in der Gesellschaft debatiert werden. Wir müssen wieder lernen, diese Ambivalenz auszuhalten und sie als Mehrwert eines demokratischen Systems zu betrachten, nicht als Nachteil. Dafür brauchen wir keine Chefdeuterin namens Mehrheit, sondern denkende Menschen. Sie haben in diesen Zeiten der umfassenden kommunikativen Vernetzung jede Chance, mitzureden, ihre Argumente in die Debatte einzubringen.

In einem ihrer frühen Essays hat die amerikanische Publizistin Susan Sontag »Gegen Interpretation« angesprochen. Manchmal könne Interpretation ein »befreiender Akt« sein. Dann nämlich, wenn sie Positionen hervorbringt, die Reibung erzeugen. Viel häufiger sind Interpretationen »reaktionär, trivial, erbärmlich, stickig«. Mit diesen haben wir es in Deutschland seit einigen Jahren wieder vermehrt

zu tun. Sontag plädiert für ein »beschreibendes und kein vorschreibendes Vokabular«, um Inhalt und Formen wieder erfassen zu können.

Das ist als Ausgangspunkt nicht nur in der Kunst notwendig, sondern ebenso für die öffentliche Debatte wichtiger Themen der Zeit. Die aber können sich dann eben nicht auf der Beschreibung ausruhen, sondern brauchen die Interpretation. Den Standpunkt, der klar macht, woher das Argument kommt und wohin es will. Dabei übernehmen die Medien eine wichtige Vermittlerrolle. Um aber vermitteln zu können, muss es erst einmal Standpunkte geben, zwischen denen sich ein Diskursraum eröffnet. Was erwartet uns da 2009? Ein »Jahr schlechter Nachrichten«, wie die Bundeskanzlerin im Bundestag sagte. Was daraus folgt? Der weitere Kurs auf »Maß und Mitte. Jetzt fehlt nur noch ein »l«, dann sind wir beim Mittelmaß.

*Helmut Mörchen*

## Meinen Freunden, den Poeten

*In Erinnerung der Wahlkämpfe mit Willy Brandt in den 60er Jahren wird vor jedem Bundestagswahlkampf wieder in und im Umkreis der SPD diskutiert, ob und wie Schriftsteller für den Wahlkampf zu gewinnen seien. Einladungen ins Willy-Brandt-Haus oder die Bemühungen des aus den 60er Jahren in die Gegenwart hineinragenden Lübecker Literaturnobelpreisträgers, jüngere Autoren zur öffentlichen Parteinahme zu bewegen, sind von begrenzter Wirkung. Grund genug, einige historische Reflexionen und aktuelle Erfahrungen zur Diskussion zu stellen.*

Den politisch eingreifenden Schriftsteller kennen wir seit es schriftliche Zeugnisse gibt, den die Machthaber verletzenden Spötter, den Missstände entlarvenden Satiriker. In der Neuzeit denken wir beim Stichwort Politische Dichtung vor allem an das 19. Jahrhundert mit dem Jungen Deutschland und Heinrich Heine. Emil Zolas »J'accuse«, formuliert anlässlich der Dreyfus-Affäre, stößt die Tür zum 20. Jahrhundert auf. In den Diktaturen des



**Helmut Mörchen**

(\*1945) leitet die Kurt-Schumacher-Akademie der FES in Bad Münstereifel.

helmut.moerchen@fes.de

hinter uns liegenden Säkulums erlebten wir noch einmal die Spannungen, die den

Prozess des Schreibens begleiten, solange es Dichtung und Literatur gibt. Auf der einen Seite der die Macht kritisierende, durch Haft, Exilierung und Liquidierung bedrohte Dichter, auf der anderen Seite der sich der Zensur beugende, die Potenzen schonende oder gar die Macht besingende Höfling. Beispiele dieser beiden Grundrichtungen sind uns in Deutschland aus dem Dritten Reich und der DDR wohl bekannt.

### **Entfremdung und Zuneigung nicht grenzenlos**

Es gehört zu den Vorzügen der Bundesrepublik Deutschland, dass es in ihrer Geschichte zu extremen Ausschlägen in beiden Richtungen nicht gekommen ist. Es gab weder Verfolgung von Schriftstellern in wirklich existenzgefährdender Weise, noch wirkliche Bündnisse mit der Macht. Berühmtberühmt ist die immer wieder zitierte Schriftstellerbeschimpfung durch den damaligen Bundeskanzler Ludwig Erhard als »Pinscher« und die entsprechende Charakterisierung als »Ratten und Fliegen-schmeiß« anderthalb Jahrzehnte später durch den Kanzlerkandidaten Franz-Josef Strauß. Bedroht oder wirklich gefährdet wurde durch diese Invektiven kein einziger Schriftsteller.

Und in der anderen Richtung ist zu notieren, dass Günter Grass' Wahlkampfreden im Jahr 1965 kein *Herrscherlob* waren. Denn das von ihm angestimmte »Loblied auf Willy« galt dem als uneheliches Kind und Exilanten diffamierten Herausforderer des Machtinhabers. Als die SPD dann ein Jahr nach der verlorenen Wahl 1966 in die Große Koalition eintrat, hat Günter Grass diese mit Nachdruck bekämpft. Sein politischer Weg seitdem ist immer machtkritisch geblieben.

Die intellektuellen Impulse zum Engagement für die SPD der 60er Jahre kamen nicht aus der Partei, sondern wurden sogar

anfangs wegen ihrer Unberechenbarkeit eher als störend empfunden. Die SPD Erich Ollenhauers hatte auf Künstler und Intellektuelle keine Anziehungskraft ausgeübt. Die berühmten *rororo*-Bundestagswahlkampf-Taschenbücher 1961 und 1965 – *Die Alternative oder brauchen wir eine neue Regierung?* das erste, *Plädoyer für eine neue Regierung oder keine Alternative* das zweite – enthielten keine Loblieder auf die SPD, sondern plädierten für den notwendigen Wechsel in den Ämtern, wobei die dafür unverzichtbare Oppositionspartei SPD nur als kleineres Übel in Kauf genommen wurde. Denn die Mehrzahl der Schriftsteller, Künstler und Intellektuellen hatte der SPD in den frühen 60er Jahren noch nicht das Godesberger Programm von 1959 mit dem damit verbundenen Abschied von sozialistischen Träumen verziehen. So wurde das Engagement der selbstständigen Wählerinitiative von führenden Sozialdemokraten, an der Spitze Herbert Wehner, mit großer Skepsis beobachtet. Karl Schiller war die damals vermittelnde Persönlichkeit. Und es ist interessant, dass Willy Brandt in seinen 1989 erschienenen »Erinnerungen« die Wahlkampfunterstützung durch Schriftsteller doch recht knapp und verhalten würdigt. Ich denke, dass das von vielen liebevoll gemalte und immer wieder restaurierte Bild von einer Romanze zwischen Sozialdemokraten und Schriftstellern während der 60er und 70er Jahre deutlicher Korrekturen bedarf.

### **Als politische Marke ausgedient**

So viel zur Vergangenheit und nun einige Anmerkungen zum gänzlich anderen Medien- und Meinungsklima heute. Als Leiter der Münstereifeler Literaturgespräche und Münstereifeler Autorentreffen wurde ich während der zurückliegenden 20 Jahre zum Gesprächspartner einer großen Zahl deut-

scher, österreichischer und Schweizer Autorinnen und Autoren der Jahrgänge 1940 bis 1980, Dichterinnen und Dichter mit großen Erfolgen. Ein Büchnerpreisträger ist darunter, zwei Träger des Joseph-Breitbach-Preises, zahlreiche Gewinner in Klagenfurt, Preisträger bedeutender regionaler Literaturpreise in Bremen, Köln und Oldenburg, ja auch ein Träger des Literaturpreises der *Konrad-Adenauer-Stiftung*, ganz zu Schweigen von den wichtigen Stadtschreiberstellen und Ehrenstipendien, an der Spitze das der Villa Massimo in Rom. Bei allen Erfolgen aufgrund ihrer reichen und unterschiedlichen literarischen Leistungen, von der Kritik und Preisjürs gewürdigt und/oder vom Publikum durch Kauf- und Lesezustimmung belohnt, ist ihnen allen ausnahmslos gemeinsam, dass bisher ihre Namen in der breiten Öffentlichkeit nicht zu allen bekannten »Markennamen« wurden wie die jedem vertrauten einsilbigen Nachnamen der drei deutschen Literaturnobelpreisträger aus der (Ur)groß-, Groß- bzw. Vätergeneration.

Den findigen Lesern dieser Zeitschrift wird es nicht schwerfallen herauszukriegen, wer zu »Münstereifel« gehört. In der Freundschaft und gleichzeitig gebotenen Äquidistanz zu allen werde ich mich hüten, hier Namen zu nennen. Auch nicht den Namen dessen, der als politisch Engagierter die Klemme, in der die Autoren seiner Generation stecken, poetisch auf den Punkt gebracht hat. Sein erster Roman wurde in 21 Sprachen übersetzt, als Begleiter eines Bundeskanzlers auf einer Auslandsreise stellten ihn die Gastgeber in die Reihe der »einsilbigen« Literaturnobelpreisträger. Im Regionalzug seiner Heimatprovinz aber belästigt ihn ein Mitreisender, der das Gesicht des Autors schon mal irgendwo gesehen hat, mit der fixen Behauptung, in ihm

den Bruder seines Stammkneipenwirts zu erkennen. Die Pointe des Autors: Der Mitreisende ist »berühmt« geworden durch ein in einer prominenten TV-Wettssendung vorgeführtes Bierdeckelkunststück.

### **Bilddominierte Mediengesellschaft**

Solange Gedrucktes und Gesprochenes Leitmedium war, fanden die Schöpfer der Worte Gehör. Seit die Bilder die Welt beherrschen, gelingt der Sprung in eine den Tag überdauernde Prominenz kaum noch. Der Buchfreund, Verleger und Bundespräsident Johannes Rau hat 1999 in seiner Rede auf dem Jubiläumskongress des *Verbands Deutscher Schriftsteller* in Köln die Nöte der Schriftsteller in der bilddominierten Mediengesellschaft präzise beschrieben. Einfühlsam äußerte er Verständnis für die politische Zurückhaltung der Autoren: »Heute fehlt es nicht so sehr an der Möglichkeit, bestimmte Auffassungen zu äußern. Heute fehlt es häufig an der Resonanz. Vieles verpufft oder geht unter. Anderes wird verdrängt oder beiseite geschoben. Wer sich als Schriftsteller zu aktuellen politischen Fragen äußert, der erlebt häufig, dass auch er nur dazu benutzt werden soll, die Zahl der O-Töne um einen *sound-bite* zu vermehren.«

Behutsamkeit im Umgang miteinander, Verzicht auf Drängeln von der Partei aus, Warnung vor Dränglern aus dem Künstlerbereich: das alles schafft den Boden für ein entspanntes Diskussionsklima. Also das Gegenteil von einem »Berührungsverbot«! Der erste Schritt zum Engagement muss von jedem Künstler selbst ausgehen – auch nicht vermittelt durch zur Vergangenheit gehörende Mentoren.

Wolfgang Schroeder

## Ein neues Sozialstaatsverständnis

*In Deutschland ist die Meinung verbreitet, dass der Staat trotz anders lautender Beschwörungen weniger denn je in der Lage ist, marktkorrigierende Politik zu betreiben. Im Gegenteil: Zementiert er nicht vielmehr durch ausbleibende, unzureichende oder falsche Aktivitäten die sozialen Ungerechtigkeiten, die durch Herkunft und Primärverteilung entstehen? Der Beitrag setzt die Debatte fort, die wir im September mit Karl Lauterbach begonnen haben.*

### Wolfgang Schroeder

(\*1960) ist Professor an der Universität Kassel, Fachgebiet »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland/Staatlichkeit im Wandel«. Er ist Leiter der AG Landesparteien im Wandel.

wolfgang.schroeder@uni-kassel.de



Hinter uns liegt mehr als ein Vierteljahrhundert Staatsschelte. Dies ist erstaunlich, da doch die Mehrheit der Deutschen seit jeher stolz darauf ist, in einem Land zu leben, wo nicht der reine Kapitalismus das Sagen hat, sondern eine *mixed economy*, in welcher der soziale Staat die negativen Wirkungen des Marktes kompensieren und den Markt bändigen kann, um Chancengleichheit herzustellen.

Doch die Realität wird diesem Anspruch immer weniger gerecht. Zwar nimmt Deutschland hinsichtlich der Ausgaben für soziale Leistungen weltweit einen Spitzenplatz ein, aber in kaum einem anderen Land nimmt die soziale Ungleichheit derart schnell zu und die Durchlässigkeit der Gesellschaft derart schnell ab. Mittlerweile dominiert die Angst vor dem Abstieg die Hoffnung auf einen glücklichen Aufstieg. Was bedeutet dieser Befund für die Politik des Staates?

Die fortschreitende Ökonomisierung

der Gesellschaft wird seit einigen Jahren von starken Tendenzen der Entstaatlichung begleitet. So sank die Staatsquote in den letzten acht Jahren von 48 auf 43,5%. Sicherlich spielt dabei die Haushaltskonsolidierungspolitik eine wichtige Rolle. Zugleich wird damit aber auch in Zukunftspotenziale eingegriffen, indem die Ausgaben in die öffentliche Infrastruktur, allen voran das Bildungsbudget, stagnieren oder gar sinken. Während Umverteilungsnotwendigkeiten angesichts erhöhter Unsicherheits- und Armutsrisiken zugenommen haben, ist der Staat gegenwärtig nicht in der Lage, die Polarisierung in der Primärverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit und eines gewissen Gleichheitsideals aufzufangen. Zugleich erweisen sich auch die traditionellen Kräfte der Verteilungsgerechtigkeit wie Gewerkschaften und Sozialverbände als schwach. Die gegenwärtig allenthalben beschworene Renaissance des Staates bietet keinesfalls Gewähr für einen nachhaltigen Prozess gemeinwohlorientierter staatlicher Interventionen und Regulierungen. Denn allein mit einer ideen- und finanzpolitischen Aufwertung des Staates ist es nicht getan. Es ist notwendig, die Erkenntnisse über Markt- und Staatsversagen gleichermaßen zu berücksichtigen, um die Steuerungspotenziale des Staates zu erhöhen.



Entgegen der noch vor einigen Jahren vertretenen These, dass den Deutschen die Arbeit ausgehe, sind mittlerweile so viele Menschen wie nie zuvor Teil des Arbeitsmarktes. Dabei gehen seit einigen Jahren der Zuwachs an Erwerbstätigkeit und der Abbau der Arbeitslosigkeit wieder Hand in Hand. 2008 waren zuletzt knapp unter 3 Millionen Menschen als arbeitslos registriert.

Der Preis für die quantitative Zunahme der Beschäftigung liegt aber in einer seit Jahren dramatisch steigenden Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse, welche bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten gegenwärtig bei etwa 4,85 Millionen liegt. Darin liegt auch eine wesentliche Quelle ungleicher Einkommensverteilung. Zwischen 2002 und 2005 gingen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer von durchschnittlich 24.873 Euro auf 23.684 Euro zurück (-4,8 %). Von diesen Reallohnverlusten sind aber nicht nur die unteren, sondern auch die mittleren Einkommen betroffen, während hingegen der Anteil der höheren Einkommen gestiegen ist.

In drei Viertel der OECD-Länder verläuft die Entwicklung ähnlich. Auch die Einkommensarmut nahm in zwei Drittel der Länder zu. In Deutschland hat sich diese Entwicklung seit Mitte der 80er Jahre deutlich beschleunigt. Auffallend ist aber auch, dass es in der Bundesrepublik durch staatliche Steuer- und Transfersysteme gelungen ist, das Armutsniveau so abzumildern, dass die Einkommensarmut nicht bei 25 Prozent, sondern bei 12 Prozent liegt.

Manch einer spricht schon von einer »Wiederkehr der Klassengesellschaft« und der Rückkehr der sozialen Frage. Angesichts der fragmentierten gesellschaftlichen Grundstruktur und der damit einhergehenden komplexen Konfliktlagen geht es allerdings ausdrücklich nicht um eine Neuauflage des Klassenkampfes, in dem sich geschlossene gesellschaftliche Großgruppen gegenüberstehen. Während die

Durchlässigkeit nach oben, zumindest für die unteren Gruppen stark eingeschränkt ist, sind die Abstiegsängste der Mittelklasse deutlich gewachsen. Deutschland ist auf dem Weg zu einer – gemessen an seiner jüngeren Geschichte – neuen, pathologischen Dimension der Konkurrenzgesellschaft, die stark durch Zwischenlagen und situative Kontexte geprägt ist. Um dieser Herausforderung begegnen zu können ist eine neue »Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft« gegeben. Benötigt wird ein Staat, der nicht nur ressourcenstark, sondern auch steuerungs- und einflusswirksam ist.

### **Komplizierter als »Zweiklassengesellschaft«**

Worin liegen die Ursachen für diese offensichtlichen Fehlentwicklungen und warum gelingt es nicht oder nicht hinreichend, diese zu korrigieren und die sozialstaatliche Politik neu auszurichten. Karl Lauterbach gibt einem Teil der Elite die Schuld an der Zementierung eines ungerechtigkeitschaffenden Status quo: »Weil die Privilegierten die Schotten dichtmachen wird sich der Zweiklassenstaat im Rahmen der Globalisierung verstärken.« Dieses Argument suggeriert, dass es sich bei den so genannten »Privilegierten« um eine homogene, verängstigte Gruppe handelt, die von einem »Zweiklassenstaat« profitiert und deshalb alle Veränderungen aus Eigeninteresse ablehnt. Da letztlich Eliten entscheiden, ist es grundsätzlich richtig, bei ihnen auch eine wesentliche Verantwortung für Fehlentwicklungen zu suchen. Wäre es aber so einfach, dass diese saturiert Privilegierten die Positionen der Parteien und Verbände maßgeblich bestimmen würden, dann bräuchten wir sie nur zu ersetzen.

Lauterbach behauptet auch, dass die Menschen noch nicht ausreichend unter den Verhältnissen leiden würden, um sich dagegen zu wehren. Die Entwicklung hin zu einem »Zweiklassenstaat« werde durch

eine Bevölkerung befördert, die »den Krebs im Inneren noch nicht spüre. (...) Unser Staat scheint noch gerechter, als er ist.« Während man seine These von den abschottenden Eliten als eine Spielart der Verschwörungstheorie begreifen kann, ist seine zweite These eher verelendungstheoretisch ambitioniert.

Diese Darstellung mag populär und griffig sein. Ihr Preis ist jedoch hoch: Sie verschleiert die Komplexität des Gegenstands, banalisiert die strukturellen Blockaden und ignoriert die politischen Steuerungsproblematiken. Bei der Vielfalt der damit angesprochenen Problemlagen nur soviel: Nicht alle Folgen staatlicher Politiken sind intendiert, geschweige denn in Gänze vorhersehbar und kalkulierbar – schon gar nicht im hochkomplexen Bereich der Sozialpolitik. Lauterbach hofft auf »Besinnung«, benennt aber weder Akteure noch Strategien. Der Klassenbegriff mag als Tabubrecher geeignet sein, um Aufmerksamkeit in der Mediengesellschaft zu generieren. Er unterschätzt und ignoriert aber die real existierende Komplexität, Dynamik und Problematik. Eine Lage, wie die von Lauterbach gezeichnete (saturierte Eliten und noch nicht gebildete Mehrheiten), existiert also nicht. Dementsprechend ist Besserung in Bälde auch nicht leicht zu erzielen.

Deutschland gehört zu den OECD-Staaten, in denen ungleiche Markteinkommen im internationalen Vergleich mit am stärksten durch Steuern und Sozialtransfers reduziert und relativiert werden. Sozial- und familienpolitische Transferleistungen haben das Risiko der Einkommensarmut im Jahr 2005 insgesamt von 26 auf 13 Prozent und bei Kindern von 34 auf 12 Prozent gesenkt. Damit liegt die Armutgefährdungsquote in Deutschland unter dem europäischen Durchschnitt. Zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen zählen Arbeitslose, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Alleinerziehende und Personen mit Migrations-

hintergrund. Deutlich geworden ist aber auch, dass Transferzahlungen, Steuerpolitiken und andere passive Leistungen unzureichend sind, um Armut zu verhindern und die Gesellschaft wieder durchlässiger zu machen. Notwendig sind zusätzliche Akzente, um eine nachhaltigere, staatlich koordinierte Politik der Inklusion zu betreiben.

Die öffentliche Debatte über Reformen des Sozialstaats befindet sich an einem Wendepunkt. Bis Ende der 90er Jahre ging es primär um die Höhe sozialstaatlicher Leistungen sowie deren Missbrauch. Nun befinden wir uns in einer Phase, in der stärker die institutionellen Mängel des deutschen Sozialversicherungsstaates thematisiert werden: Infolge dessen soll es zukünftig insbesondere um die nachhaltige Wirkung und Effizienz sozialstaatlicher Institutionen gehen, also um die Qualität sozialstaatlicher Leistungen. Deshalb hat die SPD in ihrem Hamburger Programm auch beschlossen, den zukünftigen Umbau am Konzept eines vorsorgenden Sozialstaates auszurichten. Dieser versteht sich als Antwort auf die Legitimations- und Leistungsschwäche eines eher nachsorgenden Sozialstaats. Er zielt darauf ab, früher und wirkungsvoller zu fördern, um spätere Problemlagen zu vermeiden oder doch zu reduzieren. Wir brauchen einen Sozialstaat, der Chancengerechtigkeit und Innovation auch im Rahmen der Wissensgesellschaft fördert. Familiäre frühkindliche Erziehung allein ist nicht in der Lage, ausreichende Chancengleichheit herzustellen.

Für die Konzeption der Vorsorge sind vor allem drei Felder maßgeblich, die aber wiederum mit einer Vielfalt weiterer Faktoren vernetzt sein müssen:

Zunächst müssen tragfähigere Schnittstellen zwischen Familie und Beruf sowie mehr und bessere Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden, damit frühkindliche Förderung in und für alle Familien gewährleistet werden kann. Eine ähnliche

Bedeutung kommt der Bildungspolitik zu, die schon in der frühkindlichen Phase gezielt einsetzen muss. Die dritte Säule bildet die Gesundheitspolitik, die präventiver ausgerichtet werden muss. Wichtig wären auch sozialpolitische Anstrengungen in Richtung einer aktiven Einwanderungs- und Migrationspolitik. Ihre Vernachlässigung hat einen Teil der aktuell debattierten sozialen Probleme in diesem Land mitverantwortet.

Im Zentrum des vorsorgenden Sozialstaates steht eine qualitativ verbesserte Infrastruktur. Sie soll nicht nur die Startchancen gerechter verteilen, sondern auch zweite und dritte Chancen anbieten, um auch nach gescheiterten Versuchen wieder in das Bildungs- und Arbeitsmarktsystem einsteigen zu können.

Eine neue egalitaristische Reform der Institutionen und Politikfelder sozialstaatlicher Politik kann an den vorhandenen

Aktivierungspolitiken anknüpfen. Ein reflexives Staatsverständnis weiß um die Gefahr des Staatsversagens und baut deshalb den Staat noch stärker als kooperativen Akteur mit gesellschaftlicher Einbettung um. Die Sozialstaatsquote sollte nicht gesenkt, sondern zielgerichteter eingesetzt werden. Das Problem der deutschen Sozialstaatlichkeit besteht nicht darin, dass das Niveau der Transferleistungen zu gering ist. Vielmehr steht den finanziellen Ausgaben eine vielfach als mittelmäßig wahrgenommene Wirkung gegenüber. Somit kann das vorrangige Ziel nicht darin bestehen, die monetären Einnahmen oder Ausgaben zu erhöhen. Es geht eher darum, verstärkt darauf hinzuwirken, wie bessere Qualität und bessere Wirkungen erreicht werden können. Im Zentrum der neuen Staatsdebatte sollte die Frage stehen, wie die sozialstaatlichen Institutionen vorsorgeorientiert umgebaut werden können.

Rudolf Walther

## Der »tote Hund« lebt

*Wenn die Auguren in den Feuilletons Recht haben, stehen wir kurz vor einer Marx-Renaissance oder schon mitten drin. Das hat nichts mit medialen Mätzchen zu tun wie dem von Bischof Reinhard Marx, der seinem neuen Buch, mit dem berühmten Namensvetter kokettierend, ebenfalls den Titel Das Kapital gab. Die Indizien für ein zumindest diffuses Marx-Interesse sind nicht zu bestreiten.*

Der Verleger von Marx' *Kapital* verkaufte in kurzer Zeit 2.500 Exemplare, an Universitäten gibt es wieder Marx-Seminare und Marx-Arbeitskreise. Und selbst im Fortbildungsangebot für Gemeinschaftskundelehrer findet man Einführungen in die Marx'sche Theorie. Und Alexander Kluge dreht einen neunstündigen Film über »Nachrichten aus der ideologischen Antike: Marx - Eisenstein - »Das Kapital«. Die gerade erst vier Jahre alte Diagnose jedenfalls, »Marx ist wieder ein »toter Hund«, wie zu seiner Zeit Hegel«, hat sich erledigt.

Die Indizien belegen diffuses Interesse.



**Rudolf Walther**

(\* 1944) ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M.

[rudolf.walther@t-online.de](mailto:rudolf.walther@t-online.de)

Nicht zu Unrecht, denn fragt man, was Marx zum Verständnis der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise beitragen kann, entdeckt man schnell erhellende Thesen, die den Nebel neoliberaler Dogmatik

auflösen und die gesellschaftliche Realität hinter der schlichten Interessentenprosa aufscheinen lassen.

Dass Geld und Kapital nicht nur das sind, was man in der Tasche oder auf dem Konto hat, sondern ein »Gesellschaftsverhältnis« konstituieren, ist eine triviale Einsicht. Geld und Kapital stellen – so Marx – »eine bestimmte Beziehung der Individuen zueinander« her – als Verkäufer zum Konsumenten, als Arbeitskraftverkäufer zum Arbeitskraftkäufer bzw. als Arbeitender zum Unternehmenden. Nicht so trivial, jedoch eher verschleiend als aufklärend, ist der momentan sehr beliebte Satz, die Krise im Kredit- und Finanzwesen schlage auf die »Realwirtschaft« durch.

Man hätte es also beim Kredit- und Finanzwesen mit einer irrealen oder fiktiven Wirtschaft zu tun. Was heißt das im Klartext? Über den Zusammenhang von Kredit und Krise und über die Natur des Kredit- und Finanzwesens liefert Marx präzisere Antworten: »Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsbeschränkung der Gesellschaft ihre Grenze bilde.« Das gilt uneingeschränkt für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen.

### **Papierene Duplikate des Kapitals**

Und wie stellt sich das dar auf den Märkten für »Finanzprodukte«, die nach der De-regulierung und Flexibilisierung der Finanzmärkte ein Vielfaches des Umfangs des weltweiten Marktes für Güter und Dienstleistungen ausmachen? Den Umfang kennt niemand – zwischen 500 und 1.000 Billionen Dollar könnten es sein. Eigentumstitel aller Art von der *first class*-Aktie bis zu den dubiosesten Derivaten und Zertifikaten sind nach Marx »papierene

ne Duplikate des wirklichen Kapitals« bzw. »nominelle Repräsentanten nicht existierender Kapitale« – so wie der papierene Frachtschein eine wirkliche Maschine repräsentiert, aber diese nicht verdoppelt.

Werden die »papierenen Duplikate« handelbar, kriegt das wirklich existierende Kapital eine numinose, quasi-theologisch verbürgte Zweitexistenz als Tagespreis. Aber »der Marktwert dieser Papiere ist zum Teil spekulativ, da er nicht durch eine wirkliche Einnahme, sondern durch die erwartete ... bestimmt ist«. Auf dem Markt für Papiere oder an der Börse wird nach Marx »Gewinnen und Verlieren ... der Natur der Sache nach mehr und mehr Resultat des Spiels« und dieser Handel mit real existierenden Fiktionen ist, wie es in einer Formulierung des hinreißenden Prosaschriftstellers Marx heißt, »überhaupt die Mutter aller verrückten Formen«.

»Verrückt« ist wörtlich zu verstehen. Mit dem »improvisierten Reichtum« der »papierenen Duplikate« sollen die Schranken der realen Produktion von Gütern und Dienstleistungen – diese Schranken sind die Zahl und die Kaufkraft der Käufer/Konsumenten – überwunden werden. Ein regulierender und kontrollierender Staat ist dabei nur hinderlich. Geld und Kapital kennen keine Grenzen, sondern nur die Vermehrung, die möglichst profitable Verwertung von Werten, also Selbstverwertung. Nach Marx tendieren Geld und Kapital dazu, zum »automatischen Subjekt« ihrer Selbstmehrung zu werden.

### **Politisches Defizit der Vorkriegssozialdemokratie**

Diese und andere Formulierungen sowie das Kapitel über den »tendenziellen Fall der Profitrate« im dritten Band des *Kapitals* beförderten eine Lesart von Marx, die davon ausging, der Kapitalismus breche an seinen inneren Widersprüchen dereinst automatisch zusammen. Eine ausformulierte Zu-

sammenbruchstheorie gibt es, entgegen der Behauptung des Sozialdemokraten Eduard Bernstein (1850-1932), bei Marx nicht. Aber Karl Kautsky (1854-1938), der maßgebliche Theoretiker der SPD im Kaiserreich, begründete einen »revolutionären Attentismus« (*Dieter Groh*) mit der These, die »naturwüchsige Entwicklung des Kapitalismus« führe von sich aus die Verwirklichung des Sozialismus herbei. In diesem Sinne sprach Kautsky von der SPD als einer »revolutionären, aber keine Revolutionen machenden Partei«. Auf die politische Praxis der SPD im Kaiserreich hatte dieses theoretische Konstrukt eine verheerende Wirkung. Vorhandene politische Spielräume, zum Beispiel die Zusammenarbeit mit den Linksliberalen zur Demokratisierung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen wurden nicht genutzt. Die SPD konzentrierte sich lieber auf das Abwarten des sich quasi-automatisch einstellenden Fernziels. Gegner dieser Strategie – zum Beispiel Rosa Luxemburg – galten innerparteilich

bald als »Linksradikale« und »Anarchisten«. Kautsky machte aus der »kapitalistischen Entwicklung« eine absolute Gewissheit. Das lief auf eine ökonomistisch draapierte, also entpolitisierte Strategie hinaus, die man als das politische Defizit der Vorkriegssozialdemokratie beschrieben hat. Die SPD – die stärkste Partei im Kaiserreich – schloss sich mit dieser Strategie des Abwartens von der Politik aus.

Um ein politisches Defizit geht es auch heute. Während der Kapitalismus durch die Finanzkrise in ein tiefes Loch stürzte, bleiben tragfähige antikapitalistische Strategien aus. Parteien und soziale Bewegungen, denen man solche zutrauen könnte, sind klein und zersplittert. Und ein paar Schlawmeier hoffen darauf, die Dynamik der Krise führe automatisch zum Kollaps des Kapitalismus und wünschen sich gegenseitig »ein gutes neues Jahr Finanzkrise.« Gerade die SPD ist aber herausgefordert, Strategien für einen Systemwechsel oder wenigstens radikale Reformen zu erarbeiten.

Hannelore Kraft

### Eine Politik der sozialen Vernunft

*In der Ausgabe 9/2008 dieser Zeitschrift formulierte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gedankliche Eckpunkte für eine soziale Marktwirtschaft. Die SPD-Landesvorsitzende in NRW hält ihm hiermit ihre Sicht auf die vor allem wirtschaftlichen Herausforderungen entgegen, und wie die Politik mit ihnen umgehen sollte.*

#### Hannelore Kraft

(\* 1961) ist seit Januar 2007 Landesvorsitzende der NRW-SPD.



hannelore.kraft@landtag.nrw.de

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor einer riesigen Herausforderung: Wir müssen die Krise meistern, die unser Wirtschafts- und Finanzsystem erschüttert und wollen zugleich für die Zukunft Regeln und Strukturen schaffen, die derartige Entwicklungen verhindern. Es geht in dieser Situation darum, die soziale Marktwirtschaft zu schützen: sowohl vor den Marktreaktoren wie vor den Staatsradikalen, die ihre Grundlagen gefährden oder sie sogar zerstören wollen.

#### Fehler im System

Die krisenhafte Entwicklung an den Finanzmärkten in der zweiten Hälfte dieses Jahres und ihre immer deutlicher werdenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft und an den Arbeitsmärkten haben eindringlich vor Augen geführt, wie unsicher, wie zerbrechlich die Basis unseres Wohlstandes und damit auch unserer sozialen

Sicherheit ist: Banken, Versicherungen, die gesamte Finanzindustrie haben sich als anfällig für Krisensituationen erwiesen, die sich mit großer Geschwindigkeit rund um den Globus ausbreiten. Und eine Krise in der Finanzwelt springt, wenn sie nicht aufgefangen werden kann, unmittelbar und möglicherweise sogar noch mit erhöhter Wirkung in die Realwirtschaft und auf die Arbeitsmärkte über. Um ein altes Bild neu zu gebrauchen: Wenn die Banken einen Husten haben, bekommt die Realwirtschaft schnell eine Lungenentzündung.

Das liegt sicher auch an der zunehmenden Verflechtung der Märkte, aber das ist es nicht allein. Die aktuelle Krise hat schonungslos offengelegt, dass es keine funktionierenden systemeigenen Kontrollmechanismen, keine Leitplanken gibt, um einen auftretenden Schaden zu begrenzen. Ohne das Eingreifen der Staaten hätte sich die Finanzkrise ungebremst weiterentwickelt und das System wäre zusammengebrochen. Sicher haben Leichtsinns-, Fehlentscheidungen und auch die Selbstüberschätzung einiger Banker, Broker, Manager genau wie die Forderungen der Anleger nach immer schnelleren und immer höheren Renditen entscheidend zur Krise am Finanzmarkt beigetragen. Aber wer nur in diese Richtung nach den Ursachen sucht, der greift zu kurz: Es war nicht nur ein individuelles Fehlverhalten, das uns an den



Rand des wirtschaftlichen Abgrunds gebracht hat, es waren in letzter Konsequenz Fehler im System.

Eine Folge der Krise ist ein schnell voranschreitender Vertrauensverlust der Bevölkerung in das Funktionieren unseres Wirtschaftssystems. Insbesondere das Vertrauen in seine »Sicherheitsgurte« ging verloren. In einer solchen Situation muss sozialdemokratische Politik Ängsten entgegen wirken, Perspektiven für den Weg in eine sichere Zukunft aufzeigen und eine rationale Debatte in der Gesellschaft über eine Wirtschaftspolitik initiieren, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Markt. In dieser Debatte geht es darum, die richtigen Schlüsse aus der Krise zu ziehen. Meine Schlussfolgerung lautet: Nicht die soziale Marktwirtschaft ist gescheitert, sondern das Soziale in der Marktwirtschaft ist zu weit zurückgedrängt worden. Die Fehler im System sind nicht grundsätzlicher Natur, sie sind Resultat einer Politik, die die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft zunehmend unterhöhlt hat.

### **Der »schlanke« Staat ist gescheitert**

Das Motto dieser Politik lautet: Privat vor Staat. Der Staat soll sich raushalten, der Markt kann alles besser. Das Ideal war der schlanke, ja sogar der magersüchtige Staat. Auch Sozialdemokraten haben sich nicht immer vehement genug gegen diesen Trend gewehrt. Aber im Gegensatz zu Konservativen und Liberalen haben Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren diese Fehlentwicklungen erkannt, die auf den internationalen Kapitalmärkten entstanden waren, und sind darum für Transparenz und für verbindlichere Regeln eingetreten: Gerhard Schröder in Gleneagles genauso wie Peer Steinbrück bei den G7-/G8-Treffen in Essen und in Heiligendamm. Im Grundsatzprogramm der SPD wurde der richtige Weg beschrieben: Politik muss Globalisie-

rung gestalten, im Interesse der Menschen in unserem Land. Heute scheint es manchmal so, als sei diese Erkenntnis Allgemeingut. Aber viele, die jetzt von Regulierung der Märkte und verbindlichen Regeln sprechen, haben gestern noch der Deregulierung und dem ungezähmten Kapitalismus das Wort geredet und sie mit politischen Entscheidungen nach Kräften gefördert.

Die Politik der CDU/FDP-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zeigt das exemplarisch. Sie ist geprägt von dem Motto »Privat vor Staat«: Verkauf der landeseigenen Wohnungen, eine Veränderung des Sparkassengesetzes, die eine Privatisierung möglich macht, Abbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, massive Einschnitte in das soziale Netz sind hier die Stichworte. Ein zentraler Beweis für die Marktradikalität der Landesregierung ist ihre Unfähigkeit anzuerkennen, dass für die Kommunen und ihre Einrichtungen andere Maßstäbe als die des Marktes gelten müssen. Bei der Daseinsvorsorge geht es um die Grundversorgung der Menschen mit allem, was sie dringend und wichtig brauchen. Hier ist der Staat in der Verantwortung, daraus kann und darf er sich nicht zurückziehen. Er kann mit Privaten kooperieren, aber er muss am Ende die Verantwortung dafür behalten, dass die Leistungen für die Menschen überall, egal ob in der Eifel oder auf der Hallig Hooge, in gleicher Qualität zu einem guten Preis, bezahlbar für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Verfügung stehen.

Auch die Wirtschaft will heute am liebsten vergessen machen, was sie in den letzten Jahren an Systemveränderungen gefordert hat. Nicht alle, aber auch nicht wenige Unternehmer und Manager haben gefordert, sie von vermeintlich lästigen Fesseln zu befreien. Ihr Credo war »Der Markt regelt sich am besten selbst.« Erst die aktuelle Krise hat das Bewusstsein dafür geschärft, dass diese Ideologie gescheitert ist. Das gilt gleichermaßen auch für die entgegen gesetzte Ideologie: »Der Staat soll alles regeln.« Diese Po-

nur an sich selbst denken, die anderen, das Ganze, die Gesellschaft im Blick haben. Mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger denken so und sie handeln auch so. Der stärkste Ausdruck dafür ist das hohe gesellschaftliche Engagement der vielen ehrenamtlich Tätigen in unserem Land. Zu ihnen gehören auch viele Unternehmer, insbesondere aus kleinen und mittleren Unternehmen, Familienbetrieben und dem Handwerk, sowie Manager und Freiberufler, die ihre soziale und gesellschaftliche Verantwortung kennen und ihr gerecht werden.

Es ist gut, dass auf diese Weise aus der Mitte der Gesellschaft heraus ein Weg aufgezeigt wird, der aus der Vertrauenskrise führen kann. Die Menschen werden umso eher wieder Vertrauen in die Politik und die Wirtschaft fassen, je mehr dort die Bereitschaft wächst, Verantwortung zu übernehmen und zu der eigenen Verantwortung zu stehen. Gemeinsame Anstrengungen von Privat und Staat werden erforderlich sein, um die aktuelle Krise erfolgreich zu bestehen. Neues Vertrauen erfordert auch wieder Sicherheit. Stichworte hier sind das Recht auf soziale Teilhabe und die Chance zum gesellschaftlichen Aufstieg. Die falsche Lösung wäre, den Weg in eine »Charity-Gesellschaft« einzuschlagen: Privates soziales Engagement ist gut, aber es kann und darf staatlich garantierte Teilhaberechte nicht ersetzen.

Mein Fazit lautet: Wir brauchen jetzt eine Politik der sozialen Vernunft. Die soziale Marktwirtschaft hat sich als Instrument bewährt, um wirtschaftlichen Erfolg und eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung miteinander zu verbinden. Sozialdemokraten müssen sich gerade in der aktuellen Krise dafür einsetzen, dem Markt klare Rahmenbedingungen vorzugeben, um das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft wieder zu stärken und so ein überzeugendes Gegenmodell zu den Konzepten der Marktradikalen wie der Staatsradikalen anzubieten. Dies gilt regional, im Bund und in Europa.

sition verkennt, dass Marktwirtschaft als soziale Marktwirtschaft ein gutes System und das Wettbewerb grundsätzlich ein gutes Prinzip ist. Aufgabe der Politik ist es allerdings, diesen Wettbewerb mit verbindlichen Spielregeln fair zu organisieren, deren Einhaltung kontrolliert wird – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern insbesondere auch in Europa und darüber hinaus in der globalisierten Welt.

### **Weg aus der Vertrauenskrise**

Für Sozialdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Markt. Dieser Ansatz wird von immer mehr Menschen in unserem Land geteilt. Sie wollen einen sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, eine »Wir-Gesellschaft«. Soziales Denken und Handeln erlebt eine Renaissance: Nicht

Rolf Mützenich

## Die USA und die »Liga der Demokratien«

**Verantwortung für Sicherheit und Frieden muss bei den Vereinten Nationen bleiben**

*Die amerikanische Idee einer Allianz der Demokratien könnte mit einer Neuausrichtung der US-Außenpolitik unter dem neuen Präsidenten eine Wiederbelebung erfahren. Doch können Finanzkrisen – wie die gegenwärtige – und Konflikte – wie der in Irak – nur in einem Bündnis der Demokratien bewältigt werden? Frieden durch Demokratisierung ist eine durchaus erfolversprechende Strategie, die jedoch nicht außerhalb, sondern innerhalb des Systems der Vereinten Nationen verfolgt werden muss.*

Nach der Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten sollte sich Europa auf eine Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik einstellen, die vor allem die engsten demokratischen Verbündeten stärker einbeziehen, aber auch in die Pflicht nehmen wird. Die Hoffnungen – ja die Euphorie, die sich mit dem ersten schwarzen US-Präsidenten verbinden – korrelieren dabei mit den unglaublich großen Schwierigkeiten und Herausforderungen vor denen Obama steht – innenpolitisch, was die Wirtschaftslage angeht, haushaltspolitisch, was die Finanzkrise betrifft und außenpolitisch, was die zwei Konflikte im Irak und in Afghanistan angeht, ebenso wie die vielen ungelösten Fragen im Nahen Osten und im Verhältnis zu Russland. Hierfür braucht er Partner und Freunde. Die Bedingungen für eine Wiederbelebung des transatlantischen Verhältnisses sind jedenfalls so gut wie lange nicht mehr, vor allem da Obama einen erheblichen Vertrauensbonus in Europa genießt.

Ich erhoffe mit Frank-Walter Steinmeier eine »neue transatlantische Agenda für das 21. Jahrhundert« mit neuen Impulsen bei den Themen internationale Finanzordnung, Nachhaltigkeit und Ressourcen, Abrüstung, Rüstungskontrolle und globale Sicherheit sowie Klimawandel und Zukunft der Weltordnung. Dafür brauchen



**Rolf Mützenich**

(\* 1959) MdB, ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie abrüstungs- und nahostpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

[rolf.muetzenich@bundestag.de](mailto:rolf.muetzenich@bundestag.de)

wir die Zusammenarbeit, nicht nur der Demokratien sondern aller relevanten Mächte sowie eine Revitalisierung der Vereinten Nationen. In der US-amerikanischen Debatte geistert hingegen sowohl auf republikanischer als auch auf demokratischer Seite das Gespenst eines »Bündnisses der Demokratien« durch die Gazetten.

### **Der rote Faden amerikanischer Außenpolitik**

Diese »Liga der Demokratien« soll – so ihre Befürworter – die Vereinten Nationen nicht verdrängen, sondern ergänzen und immer dann tätig werden, wenn diese versagen. Damit greifen sie stellvertretend eine Debatte auf, die sich seit dem Ersten Weltkrieg wie ein roter Faden durch die amerikanische Außenpolitik zieht. Bereits im April 1917 machte US-Präsident Woodrow Wilson vor dem amerikanischen Kongress deutlich, dass »the world must be

made safe for democracy« und verlangte die Konstituierung einer Liga der Nationen, denn »a steadfast concert for peace can never be maintained except by a partnership of democratic nations«.

Diese Strategie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Konzept der Eindämmung (*Containment*) des sowjetischen Kommunismus und seiner Satelliten ergänzt – oft auch zu Lasten der Demokratisierung. Denn bei der Wahl ihrer Bündnispartner waren die USA während des Kalten Krieges nicht besonders wählerisch. Getreu dem Prinzip »der Feind meines Feindes ist mein Freund« wurden auch Diktaturen und selbst die afghanischen Taliban unterstützt, sofern sie nur »antikommunistisch« waren.

1993 schlug Bill Clintons Sicherheitsberater, Anthony Lake, als neue Strategie die »Ausdehnung der Demokratie« anstelle der Kalten Kriegs-Strategie der Eindämmung des Kommunismus vor. Am 27. September 1993 hielt Clinton eine Grundsatzrede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, wo er dieses Konzept als Friedensstrategie vorstellte. Nachdem die USA während der gesamten Dauer des Kalten Krieges die sowjetische Bedrohung der »freien Welt« erfolgreich eingedämmt hätten, sollten sie nunmehr versuchen, ihr Einflussgebiet durch die »Ausdehnung der freien Weltgemeinschaft der Marktdemokratien« zu erweitern. Auch die Erweiterungsrounden von NATO und EU folgten dieser Logik. Die Unterstützung der Ausbreitung von Demokratien schloss allerdings auch »die humanitäre Intervention« beispielsweise in Bosnien nicht aus. Ebenfalls begründete George W. Bush den Krieg im Irak – neben den nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen – mit dem Argument, dass dadurch eine Welle der Demokratisierung den gesamten Nahen Osten erfassen würde, eine Erwartung, die sich nicht erfüllte.

Die Theorie vom demokratischen Frieden ist eines von wenigen Konzepten, das zu einer Orientierung für die Politik ge-

worden ist. Der dort postulierte Zusammenhang zwischen internationaler Friedfertigkeit und rechtsstaatlicher Demokratie bzw. republikanischer Verfassung findet sich ansatzweise schon bei Machiavelli, Montesquieu, Rousseau und Kant. In den 70er Jahren führte dann David Singer ein großangelegtes statistisch-empirisch angelegtes Projekt über Kriegsursachen seit 1816 durch. Eines der wenigen wirklich relevanten Ergebnisse war die Erkenntnis, dass Demokratien in viele Kriege verwickelt sind, nicht aber gegen Demokratien. Hierbei wäre aber noch zu klären, wodurch sich eine Demokratie eigentlich definiert. So steigt zwar laut Transformationsindex der *Bertelsmann-Stiftung* die Zahl der formalen Demokratien ständig an, dies sage allerdings noch nichts über deren Qualität aus. Bei vielen Demokratien sind noch erhebliche Mängel des Rechtssystems oder bei der Teilhabe zu beobachten. Frieden durch Demokratisierung ist somit eine durchaus erfolgversprechende Strategie, die jedoch nicht außerhalb, sondern innerhalb des Systems der Vereinten Nationen verfolgt werden muss.

Ansätze für ein globales Bündnis demokratischer Staaten gibt es bereits: So wurde 2000 auf Initiative der USA in Warschau eine »Gemeinschaft der Demokratien« gegründet, ein loser Zusammenschluss liberal-demokratischer Staaten. Die Gemeinschaft setzt sich zum Ziel, demokratische Werte zu verbreiten, demokratische Institutionen und Prozesse zu stärken und in absehbarer Zeit »Koalitionen der Demokratien« in den bestehenden internationalen Institutionen zu bilden. Die Schlussklärung wurde von über 100 Staaten – notabene einer absoluten Mehrheit der UN-Mitglieder – unterzeichnet. 2002 wurde auf einer Ministerkonferenz in Seoul ein Aktionsplan verabschiedet, der 2005 auf einer Folgekonferenz in Chile evaluiert wurde. Auch Deutschland ist Mitglied dieser lockeren Gemeinschaft. Das letzte Treffen fand im November 2007 in Mali statt.

### Die Absicht dahinter

Was stellt sich nun die amerikanische Politik konkret unter einer »Liga der Demokratien« vor? Eine um Brasilien, Neuseeland, Australien, Indien und Japan erweiterte globale NATO? Eine »Koalition der Willigen«, wie sie schon im Irak- oder Afghanistan-Krieg zum Einsatz kam? Sollen Länder wie Russland oder die VR China isoliert werden? Die Absicht dahinter ist nicht schwer zu erkennen. Die USA empfinden die Vereinten Nationen – die sie im Übrigen maßgeblich mitbegründet haben – zunehmend als Last. Nicht nur die US-Regierung, sondern auch der Kongress und die amerikanische Öffentlichkeit stehen den Vereinten Nationen zutiefst skeptisch gegenüber. Man will sich auf keinen Fall seine Handlungsfähigkeit von der latent handlungsunfähigen »Quasselbude« am East River einschränken lassen, in der Diktaturen – zumindest formal – das gleiche Stimmrecht haben wie die Weltmacht. Die immer wieder lancierte Idee einer Liga der Demokratien hat deshalb durchaus auch das Ziel die Vereinten Nationen zu delegitimieren.

Die Allianz der Demokratien ist eine zutiefst amerikanische Idee, geboren aus der Unzufriedenheit mit der UNO, gespeist aus den Erfahrungen in Bosnien, Somalia, Ruanda, Kosovo und zuletzt in Burma, als der paralytisierte Sicherheitsrat entschlossenes Handeln verhinderte. In den USA findet das Konzept sowohl bei Liberalen als auch bei Konservativen Anklang.

Ivo Daalder, inzwischen im Beraterstab des neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama, war gemeinsam mit James Lindsay einer der ersten Politologen, die sich darüber den Kopf zerbrachen. »Allianz der Demokratien« nannten sie 2004 ihr Projekt, das sie drei Jahre später, umgetauft als »Konzert der Demokratien«, in der Zeitschrift *The American Interest* detaillierter vorstellten. An die 60 Mitglieder schweben ihnen vor. Nicht jedes Land, das Wahlen abhält, soll aufgenommen werden.

Zutritt hat nur, wer Bürger- und Grundrechte einhält. Ägypten, Jordanien und Russland blieben danach draußen.

Auch Robert Kagan träumt in seinem neuesten Essay von einer Allianz der Demokratien auf der Welt. Im Rahmen dieses Bündnisses sollten sämtliche Demokratien regelmäßig zusammenkommen, um sich im Kampf gegen die dunklen Mächte der Autokratie abzustimmen. Ein solches Bündnis könnte ihm zufolge auch »zur Legitimation von Aktionen beitragen, die demokratische Nationen für erforderlich halten, denen autokratische Nationen jedoch ihre Unterstützung verweigern – so wie die NATO die Intervention im Kosovo legitimierte«.

### Ein sympathischer Traum

Dabei ist die Liga der Demokratien ein durchaus sympathischer Traum. Doch bilden die Ideen der Aufklärung allein den Zement, der ein solches Bündnis zusammenhalten kann? Und wenn ja, reicht ein solcher Pakt aus? Warum sollte man bei der Bewältigung der iranischen Atomkrise auf Partner verzichten, nur weil sie nicht demokratisch gewählt sind? Können Finanzkrisen – wie die gegenwärtige – nur in einem Bündnis der Demokratien bewältigt werden? Internationale Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Menschen und die Staaten so nimmt, wie sie sind und nicht so, wie man sie gern haben würde.

Es wäre jedenfalls verhängnisvoll, wenn sich dieses Bündnis der Demokratien zu einem exklusiven Club entwickeln würde, der Staaten von Entscheidungsprozessen ausschließt und eine globale Zweiklassengesellschaft begründet. Die globalen Sicherheitsfragen, wie der Klimawandel, eine neue Finanz- und Weltwirtschaftsordnung, Entwicklungsfragen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Rüstungskontrolle usw. können ohne die Einbeziehung großer Staaten, vor allem der VR China und Russland ohnedies nicht bewältigt werden.

Richard Meng

## Ende der Aufklärung

### Das Versagen eines ehemals kritischen Journalismus

**Richard Meng**

(\* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

senatssprecher@skzl.verwalt-berlin.de



Ach, wie einfach. Zuerst die Große Koalition als langweiligen Demokratieblocker runterschreiben – dann die neue Unübersichtlichkeit im Bundesrat beklagen. Zuerst auf einem als zu profilschwach und weich erscheinenden Kurt Beck herumtrampeln, danach die machtentschlossene Zielstrebigkeit einer Andrea Ypsilanti als sektenhaften Wahn abtun. Zuerst eiserne Spardisziplin fordern, wann immer es gegen linke Programmideen geht. Dann aber alle nur denkbaren Milliardenprogramme zur Rettung der Wirtschaft vor dem Finanzmarkt bejubeln.

Ist politischer Journalismus heute noch mehr als ein willfähriger – und wirkungsmächtiger – Trendverstärker für scheinbar gerade Mehrheitsfähiges? In den vergangenen Monaten gab es immer neue Belege dafür, dass viel mehr als Mainstream-Verklärung von den Medien nicht zu erwarten war. Vermutete Sieger möglichst frühzeitig hofieren, vermutete Verlierer vorausseilend diskreditieren: Eher so war zu umschreiben, was in der journalistischen Profession manche immer noch fälschlich für investigativ erklären – im Sinne von vorausschauendem Aufspüren politischer Trends.

Besonders deprimierend ist, dass der Gegenwartsopportunismus innerhalb der

Medienwelt selbst kaum noch reflektiert wird. Dass die Profession im Gegenteil Selbsterklärungen entwickelt hat, die darauf hinaus laufen, dass alles genau so schon richtig sei. Der Wettlauf um Exklusivmeldungen zum Beispiel, der Randmeinungen und Randfiguren immer wieder ins Zentrum des Nachrichtengeschäfts katapultiert, weil Einzelmedien sich davon Aufmerksamkeit versprechen können.

Beschönigt wird das mit der Behauptung, unangepasste Äußerungen seien fürs Ganze doch vorwärtstreibend und allemal spannend. Dabei werden die so Befragten letztlich selbst instrumentalisiert, weil ihre Zitate benutzt werden, das gewünschte Bild zu stellen. Und der Jagdinstinkt, wie er für unabhängigen Journalismus nun mal zum Repertoire gehört, richtet sich schnell gegen die leichte Beute. Um des Gefühls der Medien willen, stets auf der guten, weil erfolgreichen Seite zu stehen.

Tatsächlich ist von ernsthaftem Aufklärungsanspruch zu wenig übrig. Er würde ja erfordern, sich auf die realen Abwägungsprozesse der Politik einzulassen, statt ihnen nur besserwisserisch Schablonen gegenüber zu stellen. Die reale innere Spaltung der SPD in programmatischer und bündnispolitischer Hinsicht – sie würde eine kritisch-aufklärerische, aber dabei gegenüber den Akteuren respektvolle Auseinandersetzung wahrlich lohnen. Die neu erkennbar werdenden Grenzen des Marktes und die daraus erwachsenden Fragen an die Gestaltungskraft der Politik: Kaum jemand greift das Thema jenseits symbolischer Verkürzung auf. Als ob etwa die Frage, wie



hoch die Neuverschuldung im nächsten Jahr ausfällt, schon die eigentliche wäre.

Nun stimmt leider, dass die Politik selbst viel zu kurzfristig denkt. Der ehemals kritische Journalismus passt sich dem Beobachtungsfeld an. Er kann einen ernsthafteren Anspruch auch deshalb so selbstgerecht verweigern, weil ihm dieser Anspruch selten nur begegnet. Weil eine professionalisierte PR von Parteien und Regierungen genauso tagesbezogen funktioniert und der schwieriger gewordene Medienmarkt den journalistischen Populismus fördert. Nur darf das nicht als Entschuldigung reichen.

### **Keine Zeit für Selbstsicherheit**

Demnächst wird es wieder eine Zeitungskrise geben, und bei den Privatsendern wirken sich die Werbeeinbrüche auch schon aus. Keine Zeiten also für gelassene Selbstsicherheit. Die Jagd nach Auflagen und Quoten wird sich noch einmal verschärfen. Der Druck auf die einzelnen Journalisten, den Exklusivitätswahn zu bedienen (in dem sich doch wieder nur Lemmingsverhalten ausdrückt), wird weiter wachsen. Und wenn es in dieser Welt der Beliebigkeiten überhaupt noch einen politischen Mainstream gibt für die heute dominierende Mediengeneration, dann findet er sich vage im schwarz-grünen Areal.

Das ist eher generationsspezifisch-kulturell zu verstehen. Etwas bürgerlich-alternativ noch, aber schon konfliktfaul. Eher harmoniesüchtig in einer etablierten Welt. Kein Blick von unten mehr. Zur Identität gehört längst auch ein gehöriges Stück Parteienverachtung im Allgemeinen, festgemacht aber besonders gerne an der SPD. Als fühlte man sich gerade ihr gegenüber besonders emanzipiert und überlegen. Erkennbar an der neuesten Kritiklinie: Als sei Politik nur dann gut, wenn sie von oben nach unten durchexerziert wird. Einerseits war die Medienkritik an BKA-Gesetz und Kfz-Steuerplänen fachjournalistisch ein-

hellig. Gleichzeitig wurden die Einwände aus der SPD machtjournalistisch wieder nur als Führungsschwäche ausgelegt.

Darin scheint mitunter geradezu ein anti-parteiliches Demokratieverständnis durch. Und bei aller journalistischen Notwendigkeit, die Nicht-Einhaltung von Wahlaussagen zu thematisieren: Es war am Ende pure Ignoranz, wie in den Medien im Jahr 2008 die große Mehrheit innerhalb der hessischen SPD behandelt wurde. Unter Rückgriff auf scheinmoralisch überfrachtete, keinesfalls mehr inhaltliche Maßstäbe.

Der Wettbewerb der Alarmisten geht zu Lasten der Auseinandersetzung mit realistischen Inhalten, mit dem Machbaren. Aber auch zu Lasten des demokratisch-parlamentarischen Abwägungsprozesses. Politikberichterstattung und Politikinszenierung entfernen sich gleichermaßen vom realpolitischen Kern, den mühsamen und kleinschrittigen Sachauseinandersetzungen. Auch deshalb gibt es keine großen Debatten mehr: Es geht zu sehr darum, möglichst publikumswirksam im selbstgesetzten großen Trend zu liegen. Wer sich mal unsicher sein mag, wohin dieser Trend gerade zeigt: Das neue Leitmedium *Spiegel-online* gibt stündlich neue Hinweise.

Kann es ernsthaft sein, dass Menschen Roland Koch zuerst abwählen und ihn danach doch wieder für das kleinere Übel halten? Genau so wird die Frage wohlweislich nicht gestellt. Wie kann es kommen, dass der Wirtschaftsjournalismus jahrelang tiefgläubig das spekulative Finanzmarktwachstum bewundert und die Realwirtschaft geradezu zum Relikt vergangener Zeiten erklärt? Kompetenz wird da verwechselt mit geistiger Anpassungsbereitschaft.

Öffentlichkeit als Geleitzug: Wenn keiner mehr durchblickt (oder es auch nur versucht), wird es umso leichter, sich auf Scheinwahrheiten zu verständigen. Drehen wir das Argument um: Auf den Mut kommt es an, Politik wieder ernst zu nehmen. Und die Selbstinszenierung der Medien als weniger wichtig.

Julian Zado

### Für eine bessere Hochschulbildung ... engagieren!

*Die Situation an deutschen Hochschulen ist nicht immer gut, an vielen Stellen sogar äußerst prekär. Studentisches Engagement kann hier viel, aber zurzeit nicht genug erreichen. Warum ist studentisches Engagement dennoch wichtig?*

**Julian Zado**

(\* 1984) studiert Jura in Berlin. Er war in der Hochschulpolitik unter anderem im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen aktiv. Seit November 2008 ist er stellv. Landesvorsitzender der Jusos Berlin.

julian@spd-online.de



Standen bis vor kurzem noch eher die Hochschulkapazitäten im Fokus der Kritik, rückt seit einiger Zeit die mangelhafte Qualität der Hochschullehre in den Mittelpunkt, angestoßen vor allem durch entsprechende Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom Juli 2008. Dies ist eine begrüßenswerte Entwicklung, denn es kann nicht nur darum gehen, *irgendein* Studium zu absolvieren. Notwendig ist umfassendes, wissenschaftliches und kritisches Lernen. Als Ausprägungen dieser qualitativ unzureichenden Lehre werden häufig die unsystematische bzw. nicht vorhandene Ausbildung der HochschullehrerInnen, die schlechten Betreuungsrelationen, also die Anzahl der Studierenden pro HochschullehrerIn, die veraltete Infrastruktur der Hochschulen und die unzureichende Ausstattung mit modernen Lehrmaterialien genannt. Und tatsächlich führen diese Faktoren dazu, dass unglaublich große Reibungsverluste entstehen. Anstatt sich auf das Wesentliche – das Lernen und Lehren – konzentrieren zu können, müssen DozentInnen hohe Verwaltungshürden über-

winden und Studierende ihre Zeit in Veranstaltungen verschwenden, von denen sie aufgrund der Überfüllung sowieso nicht profitieren können. Das alles sind bekannte Missstände, die schon seit langem existieren und die dringend beseitigt werden müssen. Langfristig würde sich das auch auszahlen, denn schlechte Lern- und Lehrbedingungen führen dazu, dass alle Beteiligten frustriert werden und ihr volles Potenzial nicht ausschöpfen können.

#### Lern- und Lehrkultur verändert

Die mangelhafte Lehre an den Hochschulen hat aber noch andere Gründe. Doch um diese geht es in der Debatte über die Lehrqualität erstaunlicherweise weniger häufig. Die im Grundansatz begrüßenswerte Studienstrukturreform wurde nämlich dazu genutzt, neben der Studienstruktur auch die Lern- und Lehrkultur an den Hochschulen zu verändern. Dies war wohlgehemmt kein Bestandteil des sogenannten *Bologna-Prozesses*, sondern fand nur zeitgleich mit dessen Umsetzung statt.

Zunächst sind die Lerninhalte nun größtenteils genau vorgeschrieben, wodurch die Auswahl eingeschränkt wurde. War früher nur vorgegeben, in welchen Bereichen man wie viele Lehrveranstaltungen absolvieren musste, wird man heute häufig in Kurse eingeteilt. Persönliche Interessen oder auch eine inhaltliche Profilentwick-

lung bleiben so auf der Strecke. Wenn der Anteil an Lehrveranstaltungen, die pflichtgemäß abgesehen werden müssen, im Verhältnis zu den Lehrveranstaltungen, die als spannend empfunden werden, steigt, sinkt entsprechend die durchschnittliche Motivation. Gleichzeitig lernen Studierende nicht mehr, sich kritisch mit Lehrinhalten auseinander zu setzen.

Zweitens ist die Arbeitsbelastung an den Hochschulen deutlich gestiegen. Das hängt oft, aber nicht immer, damit zusammen, dass die Studiendauer gestrafft, die Lerninhalte aber nicht entsprechend angepasst wurden. Die Anforderungen sind in vielen Studiengängen selbst für Studierende ohne Nebenjob kaum noch zu bewältigen.

Die Prüfungsbelastung nimmt dramatisch zu. Fast alle Lehrveranstaltungen werden inzwischen mit Prüfungen abgeschlossen. Ebenso sind oft Arbeitsleistungen wie Referate, Essays, mitunter aber auch »Vor-Klausuren« Voraussetzung, um dann an der »richtigen« Abschlussprüfung teilnehmen zu dürfen. Diese Noten fließen dann sämtlich in die Abschlussnote ein, die wiederum Voraussetzung für die Zulassung zum *Master*-Studium oder eine erfolgreiche Bewerbung um einen Arbeitsplatz ist, sodass der Druck auf ein kaum vorstellbares Niveau ansteigt.

Diese und viele andere Aspekte, die bei der Umsetzung von *Bachelor* und *Master* oft (es soll keine pauschale Verurteilung aller Umstellungen erfolgen!) nicht geglückt sind, führen dazu, dass viele neue Studiengänge als schlicht nicht studierbar einzuschätzen sind (dazu: *www.studierbarkeit.de*). Das ist kein vom Thema Lehrqualität losgelöster Aspekt, sondern muss ein entscheidender Bestandteil einer Diskussion über gute Hochschulbildung sein. Wenn man in einem Studium nur noch unter Druck steht und die Lerninhalte vorgesetzt bekommt, um sie dann auswendig zu lernen, kann von einem wissenschaftlich-kritischen Studium, von guter Hochschulbildung keine Rede sein.

### **Die soziale Situation ist prekär**

Die Qualität der Hochschulbildung sinkt auch deshalb, weil Studierende sich oft aufgrund ihrer sozialen Situation nicht mehr voll auf das Studium einlassen können. Das liegt zum einen an einer immer noch unzureichenden Studienfinanzierung, zum anderen an der Einführung von Studiengebühren in vielen unionsregierten Bundesländern. Zu Beginn dieses Wintersemesters wurde das BAföG um 10 % erhöht. Das war ein wichtiger Erfolg, und ein schwieriger, bedenkt man, dass die CDU-Bildungsministerin Annette Schavan bei ihrem Amtsantritt das BAföG als »Auslaufmodell« bezeichnet hat und auch während der Haushaltsverhandlungen sich gegen eine BAföG-Erhöpfung engagierte. So sehr dies also auch ein Erfolg für die SPD war, so muss man doch auch analysieren, dass damit die Probleme nicht strukturell gelöst wurden. Die BAföG-Erhöpfung hat schließlich gerade mal die Preisentwicklung seit der letzten Erhöhung im Jahr 2002 ausgeglichen. Schon bald wird der BAföG-Satz wieder unzureichend sein. Gleichzeitig profitieren viele nicht vom BAföG, obwohl sie eigentlich darauf angewiesen sind, weil ihre Eltern zwar minimal über der Einkommensgrenze verdienen, sie aber dennoch faktisch kaum das Geld aufbringen können, um (mehrere) Kinder viele Jahre finanziell zu unterstützen. Eine jährliche »automatische« Anpassung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wäre sinnvoll. Hinzu kommt, dass nun auch noch viele Länder Studiengebühren abknöpfen, wodurch sich gerade ärmere Schüler noch schwerer mit der Entscheidung tun, ob sie wirklich ein Studium aufnehmen sollen.

Neben diesen wichtigen aktuellen Konfliktlagen im Bereich der Hochschulpolitik aus studentischer Perspektive, die nur exemplarisch sind, gibt es noch eine Reihe weiterer Probleme, zum Beispiel die Be-

grenzung des Zugangs zum *Master*, oder, dass die Antwort vieler Studierender auf diese Situation der Versuch ist, sich unter möglichst hohem individuellen Nutzen und Erfolg irgendwie »durchzumogeln«. Dadurch wird genau das erreicht, was viele der für die aktuelle Situation Verantwortlichen im Sinn haben, nämlich dass HochschulabsolventInnen fachlich gut ausgebildet, aber unkritisch sind. Das tut der Gesellschaft auf Dauer nicht gut. Viel besser ist es, die Situation an den Hochschulen einmal kritisch zu reflektieren und für Verbesserungen einzutreten. Viele Studierende tun dies zum Glück noch, werden aber von manchen KommilitonInnen für ihre Bemühungen müde belächelt. Das sind dann meist die Studierenden, denen die Situation anderer relativ gleichgültig ist, solange sie selbst irgendwie durchkommen und die es deshalb noch nicht einmal für nötig halten, sich an den Wahlen zu den studentischen Gremien zu beteiligen.

### Was tun?

Einige Beispiele: Die Juso-Hochschulgruppen, der Studierendenverband der SPD, haben Ende 2007 gemeinsam mit anderen Verbänden die Kampagne »BAföG Rauf!« ins Leben gerufen, die die SPD in ihren Bemühungen um eine (wenigstens) einmalige BAföG-Erhöhung unterstützt hat – letztlich mit Erfolg. Viele Juso-Hochschulgruppen bewegen auch vor Ort viel. Kein studentischer Verband wird deutschlandweit so oft in die Vertretung der Studierenden (meistens: »Allgemeiner Studierendenausschuss« – AStA) gewählt, wie sie. Dort vertreten sie die Interessen der Studierenden gegenüber der Hochschulleitung, leisten viel Aufklärungsarbeit für die Studierenden, bieten oft ein umfassendes (Sozial-)beratungssystem an und organisieren Proteste gegen Studiengebühren. Oft werden auch viele eigene kulturelle

Projekte durchgeführt. Es macht Spaß, sich dort zu engagieren, denn hier kann man ganz konkret und real Dinge zum Besseren verändern. Kann man sich für das Engagement vor Ort nicht begeistern, gibt es auch die Möglichkeit, sich überregional zu vernetzen und zu engagieren. Der *freie Zusammenschluss von studentInnenschaften – fzs* ([www.fzs.de](http://www.fzs.de)) ist der Dachverband der Studierenden in Deutschland. Stimmberechtigt sind natürlich nur die Studierendenvertretungen, die Mitglied im *fzs* sind. Aber auch hier kommt es weniger auf formale Stimmen an, sondern auf das tatsächliche Engagement. Und mitmachen können alle, die das wollen. Zum Beispiel in inhaltlichen Ausschüssen oder bei der Organisation von Projekten und Kampagnen. Der *fzs*-Vorstand vertritt in Deutschland die Interessen der Studierenden gegenüber zahlreichen bundesweiten Akteuren, u.a. gegenüber der Bundesregierung. Auch ein Engagement im europäischen Studierendenverband *European Students' Union – esu* ([www.esu.org](http://www.esu.org)) ist möglich. Wer sich konkret an Aktionen und Protesten gegen die Privatisierung von Bildungskosten engagieren will, kann dies im bundesweiten *Aktionsbündnis gegen Studiengebühren – ABS* ([www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de)) tun. Allen, für die das Engagement in solchen »Strukturen« nichts ist, bleibt der Weg zu einer studentischen Initiative offen. Das sind lose Zusammenschlüsse um an einer Hochschule ein konkretes Projekt umzusetzen. Es gibt viele davon, meistens wird man auf den Seiten der Hochschule fündig. Oder man gründet einfach selbst eine Initiative. Ein Beispiel wäre die Arbeit der oben bereits erwähnten *Projektgruppe Studierbarkeit*, die an der Humboldt-Uni in Berlin die Studierbarkeit der modularisierten Studiengänge untersucht hat.

Welchen Weg auch immer man für sich entdeckt, Hochschulbildung ist wenig, wenn man stumpf die gegebenen Zustände als gegeben hinnimmt. Auf Reflexion und Engagement kommt es an.

Florian Meyer

## Freiwillige vor

### Wie Pflegedienste die gesunkene Zahl an Zivildienstleistenden ausgleichen

*Seit Jahren diskutieren die Parteien über den Umbau der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee. Da eine mögliche Abschaffung der Wehrpflicht auch das Ende des Zivildienstes zur Folge hätte, stellten sich Pflegedienste und karitative Verbände auf eine ungewisse Zukunft ein. Mit einer raschen Abschaffung der Wehrpflicht rechnet heute jedoch niemand mehr – die Zivildienststellen plagen derzeit ganz andere Probleme.*

Mittags ist Yannick Süßmann in der Hauptschule Stein, einer kleinen Ganztagschule bei Nürnberg. Jeden Montag bis Donnerstag, von 12 bis 14 Uhr, seit dem 1. September. Und das, obwohl er noch bis vor einigen Monaten am nahe gelegenen Gymnasium für sein Abitur gelernt hatte. Süßmann absolviert weder ein Praktikum für Lehramtsstudenten noch verbüßt er Sozialstunden. Der 20-Jährige ist einer von etwa 6.000 staatlich geförderten »FSJlern«. Er leistet ein Freiwilliges Soziales Jahr.

Die Zahl der FSJ-Stellen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ein Grund dafür war die Verschärfung der Musterungskriterien im Jahr 2003: Dadurch, dass weniger junge Männer zum Wehrdienst eingezogen wurden, nahm auch die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ab. Altenheimen, Kindertagesstätten und Montessori-Schulen gingen die Zivis aus. Viele Pflegedienststellen und Krankenhäuser reagierten. Neben den jungen Männern, die zum Wehrrersatzdienst antraten, öffneten sie sich für Freiwillige und schufen neue Möglichkeiten, sich zu engagieren.

Yannick Süßmann profitiert heute von dem Ausbau des Freiwilligendienstes: Nach der Mittagsbetreuung in der Ganztags Hauptschule steht der 20-Jährige von 16 bis 19 Uhr auf dem Fußballplatz des *STV Deutenbach* – »mal als Übungsleiter, mal als Co-Trainer«. Das Freiwilligenjahr nutzt



**Florian Meyer**

(\* 1982) hat Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Erlangen und Mexiko-Stadt studiert. Seit Oktober 2008 besucht er die Deutsche Journalistenschule und die Uni München. Neben dem Studium arbeitet er als freier Journalist.

derflorianmeyer@googlemail.com

Süßmann, um sich über seine Berufswahl klar zu werden. »Vielleicht studiere ich später soziale Arbeit«, erklärt er, »das FSJ zählt dann als Berufspraktikum«. Wie 23 seiner Klassenkameraden wurde Süßmann ausgemustert. Nicht einmal die Hälfte seines Abiturjahrgangs bestand die Tauglichkeitsprüfung: Von 41 Abiturienten sind heute drei bei der Bundeswehr, 13 verweigerten den Dienst an der Waffe und leisten Zivildienst. Süßmann absolviert als einziger einen Freiwilligendienst. Von Wehrgerechtigkeit ist sein Jahrgang weit entfernt.

Zur Zeit sind nach Angaben der Bundeswehr etwa 45 Prozent der Gemusterten untauglich. Grundlage dieser Praxis sei die bewusste Entscheidung des Bundestags, nur potenzielle Kandidaten für Auslandsdienste in die Bundeswehr aufzunehmen. Indirekt betroffen von der Entscheidung ist auch der Wehrrersatzdienst, der Zivildienst. Er lebt und stirbt zusammen mit der allgemeinen Wehrpflicht: Je mehr junge Männer eingezogen werden, desto mehr verweigern. Bis Ende der 90er Jahre nahm die Zahl

der Kriegsdienstverweigerer stetig zu: Zum Höhepunkt der Entwicklung im August 1999 waren 154.230 Zivildienstleistende im Einsatz – im gleichen Monat des Jahres 2007 nur noch etwas mehr als die Hälfte.

Die Lage der Pflegedienste, die in vielen Fällen auf die Kriegsdienstverweigerer angewiesen sind, spiegelt sich in den Zahlen wider. Viele der so genannten »Beschäftigungsstellen für den Zivildienst« haben offene Stellen. Darunter leidet die Planbarkeit ihrer Arbeit. »Wir haben heute etwa doppelt so viele Plätze wie Zivildienstleistende«, informiert Jens Kreuter, Bundesbeauftragter für den Zivildienst. Seit zwei Jahren erhole sich die Zahl der Zivildienstleistenden zwar wieder leicht, »Verweigerung ist aber nicht steuerbar«. 2007 zählte das *Bundesamt für den Zivildienst* 84.225 Einberufungen. Für 2008 rechnet das Kölner Amt mit einem weiteren Anstieg um zwei bis drei Prozent.

Auch wenn heute nur wenige Dienststellen an akutem Mangel an geeigneten Bewerbern leiden, gegen ein Phänomen

kämpfen Jugendhäuser und Fahrdienste von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen gleichermaßen: Die Rekrutierung frisch Verweigerter ist schwerer geworden. Viele kleine Beschäftigungsstellen setzen auf Mundpropaganda, wenn es darum geht, neue Zivildienstleistende für eine Stelle zu begeistern. Große Zivildienststellen wie der *Caritasverband* München gehen dagegen in die Offensive. »Der Zivildienst muss gut beworben werden«, erklärt Erich Geßner, Leiter der Personalbeschaffung und zuständig für den Zivildienst. Die *Caritas* richtete dazu vor drei Jahren die Seite [www.caritaszivi.de](http://www.caritaszivi.de) ein. Schnell und unkompliziert können zukünftige Zivildienstleistende sich im Internet über freie Einsatzorte informieren. »Vor zehn Jahren haben wir unsere Stellen noch zu Fuß beworben«, erinnert sich Geßner und lacht. Heute sei es möglich, innerhalb eines Tages Kontakt zu einem freien Platz aufzunehmen.

Ein Problem können allerdings auch die neuen Informationswege nicht behe-



ben: Nicht alle Zivildienststellen sind gleich beliebt. »Arbeitsstellen, zum Beispiel in der Altenbetreuung, werden nur sehr ungern besetzt«, stellt eine Zivildienststellenleiterin aus Bayern fest, die nicht namentlich genannt werden möchte. Manche Heime hätten offene Stellen, die sie einfach nicht besetzen können. Moderne Methoden der Rekrutierung allein bieten dafür keine Lösung. Rita Welther, Referentin für Zivildienst im *Caritasverband* Erfurt, entwickelte eine andere Möglichkeit, um neue Mitarbeiter zu gewinnen: einen Kurzzeitfreiwilligendienst. Bisher wird das Modellprojekt von Jugendlichen genutzt, um die Zeit zwischen Schule, Ausbildung und Studium zu überbrücken. In Zukunft sollen sich Freiwillige aller Altersstufen für einen kurzen Zeitraum von etwa sechs Wochen an einem sozialen Dienst beteiligen können. Auch das Freiwillige Soziale Jahr bietet laut Welther die Möglichkeit, die gesunkene Zahl Zivildienstleistender auszugleichen: »Mit dem Rückgang haben wir parallel unsere Stellen im FSJ verdreifacht«, erklärt die Erfurterin. Von 30 auf 100 innerhalb von fünf Jahren. Langfristige Probleme für die Pflegedienste bereite dagegen der demografische Wandel und die Abwanderung der Jugendlichen aus den strukturschwachen Gegenden im Osten und Nord-Westen der Bundesrepublik.

### **Vom Ersatzdienst zum Lerndienst**

Um den Zivildienst auch in Zukunft attraktiv zu gestalten, sollen die jungen Männer in den neun Monaten Schlüsselqualifikationen für den späteren Beruf erwerben. Vom Ersatzdienst zum Lerndienst – so die Idee des *Bundesamtes für den Zivildienst*. Fortbildungen, Berufsqualifikationsseminare und die Anrechnung der Zivizeit als Praktikum sind erste Schritte, die in den vergangenen Jahren in die Wege geleitet wurden. Bei einigen Beschäftigungsstellen

haben die Reformen jedoch zu Verstimmungen geführt. »Zivildienststellen sind keine Jugendhilfeeinrichtungen«, klagt eine Zivildienstbeauftragte aus München, die ungenannt bleiben will. Aufgrund von Bildungsfahrten, Lehrgängen und Sonderurlauben würden die Fehlzeiten zunehmen, so die Kritik. Dem gegenüber stünden lange Einarbeitungszeiten und ein hoher Verwaltungsaufwand. »Teilweise wird gegrummelt, ob es sich überhaupt noch lohnt«, sagt die Münchnerin. Bis jetzt seien Zivildienstleistende noch die günstigste Variante. Über den Einsatz von Mini-Jobbern werde aber bereits nachgedacht.

Jens Kreuter glaubt jedoch nicht, dass Zivildienstleistende durch reguläre Arbeitskräfte ersetzt werden können: »Der Zivildienst ist arbeitsmarktneutral.« Wenn die Zivildienstleistenden wegfallen, würde die überwältigende Mehrzahl der Dienste angesichts nicht erkennbarer Finanzierungsmöglichkeiten ersatzlos gestrichen, schätzt der Bundesbeauftragte für Zivildienst. Auch Pfarrer Ludwig Wild, Leiter von *Hilf e.V.*, hält nichts vom Einsatz von Mini-Jobbern: »Wir brauchen junge, motivierte Leute.« Andere Dienststellen wie der *Caritasverband* München haben dagegen den Rückgang der Zahl an Zivildienstleistenden in den vergangenen Jahren mit geringfügig Beschäftigten ausgeglichen. Ohne Zivis möchte aber auch Erich Geßner vom *Caritasverband* München nicht planen: »Der Ersatzdienst liefert uns engagierten Nachwuchs für unsere Dienststellen«, erklärt Geßner. Viele junge Männer würden sich nach ihrer Dienstzeit viel stärker für soziale Berufe interessieren als vor ihrer Dienstzeit.

Für Pfarrer Ludwig Wild, der seit über 50 Jahren Kriegsdienstverweigerer betreut, hat die heutige Situation auch einen Vorteil. Mehr freie Stellen bedeuten, dass Zivildienstleistende eine größere Auswahl bei ihrem Einsatzort haben. Der 82-Jährige lacht: »Da finden die jungen Männer bestimmt was Besseres als Wäsche von einer Station auf die andere zu schieben.«

Jochen Rack

### Das Erbe der Großschriftsteller

#### Vom Strukturwandel der literarischen Öffentlichkeit

*Wenn in Frankfurt zur Buchmesse die literarische Ernte aus deutschen Landen frisch auf die Messetische kommt, versuchen Feuilleton und Literaturkritik, die Flut der Neuerscheinungen zu sortieren und einige Bücher und Autoren aus der Masse herauszuheben, indem man sie mit Auszeichnungen und Prädikaten versieht. Der Markt ist der große Gleichmacher, und in einer Ökonomie der Aufmerksamkeit bedingt nur Publizität Verkaufserfolg. Vielleicht ist das der Grund, weshalb Schriftsteller, die ihre Sturm- und Drang-Phase längst hinter sich haben, noch immer eine unverhältnismäßig große Aufmerksamkeit genießen.*

**Jochen Rack**

(\*1963) Autor und Kritiker,  
Mitarbeiter beim Bayerischen Rundfunk,  
lebt in München.

hjrack@aol.com



Die Rede ist von den alten Herren der deutschen Literatur: Günter Grass, Martin Walser, Hans Magnus Enzensberger oder auch dem kürzlich verstorbenen Peter Rühmkorf sowie Alexander Kluge, der spät zu den Ehren eines Büchnerpreises gekommen ist. Man kann diese Altmeister der deutschen Literatur, die längst ihre 75. und 80. Geburtstage hinter sich haben, in Anlehnung an Robert Musil als Großschriftsteller bezeichnen.

Man kann diese Vertreter einer einzigartigen Generation deutscher Autoren heute nicht zu Unrecht als Patriarchen bezeichnen. Sie hatten ihre großen Auftritte in der Stunde Null der deutschen Nachkriegsliteratur und haben – das ist das Erstaunliche – ihre diskursiv-mediale Macht ein halbes Jahrhundert behauptet. Trotz ihres fortgeschrittenen Alters publizieren sie munter weiter, lösen öffentliche Debatten und pub-

lizistische Erregungen aus. Wenn Grass das »weite Feld« der deutschen Wiedervereinigung vermisst, über den Untergang der *Gustloff* schreibt oder spät seine Waffen-SS-Vergangenheit bekennt; wenn Enzensberger ein Buch über den abtrünnigen Hitler-General Hammerstein publiziert oder, wie zu Zeiten des ersten Golfkriegs, Saddam Hussein mit Hitler vergleicht; wenn Walser sich in seiner Friedenspreisrede mit dem Verhältnis zur deutschen Schuld auseinandersetzt oder mit *Tod eines Kritikers* vermeintlich auf den Literaturpapst Reich-Ranicki zielt, gehen lange Debatten durchs deutsche Feuilleton.

#### Der Mythos des Engagements

Keine andere Schriftstellergeneration besitzt einen vergleichbaren publizistischen Einfluss. Weshalb man die indezente Frage wagen darf, was es für die literarische Öffentlichkeit bedeuten würde, wenn sie einmal abgetreten sein wird. Kann und will jemand in die Fußstapfen der Literaturfürsten treten? Und brauchen wir überhaupt solche literarischen Vaterfiguren?

Alle genannten Autoren standen als Angehörige der »skeptischen Generation«

für eine nachholende Modernisierung der deutschen Literatur nach Krieg und Nationalsozialismus, für ein dezidiert politisches Engagement und für den Mythos von der Rettung der Gesellschaft durch Literatur. Überdies waren sie in der *Gruppe 47* medienwirksam organisiert. Bei aller Verschiedenheit der Temperamente und Schreibweisen eint die Platzhirsche eine ganz bestimmte Auffassung des Verhältnisses von Literatur und Gesellschaft. Man könnte es als das kritische Paradigma der Bundesrepublik bezeichnen. Als demokratische Ikonen erfüllten die Walser, Grass, Enzensberger eine gesellschaftliche Funktion als »moralisches Gewissen der Nation« – wie man einmal den heute fast vergessenen Heinrich Böll bezeichnet hat. Der engagierte Intellektuellen-Schriftsteller, dessen Pathos heute unzeitgemäß wirkt, sollte den Herrschenden Paroli bieten, oder, wenn sie sich ihm geneigt zeigten, Rat spenden:

Beispielhaft kann dafür das Verhältnis von Günter Grass und Willy Brandt gelten. Ein Anspruch, der bei jüngeren Schriftstellern keine Nachfolge gefunden hat. Wer aus der Generation der »Zaungäste«, Popularen und Unterhaltungs-Kehlmanns wollte Angela Merkel beraten oder ihrem politischen Wirken Einhalt gebieten? Jüngere Schriftsteller schreiben jenseits der Fronten und ideologischen Schützengräben, und die einst verbittert geführten ästhetischen Debatten finden heute nicht mehr statt.

Von der predigenden Literatur, meint der Literaturwissenschaftler Heinz Schlaffer, habe sich die Gunst des heutigen Lesers abgewandt, und für die wachsende Popularität der komischen Dichtung von Ernst Jandl oder Robert Gernhardt sei das Gefühl ausschlaggebend, von der Pflicht zu verantwortungsbewusster Lektüre entlastet zu sein.

### Literarische Öffentlichkeit unter Medienbedingungen

Autoren, die am heroischen Anspruch der Literatur festhalten, beklagen daher den Markt als solchen. Peter Handke und Botho Strauß zum Beispiel stilisieren sich in der Rolle des weltflüchtigen und weltverachtenden Priesterpoeten. Anders als für die Gründerväter der Generation Grass gilt für Handke nicht die Einheit von politischem Engagement und literarischem Schreiben. Seine Einlassungen zu Serbien und Milošević, die vom Konsens der demokratischen Öffentlichkeit wegführten, zeigten, dass er zur moralisch-literarischen Orientierungsfigur nicht taugt. In seiner Dissidenz gegenüber der herrschenden Medienkultur denunziert auch Botho Strauß im Namen einer elitären Kulturkritik die angebliche »Infodemenz« unserer Tage – eine elitäre Herablassung gegenüber der Öffentlichkeit, die von dieser logischerweise nicht goutiert wird. Gefragt ist der reformerische Kritiker, nicht der misanthropische Verächter der Gegenwartskultur.

Die Kultur des Sekundären, die Strauß und Handke herablassend kommentieren, kann man durchaus als Resultat eines Strukturwandels der literarischen Öffentlichkeit unter den Medienbedingungen des 20. Jahrhunderts begrüßen. Vielleicht gebe es den Typus des Großschriftstellers heute schlicht deshalb nicht mehr, meint der Literatur- und Medienwissenschaftler Jochen Hörisch, weil die Literatur sehr viel stärker in Konkurrenz zu anderen Massenmedien steht. Die Schriftsteller müssen sich damit abfinden, dass sie auf dem Markt nicht allein sind. Weltflüchtige Schmall- und Grollposen sind lächerlich und entsprechen nicht dem Stand der Dinge in einer offenen Gesellschaft, die gelernt hat, jeden nach seiner Façon selig werden zu lassen. Man muss also gar nicht beklagen, dass die Fußstapfen der Generation Grass von

nachrückenden Schriftstellern nicht mehr betreten werden.

### Postmoderne Beliebigkeit und Bedürfnis nach Orientierung

Die Übersicht über die komplizierten Weltverhältnisse der Globalisierung traut man dem Schriftsteller nicht mehr zu. Alexander Kluge, der in seiner enzyklopädischen Geschichten-Sammlung an dem Anspruch festhält, ein historisch ausgreifendes Panorama der Weltgesellschaft zu malen, ist eine unzeitgemäße Erscheinung. Aber vielleicht ist es – paradox – eben diese Unzeitgemäßheit und Ungleichzeitigkeit, die dem deutschen Großschriftsteller noch immer seine unverhältnismäßig große Aufmerksamkeit sichert. Er behält seine Bedeutung, weil es ihn eigentlich nicht mehr geben kann.

In dieser Hinsicht gleicht seine Existenz der des Papstes, der gegen den Relativismus streitet – ein Kampf gegen Windmühlen. Wenn im Zeichen der Postmoderne Vielfalt und Überfluss herrschen, kann die Suche nach der *einen* Wahrheit nur kompensatorische Funktion haben. Der patriarchale Religionspapst stillt ebenso wie der Literaturpapst das Bedürfnis nach Orientierung und Vereinfachung der Verhältnisse durch eigensinniges Festhalten an verlorenen Positionen. Weshalb sich offenbar niemand an den gelegentlichen Fehltritten der Walser, Grass, Enzensberger stört. Sie irren sich, aber auf orientierungsstiftende Weise. Warnen und Mahnen, Moral und Engagement haben expressiv-theatralische Qualität. Der Großschriftsteller inszeniert sich als Wiedergänger einer vergangenen Epoche, in der das Bußpredigen noch geholfen hat. Ein Schauspiel, aber ach, ein Schauspiel nur! Wir sollten es genießen, solange der Herbst der Patriarchen dauert.

Ulrich Baron

## 150 Jahre Evolutionstheorie

### Neue Bücher von und über Charles Darwin

1859 erschien in London eines der umstürzenden Bücher der Neuzeit: Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl. Sein Autor Charles Darwin begründete damit die Evolutionstheorie. Der Mensch wird darin nur am Ende mit einem prophetischen Satz erwähnt: »Es wird Licht fallen auf den Ursprung des Menschen und seine Geschichte«. Dass Darwin seine Theorie auch auf den Menschen bezog, hatte er in seinen Notizbüchern schon klar zum Ausdruck gebracht. Doch zögerte er aus allgemeiner Vorsicht und in Kenntnis der gesellschaftlichen Situation, die Entwicklung des Menschen bereits in seinem ersten großen Werk ausführlich zu behandeln. Tatsächlich hatte Darwins Lehre, die den Menschen seiner besonderen Stellung im Naturreich beraubte, mit enormen Widerständen zu kämpfen.

Im Jahr 1881 lieh der greise Charles Darwin seinem Kollegen George J. Romanes ein Exemplar von Wilhelm Olbers Fockes gerade erschienenem Überblickswerk *Die Pflanzen-Mischlinge*. Darin war der Name Gregor Mendel zwar vielfach erwähnt, aber die kurze Zusammenfassung von Mendels Aufsatz »Versuche über Pflanzen-Hybriden« (1865) hat Darwin nie gelesen – die entsprechenden Seiten des ausgeliehenen Bandes wurden nie aufgeschnitten. Es sollte Jahrzehnte dauern, bis Anfang des 20. Jahrhunderts die Tragweite von Mendels Einsichten erkannt wurde, während Darwins Bestseller *Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl* 1859 eine kopernikanische Wende der Biologie auslöste.

Der Begründer der Evolutionstheorie und der Begründer der Genetik hatten sich 1881 und damit kurz vor ihrem Tod um die Breite einiger unaufgeschnittener Buchseiten verpasst. Dabei hatte Mendel, wie Chris Buskes in seinem Buch *Evolutionär denken* unterstreicht, anhand seiner Kreuzungsversuche mit Erbsen darstellen können, »daß Eigenschaften nach bestimmten Regeln vererbt werden«. Damit hatte er die Mechanismen erkannt, welche die »natürliche Zuchtwahl« der Evolution bestimmten: »Mendel zeigte, dass bestimmte Merkmale, beispielsweise die gelbe oder grüne



Ulrich Baron

(\* 1959) ist Literaturwissenschaftler und arbeitet als Kritiker und freier Publizist in Hamburg.

ulrich.baron@t-online.de

Farbe der Erbsen, über Generationen verborgen bleiben können, um irgendwann in einer Generation wieder aufzutauchen.«

Mendels Einsichten eröffneten das weite Feld der Genetik, dessen molekularbiologischen Zusammenhänge für Darwin und seine Zeitgenossen jenseits des Horizontes lagen. Rätselhaft waren damals auch die Prozesse, durch die sich aus einer befruchteten Eizelle ein Individuum entwickelte. An diese Schnittstelle von Embryologie und Evolutionsbiologie, die man heute unter das Schlagwort »Evo Devo« (*Evolutionary Developmental Biology*) fasst, führt der amerikanische Molekularbiologe Sean B. Carroll in seinem gleichnamigen Buch.

Carrolls glänzend geschriebenes Werk zeichnet sich auch durch den Respekt aus, mit dem er die Begeisterung Darwins für Humboldts Reiseberichte registriert. Humboldts *Reise in die Äquinoctial-Gegenden des neuen Continents* wertet Carroll als Leit-

faden, den der vor 200 Jahren, am 12. Februar 1809, geborene, noch halbherzig zwischen Theologie und Medizin schwankende junge Darwin begeistert ergriff, als sich ihm 1831 die Chance zur mehrjährigen Reise mit dem Vermessungsschiff *Beagle* bot.

Es wurde eine der folgenreichsten Expeditionen der Weltgeschichte, die das Bild des Lebens auf der Erde und das menschliche Selbstverständnis revolutionierte. Nach seiner Rückkehr schrieb Darwin mit *Die Fahrt der Beagle* seinen ersten Bestseller, in dem bereits die Keime der Evolutionstheorie zu entdecken sind. Mit den Reisewerken eines Forster und Humboldt zählt das Buch auch in literarischer Hinsicht zu den Meisterleistungen wissenschaftlicher Welt erkundung.

Darwin hatte sich auf seine Weltumsegelung praktisch und theoretisch gut vor-

bereitet. Er wusste nicht nur, wie man ein Mikroskop benutzt, sondern auch, wie man Vogelbälge und Krabben, Seeanemonen und Reptilien präpariert und konserviert. Sein Mentor, der Botaniker John Stevens Henslow, hatte ihm nebst Humboldts *Vom Orinoko zum Amazonas* auch Charles Lyells gerade erscheinende *Principles of Geology* mitgegeben – deren Fortsetzungen ließ Darwin sich nachschicken.

Sir Charles Lyell war für die Geologie, was Darwin für die Biowissenschaften werden sollte. Den gegenwärtigen Zustand der Welt sah er nicht als Folge eines einmaligen Schöpfungsaktes oder einer welterschütternden Katastrophe, die die Erde in Sintfluten hatten ertrinken lassen, sondern als Ergebnis der natürlichen Prozesse von Erosion und Sedimentbildung, von Erdbeben und Vulkanismus – als eine langfristige Folge von Aufbau, Zerstörung und Umgestaltung.

Darwin erwies sich als Lyells gelehrigster Schüler. Er entdeckte fossile Meeresmuscheln auf Bergen und beobachtete, wie in der Südsee winzige Seeorganismen Unterwassergebirge aus Korallen aufbauen. Als in Chile die Erde bebte, erfasste er intuitiv, dass der Mensch nur wenige Meilen festen Bodens unter seinen Füßen hat: »Die Erde, der Inbegriff von Festigkeit schlechthin, hat sich unter unseren Füßen bewegt wie eine dünne Kruste über Flüssigkeit – eine Sekunde der Zeit hat im Geist einen seltsamen Begriff von Unsicherheit geschaffen, wie ihn stundenlanges Nachdenken nicht erzeugt hätte.«

Besonders inspirierend war sein Besuch auf den vulkanischen Galapagos-Inseln: »Most of the organic productions are aboriginal creations, found nowhere else«, schrieb er – »we seem to be brought somewhat near to that great fact – that mystery of mysteries – the first appearance of new beings on this earth.« Auch wenn hier noch nicht von neuen Arten (»species«), sondern von neuen Wesen (»beings«) die Rede ist, deutet Darwins Formulierung »aboriginal crea-



tions« (»ursprüngliche Schöpfungen«) eher auf ein evolutionäres Prinzip als auf einen einmaligen Schöpfungsakt hin.

Viele solcher Einsichten hat der Reisende Darwin buchstäblich der Natur – Felswänden, Fossilien, Korallenriffen – abgelesen. So hat sich Jürgen Neffe anregen lassen, der Reiseroute Darwins zu folgen und dessen Theorien durch einschlägige Exkurse gleichsam vor Ort ausreifen zu lassen. Das bietet einen lebendig geschriebenen Einstieg, wobei Nefes eigene, im Magazin-Stil aufbereitete Reiseerlebnisse entbehrlich wären. Wenn eine archäologische Fundstelle »Daumenkino für die Fantasie« genannt wird, bleibt das hinter der Vorlage zurück, und Nefes Konzept, das Heranreifen des Schreibtischgelehrten Darwin im Rahmen des abenteuerlichen Reiseverlaufs zu erfassen, fördert ein irreführendes Bild wissenschaftlicher Entwicklung.

So interessant argentinische Gauchos, denen Neffe einigen Raum widmet, sein mögen – eine weniger abenteuerliche Teerunde im Hause Lyells, die er ebenfalls beschreibt, dürfte wissenschaftsgeschichtlich weitaus wirkungsmächtiger gewesen sein. Hier traf Darwin den Anatomen Richard Owen, eine bald maßgebende Gestalt im britischen Wissenschaftsbetrieb, der mit der Bestimmung der wichtigsten Fossilfunde der *Beagle*-Expedition glänzen konnte.

Mochte der heimgekehrte Charles Darwin äußerlich zu einem von Skrupeln und Magenbeschwerden geplagten Stubengelehrten und *Pater familias* mutieren, so war sein geistiges Leben aufregender als das des jungen Gentleman-Forschers. Er verfügte über sensationelle wissenschaftliche Schätze, deren geschickte Verteilung ihm einen Platz im Gelehrten-Establishment sicherte. Gleichzeitig ging er daran, mit der konsequenten Auswertung seiner Beute im Sinne der Evolutionstheorie die wissenschaftliche Welt in ihren Grundfesten zu erschüttern. Anders als sein ebenfalls weitgereister, doch längst nicht so etablierter Konkurrent Alfred Russell Wallace, der oft als

Opfer von Darwins Erfolg dargestellt worden ist, bereitete Darwin die Durchsetzung seiner Theorien diplomatisch vor, indem er sich einflussreiche Kollegen gewogen machte, Mitstreiter fand und sich gegen Gegner wappnete.

Darwins Briefe liefern nicht nur eindrucksvolle Einblicke in Gedankenwelt und Beziehungsgeflecht des Forschers, sie zeugen auch von den Anstrengungen, die nötig sind, um einen Paradigmenwechsel vorzubereiten. »... es ist wirklich schrecklich vorzeitig, ein résumé von einem unpublizierten Werk ohne gründliche Verweise zu geben«, klagte er im Mai 1856, als der Druck immer größer wurde, endlich seine Theorie zu publizieren, an der er nach eigenen Worten bereits seit achtzehn Jahren arbeitete.

Wenn Rilke über einen Dichter schrieb, dass er das Ungefähre hasste, so gilt das auch für den skrupulösen Forscher Charles Darwin. Ein schönes Beispiel zitiert Ernst Peter Fischer in seinem illustrierten *Großen Buch der Evolution*. Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage, ob Darwin Sozialdarwinist gewesen sei. Aus seiner Formel vom »Kampf ums Dasein« (*»struggle for existence«*) habe man geschlossen, das Leben sei ein ewiger Kampf aller gegen alle, in dem nur die Stärksten überlebten. Fischer zitiert Darwin hingegen mit einer Passage, die zeigt, dass sich der »struggle for existence« keineswegs gegen einen anderen richten muss: »Mit Recht kann man sagen, dass zwei hunderte Raubtiere in Zeiten des Mangels um Nahrung und Dasein kämpfen; aber man kann auch sagen, eine Pflanze kämpfe am Rande der Wüste ums Dasein, obwohl man das ebenso gut ausdrücken könnte: Sie hängt von der Feuchtigkeit ab.«

Nachdem der Mönch Gregor Mendel am 6. Januar 1884 gestorben war, wurden seine persönlichen und wissenschaftlichen Aufzeichnungen im Innenhof seines Klosters verbrannt – nicht aufgrund ihrer Anstößigkeit, eher aus Geringschätzung. Zwei Jahre zuvor war der am 19. April 1882 verstorbene Leugner der göttlichen Schöp-

fungsgeschichte Charles Darwin unter großer öffentlicher Anteilnahme in einem Ehrengrab der Westminster Abbey beige-  
setzt worden.

Der Vergleich der Schicksale Mendels und Darwins zeigt, dass es in der Wissenschaft nicht allein um den Exklusivitätsanspruch auf Theorien geht, sondern auch um deren Durchsetzung. Darwin war sich des Provokationsgehaltes seiner Lehre sowie der Schwierigkeiten, die ihm ihre Publikation bereiten würde, bewusst. »Wo auf dem Angesicht der Erde«, fragte er, »können wir einen Fleck finden, auf dem nähere Untersuchung nicht die Zeichen des endlosen Kreises der Veränderung entdecken wird, dem diese Erde unterworfen war, ist und sein wird?« Er selbst konnte die Veränderung maßgeblich befördern, weil er die Mittel und die Position dazu besaß, anders als Mendel, der zu Freunden gesagt haben soll: »Meine Zeit wird kommen.« Beide verbindet die Einsicht Darwins, die auch

der Auswahl seiner Briefe den Titel gab: »Nichts ist beständiger als der Wandel.«

*Charles Darwin: Die Fahrt der Beagle.* Marebuchverlag, Hamburg 2006, 672 S., € 39,90.

*Ders.: Über die Entstehung der Arten.* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2008, 560 S., € 49,90.

*Ders.: Nichts ist beständiger als der Wandel. Briefe 1822-1859.* Insel Verlag, Frankfurt/M. 2008, 412 S., € 36,00.

*Chris Buskes: Evolutionär denken. Darwins Einfluß auf unser Weltbild.* Primusverlag, Darmstadt 2008, 360 S., € 29,90.

*Sean B. Carroll: Evo Devo. Das neue Bild der Evolution.* Berlin University Press 2008, 318 S., € 44,90.

*Ernst Peter Fischer: Das große Buch der Evolution.* Fackelträger, Köln 2008, 416 S., € 39,95.

*Jürgen Neffe: Darwin. Das Abenteuer des Lebens.* C. Bertelsmann, München 2008, 526 S., € 22,95.

Volker Ullrich

## Das Rätsel Himmler

### Peter Longerichs Biografie des »Reichsführer SS«

*Es ist den Historikern immer schwergefallen, die blasse Persönlichkeit Himmlers mit der Ungeheuerlichkeit seiner Taten in Verbindung zu bringen. Und vielleicht ist das der Grund dafür, dass es – außer einigen Vorstudien amerikanischer Autoren – bislang keine umfassende Biografie des zweitmächtigsten Mannes nach Hitler gab. Die auffallende Lücke in der Literatur zum Nationalsozialismus schließt nun Peter Longerich mit seiner Biografie, die zweifellos zu den wichtigsten historischen Neuerscheinungen des letzten Buchherbstes zählt.*

#### Volker Ullrich

(\*1943) ist Historiker und Publizist; er leitet seit 1990 das Ressort Politisches Buch bei der Zeit in Hamburg.

ullrich@zeit.de



Ende Mai 1945 nahm eine britische Patrouille in der Nähe der norddeutschen Stadt Bremervörde einen kleinen, verdächtig wirkenden Mann in abgerissener Zivilkleidung fest, dessen Soldbuch ihn als Feldwebel Heinrich Hitzinger auswies. Es dauerte nur zwei Tage, bis die wahre Identität festgestellt war: Heinrich Himmler,

ehemaliger Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei. Die britischen Vernehmungsoffiziere wollten zunächst nicht glauben, dass ihnen mit diesem unscheinbaren Mann einer der meistgesuchten Verbrecher aus der Führungsriege des »Dritten Reiches« ins Netz gegangen war. Bevor sie Näheres in Erfahrung gebracht hatten, tötete sich Himmler durch die im Mund versteckte Zyankalikapsel.

Peter Longeric, Jahrgang 1955, einer der produktivsten und anregendsten deutschen Zeithistoriker, derzeit Lehrer für Geschichte am Royal Holloway-College der Universität London, hat sich nun dem »Rätsel Himmler« anzunähern versucht. Er hat zuvor ein Standardwerk zur Geschichte der SA geschrieben (*Die braunen Bataillone*, 1988), in minutiöser Recherche den Entscheidungsprozess rekonstruiert, der zur Ermordung der europäischen Juden führte (*Politik der Vernichtung*, 1998), und als erster Historiker die lange tabuisierte Frage untersucht, welche Kenntnis die Deutschen tatsächlich vom Holocaust hatten (*Davon haben wir nichts gewußt!*, 2006). Auch sein neues Buch zeichnet sich, wie die vorhergehenden, durch ein breites Quellenfundament und die seltene Kombination von analytischer Schärfe und anschaulicher Darstellung aus.

Besonders aufschlussreich ist das Großkapitel über den jungen Himmler. Der Versuchung, die monströsen Verbrechen des Reichsführers SS aus einer abnormen Persönlichkeitsbildung abzuleiten, ist Longeric nicht erlegen. Er zeigt: Nichts in Himmlers Kindheit und Jugend deutet bereits auf die spätere Karriere als Massenmörder hin. Der 1900 geborene Sohn eines Münchner Gymnasiallehrers wuchs vielmehr in einem wohlbehüteten, katholisch-bildungsbürgerlichen Milieu auf. Der Vater war nicht der tyrannische Despot, als den ihn Alfred Andersch in seiner autobiografischen Schulgeschichte (*Der Vater eines Mörders*, 1980) porträtiert hat. Die Erziehung im Hause Himmler war streng,

aber durchaus liebevoll. Heinrich Himmler bekam, wie seine beiden Brüder, eine gediegene humanistische Ausbildung; die Lehrer stellten dem strebsamen Schüler die besten Zeugnisse aus.

Doch der Erste Weltkrieg und vor allem die schwierigen Nachkriegsjahre bedeuteten einen Bruch. Longeric beschreibt Heinrich Himmler als einen typischen Vertreter der »Kriegsjugendgeneration« – zu jung, um selbst als Soldat an die Front geschickt zu werden, aber alt genug, um den Krieg als einschneidendes Erlebnis zu erfahren. Nachdem sich der Wunsch, Offizier zu werden, durch die militärische Niederlage und die Revolution von 1918 zerschlagen hatte, orientierte sich der körperlich schwächliche, ewig kränkelnde junge Mann am Leitbild des Soldaten. Im Umgang mit anderen eher gehemmt, lernte er, seine Unsicherheit hinter einem Schutzschirm aus Kühle, Härte und Sachlichkeit zu verbergen. »Sich selbst zu beherrschen und Affekte möglichst zu vermeiden, wurde ihm zur zweiten Natur.« Longeric sieht darin einen psychologischen Schlüssel für das spätere Verhalten des Reichsführers SS, der seinen Männern gegenüber von einem geradezu manischen Kontrollbedürfnis erfüllt war.

Allerdings macht der Autor deutlich, dass Himmlers Weg ins Lager der radikalen Rechten ohne den spezifischen Münchner Kontext kaum zu verstehen ist. Die bayerische Hauptstadt war in den frühen zwanziger Jahren ein Zentrum der Gegenrevolution. Schon früh engagierte sich der Student der Agrarwirtschaft in paramilitärischen Verbänden. Über das, was er damals las, hat Himmler genau Buch geführt, und Longeric nutzt diese Quelle, um die ideologische Entwicklung seines Protagonisten nachzuzeichnen. Am Ende stand ein geschlossenes völkisches Weltbild – ein krudes Gemisch aus Antisemitismus, Rassismus und Antimodernismus, angereichert mit okkulten Elementen und einer schwärmerischen Verklärung der Germanen.

Den Entschluss, seine berufliche Zukunft ganz mit der Partei Hitlers zu verknüpfen, fasste Himmler nach dem gescheiterten Putsch vom 9. November 1923. Longerich verfolgt die Stationen eines raschen Aufstiegs. Seine ersten Sporen verdiente sich Himmler als Landagitator der NSDAP in Niederbayern. 1926 berief ihn Gregor Strasser zum stellvertretenden Propagandaleiter in die Münchner Parteizentrale, 1929 wurde er mit der Führung der damals noch kleinen »Schutzstaffel« beauftragt – eine Position, die er für den Aufbau eines einzigartigen, ganz auf seine Person zugeschnittenen Machtkomplexes nutzte.

Himmler übernahm die SS zu einem Zeitpunkt, als die NSDAP und die ihr angegliederten Organisationen sich innerhalb kürzester Zeit zu einer Massenbewegung formierten. Sinnvollerweise weitet sich nun die Perspektive der Biografie aus: Die private Person tritt hinter der Funktion des Reichsführers SS zurück. In den Vordergrund rückt die Geschichte der SS, der Himmler in hohem Maße seinen persönlichen Stempel aufzuprägen vermochte. »Ohne den Mann an ihrer Spitze lässt sich diese heterogene, ständig expandierende und sich radikalisierte Organisation nicht umfassend erschließen.« Himmler profilierte die SS in Abgrenzung von der SA als eine Hitler ergebene, disziplinierte Eliteorganisation, die den Staatsterror auf geräuschlose, aber höchst effektive Weise praktizierte. Er stiftete den inneren Zusammenhalt seines »Ordens« durch einen spezifischen Kult und verordnete einen strengen Verhaltenskanon, dem sich die SS-Männer zu unterwerfen hatten. Interessant ist der Nachweis, dass er besonders solche Männer in seine Umgebung holte, die in berufliche Schwierigkeiten geraten waren und nun, vom Reichsführer SS aufgefangen, ihm um so bereitwilliger dienten.

Longerich korrigiert ein beliebtes Klischee: Himmler war keineswegs der pedantische, farblose Bürokrat, als den man ihn immer wieder bezeichnet hat. Außer

organisatorischen Fähigkeiten verfügte er über ein hohes Maß an Zähigkeit und Intelligenz, um sich im Machtgerangel gegen alle Konkurrenten durchzusetzen. Seine eigentliche Stärke bestand laut Longerich darin, Ideologie und Machtpolitik flexibel zu verbinden und für sein wachsendes SS-Imperium immer neue, auf die wechselnden Bedürfnisse des NS-Staates zugeschnittene Aufgabenfelder zu erschließen. So entwarf er, nachdem ihn Hitler 1936 auch noch zum Chef der Deutschen Polizei ernannt hatte, ein umfassendes Konzept für eine Verschmelzung von SS und Polizei zu einem »Staatsschutzkorps«, das präventiv gegen alle vermeintlichen Gefahren für »Volk und Rasse« vorgehen sollte.

Als das »Dritte Reich« Ende der 30er Jahre zur kriegerischen Expansion überging, eröffnete sich für Himmler eine weitere Dimension des Staatsterrors. In seiner neuen Funktion als »Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums« konnte er nun darangehen, mit Hilfe von SS und Polizei die eroberten Gebiete einer »völkischen Neuordnung« zu unterziehen. Sein Fernziel war die Schaffung eines »Großgermanischen Reiches«, wobei die Vertreibung, Versklavung und Vernichtung von Millionen »Fremdvölkischen« kühl einkalkuliert wurde. Mit dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion rückte die monströse rassistische Utopie in den Bereich des Realisierbaren.

In diesen Kontext ordnet Longerich auch den Mord an den europäischen Juden ein. Er sieht Himmler als die treibende Kraft, ohne die letztlich ausschlaggebende Rolle Hitlers in Frage zu stellen. Wiederholt griff der Reichsführer SS persönlich ein, um den in Gang gesetzten Massensmord an der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten voranzutreiben und ihn seit Frühjahr 1942 schrittweise auf alle europäischen Juden auszudehnen – immer in der gewissen Annahme, damit den Willen des Diktators zu exekutieren.

Die Kriegswende von 1942/43 entzog den Plänen vom »Großgermanischen Reich« die Grundlage. Doch das Mordenging weiter, und Himmler konnte seine Machtstellung sogar noch ausbauen. Im August 1943 wurde er zum Reichsinnenminister ernannt und nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 auch noch zum Chef des Ersatzheeres. Der immer wieder geäußerten Vermutung, dass er über die Vorbereitungen des Staatsstreiches informiert gewesen sei, aber bewusst nicht eingegriffen habe, tritt Longerich entgegen. Himmlers Schergen seien zwar die Aktivitäten der Widerständler nicht völlig verborgen geblieben, aber von einer Aufdeckung der Verschwörung seien sie im Juli 1944 weit entfernt gewesen.

Erst im Frühjahr 1945, als sich das Ende des »Dritten Reiches« näherte, sank auch Himmlers Stern. Sein Versuch, in letzter Minute einen Separatfrieden mit

den Westmächten anzubahnen, empfand Hitler als Verrat, und er verstieß Himmler aus der Partei und allen seinen Ämtern.

Peter Longerich hat die selbstgestellte Aufgabe, die schwer zugängliche Persönlichkeit Heinrich Himmlers und die Motive seines Handelns zu enträtseln, auf vorbildliche Weise erfüllt. Die Frage, warum gerade dieser Mann zu einem der fürchterlichsten Verbrecher der Weltgeschichte werden konnte, beantwortet er, indem er die Deutung der persönlichen Antriebe mit der Analyse der Strukturgesetze und Machtmechanismen des SS-Staates verschränkt. Gerade in dieser Verbindung von Biografie und Strukturgeschichte liegt die besondere Leistung seines Werkes, das der großen Hitler-Biografie von Ian Kershaw gleichrangig an die Seite zu stellen ist.

*Peter Longerich: Heinrich Himmler. Biografie. Siedler Verlag, München 2008, 1.014 S., € 39,95.*

*Rudolf Maresch*

## Rückkehr zum Wettkampf der Großmächte

### Robert Kagans Theorie der neuen Weltordnung

*Hat das Ende des Kalten Krieges eine neue Ära in der Menschheitsentwicklung eingeläutet? Oder sind die ehernen Gesetze von Geschichte und Politik, die Kämpfe um Einfluss, Ansehen und Rang, nach wie vor intakt? Werden Rivalität und Konkurrenz unter den großen Mächten auch das 21. Jahrhundert prägen? Oder gibt es Hoffnung auf eine Kantische Friedensordnung, in der sich die Weltmächte als gleichwertige Partner achten und ihr Handeln eher an Recht und Gesetz orientieren? Solchen Fragen geht Robert Kagan, der Theoretiker der amerikanischen Neokonservativen, in seinem neuen Buch nach.*

Es war Samuel Huntington, der schon bald, nachdem Francis Fukuyama die Losung vom *end of history* ausgegeben hatte, die Idee vom weltweiten Siegeszug der Demokratie ins Reich der Träume verwies. Trotz einer Vielzahl neuer Demokratien, die sich im Osten Europas konstituiert hatten, sah er neue Bruchlinien und Konflikte am



**Rudolf Maresch**

(\* 1954) ist Publizist, Kritiker und freier Autor.  
Lebt in Lappersdorf/Bayern.

mail@rudolf-maresch.de

Horizont aufsteigen, dort, wo unterschiedliche Kulturen aufeinanderprallten und sich unversöhnlich gegenüberstünden.

Die blutigen Ereignisse in Zentralasien, im Mittleren Osten oder am Kaukasus schienen ihm Recht zu geben. Die Geschichte hatte aber höchstens eine kleine Auszeit genommen. Diese »geopolitische Verschnaufpause«, so Robert Kagan, Kolumnist des *Wall Street Journal* und außenpolitischer Berater John McCains, vor fünf Jahren in seiner Streitschrift *Macht und Ohnmacht*, sei spätestens mit dem Angriff auf die Zwillingstürme passé. Die »neue Weltordnung«, die Fukuyama und Bush-Vater verkündet hatten, sei »Trugbild« geblieben. Die Erwartung, dass sich die Demokratie zwangsläufig durchsetzen werde, habe sich nicht erfüllt. Stattdessen sei das »Zeitalter der Geopolitik« zurückgekehrt und mit ihr jener »Großmachtnationalismus«, der schon das 19. und 20. Jahrhundert geprägt hat. Im Brennpunkt stün-

den wieder politische Interessen, die von Macht diktiert werden, und nicht Geoökonomie, Ideologieschwund und harmonischer Austausch unter den Nationen.

Den Grund dafür sieht Kagan im rasanten wirtschaftlichen Aufstieg, den Russland und China genommen haben. Er zwingt der liberalen Welt einen neuen Antagonismus »welthistorischen Ausmaßes« auf. So lautet die Kernthese seines neuen Essays *The Return of History and the End of Dreams*, dem der deutsche Verlag den irreführenden Titel *Die Demokratie und ihre Feinde* gegeben hat.

### Demokratie versus Autokratie

Nach der schlimmen Erfahrung, die es mit dem Wirtschaftsmodell der *Chicago Boys* gemacht hat, habe Putins Russland seine Liebe zum politischen Kurs des Westens wieder verloren und sich neuerlich dem Autokratismus verschrieben. Gestärkt durch die Milliarden aus dem Öl- und Gasgeschäft, sei das Land zu den Ambitionen einer Großmacht zurückgekehrt, die globale Interessen verfolge. Ähnliches gelte für das »Reich der Mitte«. Seitdem China den Turbokapitalismus als neues Aufbauprogramm entdeckt habe, baue es seine Wirtschaftsmacht und militärischen Ansprüche stetig aus. Selten habe sich eine Nation derart schwungvoll vom Zustand der Schwäche in einen Zustand der Stärke entwickelt wie China.

Der wirtschaftliche Höhenflug der beiden Mächte beweise, dass sich Wohlstand und Autokratie keinesfalls widersprechen müssten. Prosperität und Sicherheit lassen sich herstellen, ohne dass ein Land gezwungen sei, den Preis politischer Liberalisierung zu zahlen. Damit würde die alte, längst für überwunden gehaltene Rivalität zwischen Liberalismus und Absolutismus neu angeheizt. Sollten sich andere Länder die Erfolge Russlands und Chinas zum Vorbild nehmen, könnte das zu einem



globalen Wettbewerb führen, bei dem der Westen sein »Monopol auf den Globalisierungsprozess« gänzlich verlieren könnte.

Um sich für diese ideologische Auseinandersetzung zu wappnen, sollten sich laut Kagan die großen Demokratien dieser Welt zu einer machtvollen Allianz zusammenschließen. Ein solcher »Bund der Demokratien« sollte die UN ergänzen, aber nicht ersetzen. Was diese »Achse der Guten« allerdings bewirken könne, ob Länder wie Indien, Indonesien und Japan sich einer solchen US-geführten Liga anschließen und ob auch so zweifelhafte Demokratien wie Pakistan, Ägypten und Saudi-Arabien dazu gehören sollten, darüber schweigt sich der Machtpolitiker Kagan beharrlich aus.

### Von der Realität geküsst

Wer den politischen Weg des Autors kennt, den werden seine jetzige Haltung und Positionierung überraschen. Noch vor mehr als zehn Jahren hatte er, zusammen mit seinem neokonservativen Förderer Bill Kristol, in *Foreign Affairs* das genaue Gegenteil verkündet. Seinerzeit war er noch der Ansicht gewesen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die Welt grundlegend verändert habe. Die USA hatten eine globale Hegemonie erreicht wie einst nur »das alte Rom im Mittelmeerraum«. Die »Geopolitik«, deren Rückkehr Kagan nun feiert, hatte sich erledigt, weil die einzige Weltmacht aufgrund ihrer Stärke in der Lage war, alle »Monster dieser Welt« zu beseitigen oder in die Schranken zu weisen – im *Focus* nannte er damals »Bagdad und Belgrad, Pjöngjang und Beijing«. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, die nicht die Besonderheiten einer Kultur wiedergibt, sondern universale Geltung beansprucht, lieferte ihm die Berechtigung dafür.

Vom Dreiklang aus *Preemption*, *Regime Change* und Demokratie-Export, dem Kagan lange Zeit huldigte, lesen wir heute

nichts mehr. Während am Hindukusch und im Zweistromland Kriege toben und US-Soldaten sterben, ist der Machtanalytiker längst zu den Konfliktfeldern von morgen weitergezogen. Mit keiner Silbe geht er auf den Schlamassel ein, den die neokonservative Politik im Irak oder in Afghanistan angerichtet hat. Sowohl der Irak, den er noch 2003 als »historischen Pivot« bezeichnete, als auch der Irak-Feldzug, den er so leidenschaftlich gefordert und unterstützt hatte, werden konsequent ignoriert.

Das neokonservative Geschwätz von gestern interessiert ihn nicht mehr. Der Gipfelstürmer von einst ist ins Lager der politischen Realisten gewechselt. »Die Realisten«, liest man verwundert, »hätten ein wesentlich klareres Verständnis von der unverwechselbaren Natur des Menschen«. Als Gewährsleute für den Kampf gegen den neuen Autokratismus gelten jetzt Henry Morgenthau jr. und der Theologe Reinhold Niebuhr, aber auch Dean Acheson, der Vater der Truman-Doktrin und Architekt der US-Containmentpolitik.

Trotz aller politischen und militärischen Rückschläge bleiben die USA für Kagan auch weiterhin die »unverzichtbare Nation«. Einen chinesischen Strategen zitiert er mit dem Satz: »Wir leben in einer Welt, in der eine einzige Supermacht und mehrere Großmächte nebeneinander existieren.« Angesichts des Zerfalls der US-dominierten Finanzweltordnung ist das eine gewagte Behauptung. Der Rest der Welt sitzt längst nicht mehr, wie noch Acheson zu Beginn des Kalten Krieges formulieren konnte, »im Dienstwagen«, während die USA die »Lokomotive an der Spitze der Menschheit« bilden. Mit dem Börsencrash steht in Frage, ob die Weltmacht die Hoheit über den Globalisierungsprozess behalten kann und »die Sache Amerikas«, nach der Formulierung Benjamin Franklins, wirklich »die Sache der ganzen Menschheit« ist.

*Robert Kagan: Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung? Siedler Verlag, München 2008, 137 S., € 16,95.*

Annalisa Viviani

**Papst & Teufel****Neues aus den Archiven des Vatikans****Annalisa Viviani**

(\* 1949) ist freie Lektorin,  
Publizistin und Übersetzerin  
in München.



Viviani.AutorenEdition@gmx.de

Nicht erst seit Rolf Hochhuths *Der Stellvertreter* von 1963 gilt die Haltung des Vatikans zum Nationalsozialismus als zwieglig. An die 100.000 Aktenbündel aus seinen geheimen Archiven machte der Heilige Stuhl 2003 und 2006 der Forschung erstmals zugänglich. Sie decken die Zeit von 1922 bis 1939, also das Pontifikat Pius' XI., ab und enthüllen bereits viel über den Mann, der ihm als Pius XII. auf dem Stuhl Petri nachfolgen sollte. Denn Eugenio Pacelli war von 1917 bis 1929 Nuntius in Deutschland und als Kardinalstaatssekretär die rechte Hand des Kirchenoberhauptes gewesen.

Der Münsteraner Kirchenhistoriker Hubert Wolf hat seit 2003 in den Vatikanischen Archiven recherchiert und legt in seinem Buch *Papst & Teufel* seine bisherigen Forschungsergebnisse vor. Wolfs Buch ist keine Fortsetzung der Fantastereien des Thrillerautors Dan Brown, der im Jahr 2000 mit seinem Roman *Illuminati* und seinen vermeintlichen Enthüllungen über die Vatikanischen Archive weltweit für Furore sorgte. Als seriöser Wissenschaftler wertet Wolf die Akten aus den Jahren 1922 bis 1939 aus, die bereits Aufschluss über die diplomatische Tätigkeit von Eugenio Pacelli geben.

Schon der Titel des Buches weist auf die Spannung hin, die Wolf als kennzeichnend für das Verhältnis des Heiligen Stuhls zum

totalitären Naziregime hält. Der Vertrag zwischen dem Vatikan und dem »Dritten Reich« – das Reichskonkordat – war für Hitler der erste große außenpolitische Erfolg, für Papst Pius XI. ein Schutz der katholischen Kirche vor dem Nationalsozialismus. Am 20. Juli 1933 in Rom unterzeichnet, regelt das Konkordat bis heute das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Deutschland. Und bis heute, so Hubert Wolf, gilt es vielen als »Pakt des Papstes mit dem Teufel«. Vor der Weltöffentlichkeit sollte ein völkerrechtlicher Vertrag die Kompromissbereitschaft Hitlers dokumentieren und den Verdacht der Kirchenfeindlichkeit des Regimes widerlegen. Dem Vatikan erschien dieser Weg als die einzige Möglichkeit, den Status der katholischen Kirche als öffentliche Einrichtung im Deutschen Reich zu erhalten. Wie aus den jetzt zugänglichen Quellen hervorgeht, sprach Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli als Verhandlungsführer von einer »Pistole«, die gegen seinen Kopf gerichtet gewesen sei.

Wolf geht es nicht um das Schweigen Pius' XII. zur Judenvernichtung. Die Gründe dafür werden erst vollends aufgedeckt werden, wenn der Vatikan auch seine Archive für die Kriegszeit öffnen wird. Ihm geht es vielmehr darum, eine Wissenschaftskontroverse zu führen, die auch in ökumenischer Hinsicht relevant ist. Viele sehen Eugenio Pacelli, der sich lange um einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen der römischen Kurie und dem Deutschen Reich bemüht hatte, als Drahtzieher hinter dem Konkordat, das der Vatikan nach relativ kurzen Verhandlungen am 20. Juli 1933 unterzeichnete. War es eine Begünstigung des Nationalsozialismus?

Hubert Wolf beweist anhand seiner Archivstudien, dass in vielen Fällen zu Un-

recht Vorwürfe gegen die katholische Kirche und Pacelli erhoben wurden, da die Akten dokumentieren, wie im Vatikan gerungen wurde, um in ethischer Verantwortung mit dem Nationalsozialismus umzugehen. Er zeigt, dass der »Diplomat« Pacelli keine Kontrolle über die deutschen Bischöfe hatte. Denn diese, vornehmlich um das eigene Wohl besorgt, setzten 1933 auf Verhandlungen mit den neuen Machthabern und ebneten durch leichtfertiges Vertrauen auf Hitlers Zusagen den Weg für das Konkordat. Pacelli habe wählen müssen zwischen einem Vertrag zu den von Hitler auferlegten Bedingungen und der »praktischen Ausschaltung der katholischen Kirche im ›Dritten Reich«.

Eine jahrzehntelange Forschungskontroverse drehte sich um die These, für das Konkordat habe die katholische Kirche mit der Zustimmung der *Zentrumspartei* zu Hitlers Ermächtigungsgesetz und der Selbstauflösung der Partei am 5. Juli 1933 bezahlt – letztlich auf Betreiben Roms.

Diese Annahme kann heute eindeutig als widerlegt gelten. Die Archivadokumente bestätigen, dass die Entscheidungen allesamt in Deutschland gefallen sind. Pacelli etwa sagte in einem vertraulichen Gespräch, er habe von der Auflösung des »Zentrums« erst »aus der Zeitung erfahren«. Im Übrigen schadete diese Entwicklung den Konkordatsverhandlungen eher, als dass sie ihnen nützte. Denn für Rom entfiel damit ein entscheidendes Druckmittel. Dementsprechend unscharf blieb, welche katholischen Verbände laut Konkordat genau unter den Schutz der »religiösen Sphäre« fallen sollten – für die Nazis später eine Gelegenheit, den Vertragstext eigenmächtig auszulegen.

Hubert Wolf vermag es, nüchtern und spannend zugleich, erstmals die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Philosemiten und Antisemiten, Diplomaten und Fundamentalisten, den Bischöfen vor Ort und der Kurie in Rom vor Augen zu führen. Warum kam Alfred Rosenbergs *Der*

*Mythos des 20. Jahrhunderts*, das Buch eines der größten Ideologen des Nationalsozialismus, auf den Index, hingegen Hitlers *Mein Kampf* nicht? Warum schwing der Heilige Stuhl zur Judenverfolgung? Wolf ereifert sich zwar an keiner Stelle des Buches für die katholische Kirche, räumt sogar ein, dass es »unbestreitbar auch einen christlichen beziehungsweise katholischen Antisemitismus« gegeben habe, wehrt sich aber entschieden gegen Daniel Goldhagens Vorwurf, die katholische Kirche sei samt und sonders antisemitisch eingestellt gewesen.

Ausführlich geht der Kirchenhistoriker auf die mutigen Protestpredigten des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen ein, der öffentlich gegen die Tötung »lebensunwerten Lebens« auftrat. Sowohl Pius XI. als auch Pius XII. seien aber »als obersten Hirten aller Katholiken auf der ganzen Welt« die Hände gebunden gewesen. Trotz der Verurteilung des Antisemitismus habe der Vatikan gezaudert, wenn es um die Bitte Verfolgter ging, den antijüdischen Terror lautstark zu verurteilen. Als

Beispiel für die »tragische Hilflosigkeit« der katholischen Kirche führt Wolf die getaufte Jüdin und Karmeliterin Edith Stein an, die Anfang April 1933 in einem ergreifenden Brief Papst Pius XI. gebeten hatte, mit einer Enzyklika gegen die Judenverfolgung einzuschreiten. Doch der Vatikan verharrte in Schweigen. Im Juli 1942 protestierten offiziell die niederländischen Bischöfe in einem Hirtenbrief gegen die Deportation der Juden – und taten genau das, was Edith Stein schon beinahe ein Jahrzehnt zuvor vom Oberhaupt der Kirche vergeblich erbeten hatte. Die Nazis deportierten daraufhin die getauften Juden – unter ihnen Edith Stein – in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und schickten sie ins Gas.

Ein kritisches, unideologisches, spannend geschriebenes Buch, das Einblick in die Hintergründe der Entscheidungen und diplomatischen Manöver der katholischen Kirche im Nationalsozialismus gewährt.

*Hubert Wolf: Papst & Teufel. Die Archive des Vatikans und das Dritte Reich. Verlag C. H. Beck, München 2008, 360 S., € 24,90.*

*Gespräch mit Josef Heinrich Darchinger*

## »Der richtige Fotograf in der Nähe«

*Josef H. Darchinger ist ein Fotograf, der das Gesicht der Bonner Republik über viele Jahrzehnte geprägt hat. Kürzlich übergab er dem Archiv der Sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung sein gesamtes Fotoarchiv. In diesem Januar ist in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin die Ausstellung »Helmut Schmidt – Kanzlerjahre. Fotografiert von Jupp Darchinger« zu sehen. 2008 erschien dazu beim J.H.W. Dietz Verlag ein Bildband. Das Gespräch führten Thomas Meyer und Sonja Thränert.*

**NG/FH:** Herr Darchinger, das Verhältnis zwischen Bild und Text hat sich in den letzten Jahren sehr verändert, die politischen Botschaften werden heutzutage stark über Bilder transportiert. Wie hat sich die Rolle des Bildes geändert? Wären sie lieber heute Fotograf als vor 30 Jahren?

**Darchinger:** Nun ja, ich bin Kind meiner Zeit und es ist verständlich, dass ich die Praktiken und die Möglichkeiten meiner Zeit lieber beschreibe als das, was heute gemacht wird.

Ein kleines Beispiel: Vor wenigen Tagen war ich in Mainz eingeladen zu einer

Podiumsdiskussion beim *Südwestfunk*. Der Gegenstand der Diskussion war die Ausstellung »Rückblick 2008« in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin. Der Redakteur hatte mich eingangs gebeten nachzusehen, ob es ein Bild gäbe, das ich am ausdrucksstärksten fände, um dann darüber zu sprechen. Aber ich habe ihm gesagt: Tut mir leid, ich habe nichts gefunden. Meine Begründung: Es waren sicherlich einige ganz originelle Bilder dabei. Interessant wären sie, wenn sie aus dem politischen Wissen und Können des Fotografen entstanden wären. Aber alle Fotos waren von Presseagentur-Fotografen. Diese Fotografen waren keine Freiberufler wie ich, die nicht nur das Bild, sondern auch den Inhalt bestimmen mussten, um es später vermarkten zu können – das war nicht so einfach, man musste schon auf Ideen kommen.

In der Ausstellung war außerdem kein einziges Schwarz-Weiß-Bild dabei. Farbe verklärt die Bilder schon von vornherein, sie geben eine zusätzliche Nachricht gegenüber dem Schwarz-Weiß-Foto: eben die Farbe. Der Nachrichtenwert dieser Presseagenturfotos war eigentlich nicht so hoch, weil der wirkliche Könnler, der die Sache beherrschen muss, nicht dahinter saß. Die Fotografen werden irgendwo hingeschickt, zu einem Ereignis ins Ausland und anderswo, fotografieren da die dramatischsten Bilder, die man überhaupt kennt: Krieg, Blut, soziales Elend. Alles das vermarktet sich natürlich besonders gut.

Zu meiner Zeit war der Markt enger. Wir mussten uns hier mehr oder weniger mit dem befassen, was der Alltag bot, und das war eine Menge. Zumal es nicht so viele Abnehmer gab für das Bildmaterial, wie zur heutigen Zeit. Farbfotos druckte damals in den 60er Jahren oder bis in die 70er Jahre hinein kaum jemand, das war viel zu teuer, viel zu langsam und zu umständlich. Farbdruck war allenfalls für Monats- oder Wochenhefte möglich: Der *Stern* erschien dann als erster farbig, aber

die Tagespresse konnte zu der Zeit keine Farbe drucken. *Der Spiegel* wurde erst nach 1995 farbig.

**NG/FH:** Sie haben sehr viele Politikerporträts gemacht. Haben Sie den Eindruck, dass es in erster Linie darum geht, die Persönlichkeit einem Publikum bekannt zu machen, oder sind es auch direkt politische Botschaften, die mit ihren Bildern transportiert werden?

**Darchinger:** Es geht natürlich um die Persönlichkeit im interessanten Foto. Ich rede jetzt von Fotos, die für politische Plakate zu Wahlkampfzeiten gemacht wurden, also Werbefotos im übertragenen Sinne. In den 50er/60er Jahren wurden alle Bun-

destagsabgeordneten fotografiert, und das natürlich in Schwarz-Weiß. Um hier ein interessantes Foto hinzubekommen, mussten Sie schon ein guter Fotograf sein. Und das ist mir schon sehr früh gelungen, beispielsweise bei den SPD-Plakaten. Es gab nur wenige Leute, die in Schwarz-Weiß so ausdrucksvoll fotografieren konnten.

Aber Ihre Frage war, ob mit den Bildern eine politische Nachricht transportiert werden soll: in diesem unmittelbaren Sinne nicht. Das ist schon sehr schwierig. Einzig, wenn man das politisch nennen will, wäre Helmut Schmidt mit seiner Marinemütze, dem blauen Mantel und roten Schal zu nennen. Durch diese Anmutung kam schon eine gewisse Arbeiternähe zum Ausdruck. Aber ob das nun wirklich bewusst gewollt war oder sich so ergab, möchte ich heute nicht beschwören. Der Grundsatz für die Wahlplakat-

Fotos war jedenfalls nicht, die Kandidaten abzubilden mit der Pfeife und zerschundenen Händen, damit man sie als Standesvertreter der proletarischen Partei erkennt.

So betrachtet, waren die Bundestagsabgeordneten eigentlich schon immer ein bisschen elitär und hoben sich von der allgemeinen Linie ab. Doch ich habe immer versucht, die Menschen so darzustellen, dass sie sympathisch wirkten, dass die Betrachter, die möglichen Wähler, immer wieder das Empfinden hatten, sich mit dieser Person identifizieren zu können. Es ging also darum, auch Leute mit einem nicht besonders aussagekräftigen Impetus oder Gesicht als Vertreter der Arbeiterschaft darzustellen. Dabei musste man hier und da schon ein wenig nachhelfen, und das habe ich auch kräftig getan. Ich wollte schon kernige Leute fotografieren.



**NG/FH:** Sie haben in den 60er/70er Jahren sehr viele sozialdemokratische Persönlichkeiten in Bildern festgehalten. Besonders gut in Erinnerung sind die charakterstarken Fotos, die Sie von Willy Brandt und Helmut Schmidt gemacht haben. Gerade ist ihr neues Buch über Helmut Schmidt erschienen, der über sie gesagt hat: »Darchinger ist der Beste«.

**Darchinger:** So ist es, das soll er einmal gesagt haben. Ich glaube, es war Friedrich Nowotny, der gesagt hat: »Wer von Darchinger fotografiert wird, der wird was«. Und das habe ich wirklich sehr oft bestätigt bekommen. Ich habe noch gut eine Begeg-

die SPD bekommen. Sie war für mich in den Anfangsjahren 1951, 52 ein wichtiges Standbein, ich habe da meine ersten Großen verdienen können.

**NG/FH:** Haben sie im Verlaufe ihres Fotografenlebens den Eindruck gewonnen, dass Bilder letzten Endes immer die Wahrheit sagen, oder kann man mit Bildern lügen? Als Politiker vor allen Dingen.

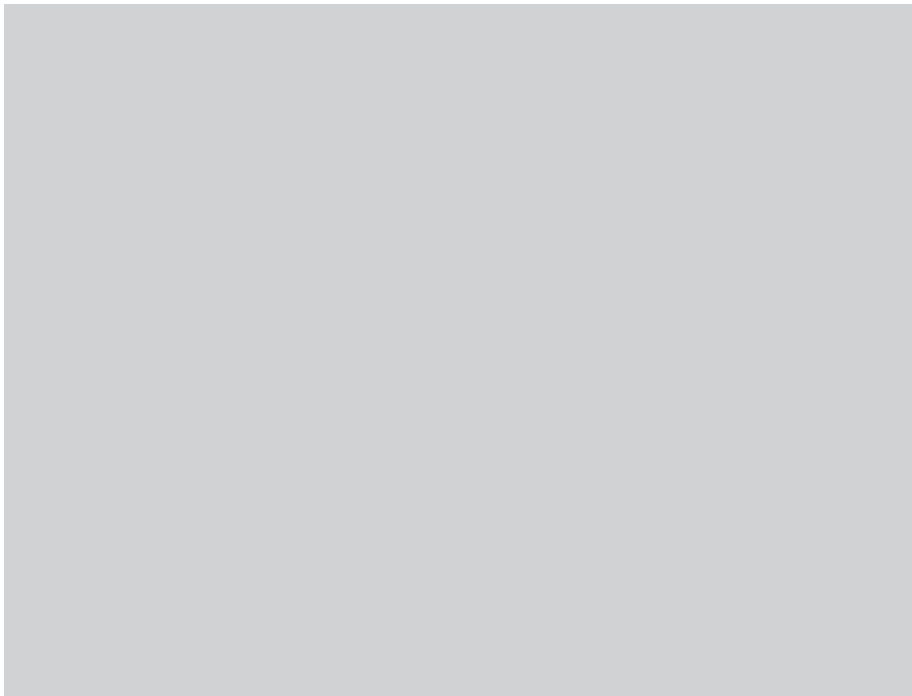
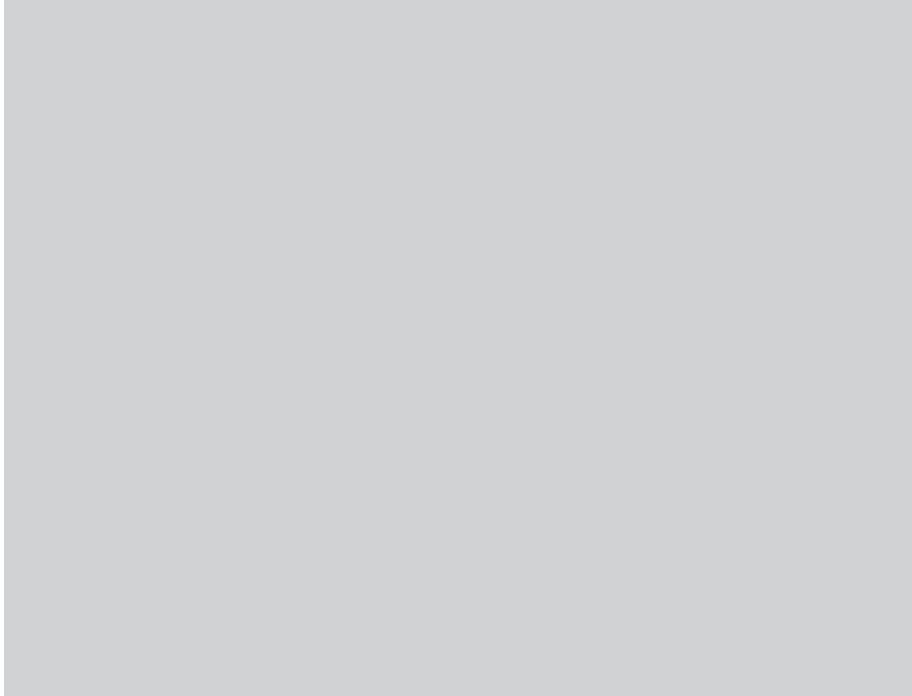
**Darchinger:** Hierzu gibt es keine klare Antwort, die Zeiten haben sich verändert. Die Fotografie ist eine andere geworden, sie ist heute die digitale Fotografie. In der digitalen Fotografie sind Dinge möglich, da ver-

**» Fotos sind nicht mehr die reine Wahrheit. Das war zu meiner Zeit anders. Ein Bild zu verändern, war viel zu kompliziert. Es wäre auch gegen die Berufsehre gegangen. «**

nung in Erinnerung, als ich in Rom Kardinal Ratzinger porträtiert habe, er war damals noch Kurienkardinal und oberster Beamter im Vatikan. Zum Abschluss der Begegnung habe ich ihm gesagt: Wissen sie, Herr Dr. Ratzinger, sie werden mal Papst. Dies hat er natürlich von sich gewiesen – aber siehe da, an dem Spruch war doch etwas dran.

Habe ich viele SPD-Politiker fotografiert? Eigentlich habe ich quer durch die Parteien fotografiert. Aber die SPD war immer klug genug, einen Fotografen sehr stark an sich zu binden. Außerdem hatte die SPD an die 50 Zeitungen und Druckhäuser und eine gewaltige nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Kraft. In Berlin war das große Druckhaus Grunewald des *Tagesspiegel*. Und der SPD-Parteivorstand, das habe ich später in altem Fotomaterial erkennen können, besaß schon sehr früh ein Fotoarchiv, und dann auch eine eigene Werbeabteilung. Das hatte keine andere Partei, außer der KPD, möglicherweise. Und in diesen Apparat bin ich hier in Bonn ein bisschen mit hineingerutscht. Ich habe viele Aufträge für

schlägt es einem den Atem. Wir – meine Söhne, die auch Fotografen sind, und ich – wollen die Menschen nicht verändert darstellen, sondern so, wie sie sind – gerne von ihrer besten Seite, aber nicht bis zur Unkenntlichkeit verschönert und idealisiert. Heute können Sie ja keinem Foto mehr trauen, in wie weit das überhaupt noch mit der sichtbaren Wirklichkeit zu tun hat, die mal fotografiert wurde. Zwar ist das professionell und dadurch auch legitim, aber es gibt heute keine Zeitungsanzeige mehr, in der das wirkliche Foto noch unverändert zu sehen wäre. Fotos sind in dem Moment nicht mehr die reine Wahrheit. Das war zu meiner Zeit anders. Ein Bild zu verändern, war viel zu kompliziert. Es wäre auch gegen die Berufsehre gegangen. Es war mühsame Handarbeit, das musste alles mit Rasierklinge und Haarpinselchen geschnitzelt und geschnipselt werden. Es gab den Beruf des Retoucheurs, aber der hatte eigentlich andere Aufgaben. Er veränderte die Bilder nur im technischen Sinne, indem er einfach Schattenpartien mit seiner Spritzpistole ein bisschen heller machte und Konturen verstärkte.



**NG/FH:** Sie haben Ollenhauer und Brandt intensiv fotografiert. Wie wichtig war die persönliche Beziehung zu diesen Politikern? Stimmt es eigentlich, dass mit Willy Brandt erst das Bewusstsein für den Stellenwert von Fotos in die Politik hineingekommen ist, und das Selbstbewusstsein der Politiker, diese für sich zu nutzen? Würde es von anderen vorher gar nicht erkannt, wie wichtig Fotos sind?

**Darchinger:** Das wusste man schon seit langem sehr gut. Die optische Präsentation von Kaiser Wilhelm II. war in beneidenswerter Weise professionell. Man weiß auch, dass Hitler sich jedes Foto von seiner Person vorlegen ließ und hinsichtlich seiner Wirkung auf die Betrachter zensierte. Nach dem Ende der Tyrannei wurden auch in dieser Beziehung die Zähler erst mal zurückgesetzt. – Im Bundestagswahlkampf 1957 plakatierte die CDU farbige Gemälde ihrer Spitzenpolitiker, sehr schön und stark idealisiert. Für Ludwig Erhard brachte das einen Popularitätsschub. Ollenhauer war sich vielleicht noch nicht der Möglichkeiten bewusst, die in einem guten Foto stecken, obwohl er schon wusste, wie man sich anstellen muss. Aber es gibt beispielsweise hervorragende Fotos schon von Hilferding oder von anderen Politikern der Weimarer Republik. Das war gekonnte Fotografie und es war auch gekonntes Posieren – die Leute wussten, wie es geht. Nur konnte man das Foto damals nicht so umsetzen wie das heute möglich ist. Aber das Medium verlangt natürlich auch passende Protagonisten. Bismarck hatte eine Fistelstimme und wäre in Zeitalter des Radios beim Publikum durchgefallen. Für's Visuelle ist es schon ein Vorteil, wenn man gut aussieht und sicher auftritt. Man kennt Fälle, dass Schauspieler, Gaukler und Musikanten allein durch Medienkompetenz hohe politische Ämter gewonnen haben. Paradoxerweise machen aber zu viel Schönheit und Gewandtheit verdächtig.

**NG/FH:** Aber Willy Brandt hatte schon ein starkes Foto-Selbstbewusstsein.

**Darchinger:** Wenn man diesen Begriff benutzen will: ja, Ich hatte zu Willy Brandt einen guten Bezug hinsichtlich der fotografischen Wirkung. Er wusste es, instinktiv und auch ganz bewusst. Wenn ich während einer großen Kundgebung in sein Blickfeld kam, dann ging seine Gestik in meine Richtung. Dadurch gab es sehr viele hervorragende Willy-Brandt-Fotos. Aber das ist auch eine Sache, die nicht so von ungefähr kommt, sondern dies hatte etwas mit dem gegenseitigen Empfinden, dem gegenseitigen Gespür zu tun. Er war ein sehr feinfühlig, sensibler Typ und ich nehme für mich in Anspruch, auch nicht ganz kontaktfreudig zu sein. Helmut Schmidt ist auch ein hoch sensibler Mann, wenn auch in einer etwas raueren Schale. Er konnte es auch, das kann ich ihnen sagen: Er wusste schon, wie er sich darzustellen hatte, wenn der richtige Fotograf in seiner Nähe war. Das Medium für den eigenen Vorteil zu nutzen, indem man auf die Bedürfnisse des Medienmenschen eingeht: das haben kluge Politiker ganz bewusst gemacht, und das war auch gut so.

Aber diese einfühlsame Zusammenarbeit zwischen den Politikern und ihren Fotografen, das gibt es heute nicht mehr. Die Distanz ist zu groß, die Freizügigkeit zu stark eingeschränkt und reglementiert. Wichtig ist eben, dass man an die Politiker mit einem Vertrauensvorschuss heran kann und ihnen näher kommt und sie dann auch auf die Fotografen eingehen. Das gibt es nicht mehr, und darum ist diese Art von politischer Fotografie in der Tradition von Erich Salomon zu Ende.

*Helmut Schmidt. Fotografiert von Jupp Darchinger. J.H.W. Dietz Nachf. Verlag, Bonn 2008, 431 S., € 34,00.*

*Josef Heinrich Darchinger: Wirtschaftswunder. Deutschland nach dem Krieg 1952-1967. Taschen Verlag, Köln 2008, 285 S., € 29,99.*

Uli Schöler

## Linksintellektuelle in der Nachkriegsperiode

**Uli Schöler**

(\* 1953) Jurist und Politikwissenschaftler, ist Privatdozent am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und Mitherausgeber der Gesammelten Schriften Wolfgang Abendroths. Er arbeitet als Abteilungsleiter für Wissenschaft und Außenbeziehungen im Deutschen Bundestag.  
ulrich.schoeler@bundestag.de



Die SPD sei das einzig verbliebene Sammelbecken für alle ehrlichen Sozialisten – so schrieb im Februar 1947 der spätere Vorsitzende der *IG Metall* Otto Brenner an seinen noch im US-amerikanischen Exil verweilenden ehemaligen SAP-Genossen Joseph Lang. Er drückte damit eine Grundüberzeugung und -entscheidung aus, die für viele derjenigen zutraf, die sich seit dem Ende der 20er Jahre und in den Jahren des Widerstands bzw. Exils so energisch, ermüdend wie erfolglos gegen den mörderischen »Bruderkampf« zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gestemmt hatten. Die dogmatischen Starrheiten der beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung hatten sie in die Klein- oder Zwischengruppen, wie sie genannt wurden, getrieben: SAP, KPO, ISK, *Leninbund*, *Rote Kämpfer*, *Revolutionäre Sozialisten* oder *Neu Beginnen*. Diese Zersplitterung sollte nun ein Ende haben, in der Nachkriegsgesellschaft nicht wieder aufleben. Die kurz blühenden Hoffnungen auf eine neue Einheit der Arbeiterbewegung waren 1947 allerdings bereits verfliegen. Denn nun, so Brenner in seinem Brief, identifiziere sich die »Einheit« plötzlich als Ost-Orientierung, und damit, mit der dort zu beobachtenden Politik, habe sie zur Farce werden müssen.

Den hier beschriebenen Weg nahm auch eine ganze Reihe aus diesen Zwischengruppen stammender linker Intellektueller, deren Wege sich in den kommenden Jahrzehnten immer wieder und auf unter-

schiedlichste Weise kreuzen sollten. Wenn ich hier zunächst auf Richard Löwenthal verweise, so hat dies zwei Gründe: Zum einen liefert er bereits 1947 mit seiner unter dem Pseudonym Paul Sering veröffentlichten Schrift *Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung* so etwas wie ein Gründungsdokument für einen erneuerten westdeutschen Linkssozialismus. Zum anderen ist Löwenthal jedoch derjenige am Rande der hier behandelten Gruppe, der sich später am weitesten von seinen kommunistischen und linkssozialistischen Wurzeln entfernen sollte. Gegengelesen wurde die genannte Schrift noch im Londoner Exil von Wolfgang Abendroth, der Löwenthal bereits aus der Kommunistischen Studentenfraktion der 20er Jahre kannte und wie dieser über KPO und Widerstandsarbeit bei *Neu Beginnen* zur SPD gestoßen war.

### Linkssozialistische Denker zwischen den Fronten

Während Löwenthal bis in die 50er Jahre in London verblieb, holte Abendroth in der SBZ seine juristischen Abschlüsse nach und musste schließlich – da er nicht der SED, sondern der SPD angehörte – vor dem Zugriff des sowjetischen Geheimdienstes in den Westen fliehen. Eine Professur an der FU Berlin schlug er aus, kehrte nach Marburg ins heimatliche Hessen zurück. Die Fluchterfahrung teilte er wiederum mit Leo Kofler. Der in der heutigen Ukraine gebürtige (Geschichts-)Philosoph, der seine politische Sozialisation im austromarxistischen Wien bei Max Adler genossen hatte, vertraute zunächst den Sirenenklängen der in der SED verwirklichten »Einheit« und schloss sich ihr an, erhielt eine Professur in Halle. Mit seinem undog-

matischen Marxismus verfiel er allerdings bald bei den SED-Parteioberen in Ungnade und floh nach Köln, wo er sich ebenfalls der SPD anschloss. Anders als Abendroth, der sich mehrfach für ihn darum bemühte, war Kofler allerdings im Westen keine Universitätslaufbahn vergönnt. Von der KPD in die Gruppe *Neu Beginnen* – das war auch der Weg des jungen Ossip K. Flechtheim. Ins Exil gedrängt schlug er sich über Genf in die USA durch, wo er unter prekären Verhältnissen lehrend und forschend tätig werden konnte. Anfang der 50er Jahre gelang ihm die Rückkehr nach Deutschland auf eine Professur an der FU Berlin, an dessen Otto-Suhr-Institut Löwenthal später sein Kollege wurde.

Der jüngste (1911 geboren) in der hier beschriebenen Gruppe ist Fritz Lamm. Wenn man nach einem »Prototyp« des *organischen Intellektuellen* im Sinne Gramscis sucht, dann trifft es auf ihn sicherlich zu. Aus der jüdischen Jugendbewegung kommend schloss er sich 1930 der SPD an, wurde aber unter tätiger Mithilfe Erich Ollenhauers wegen »Radikalisierung der Jugend anhand der Schriften von Marx und Engels« schon bald wieder ausgeschlossen und anschließend Mitglied der SAP. Sein beschwerlicher Weg des Exils führte über die Schweiz, Österreich, Tschechoslowakei und Frankreich schließlich nach Kuba, wo er sich sein Geld als Diamantenschleifer verdiente. Sein berufliches Leben im Nachkriegsdeutschland verbrachte er als Angestellter und Betriebsrat bei der *Stuttgarter Zeitung*. Als ihm, dem Nichtakademiker, die Debatten seiner Partei, der SPD, zu brav und eng wurden, gründete er mit den *Thomas-Münzer-Briefen* und den *Funken* die ersten Diskussionsorgane für eine kritische Linke in der Nachkriegssozialdemokratie.

Anhand der Lebenswege Abendroths, Flechtheims, Koflers und Lamms, zu denen jetzt eine Reihe äußerst instruktiver Biografien vorliegt, lässt sich bei aller Unterschiedlichkeit geradezu paradigma-

tisch das Schicksal des »Linkssozialismus« in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgen. In der SBZ bzw. der DDR des parteioffiziellen Marxismus-Leninismus gab es für sie weder politisch noch intellektuell einen Platz. So setzten sie, der eine mit mehr, der andere mit weniger großen Hoffnungen, auf eine politische Perspektive in und mit der SPD. Mit dem offiziellen Kurs ihrer Partei gerieten sie in Fragen wie Wiederbewaffnung und Notstandsgesetze jedoch bereits in den 50er Jahren zunehmend in Konflikt. Über weitere Zeitschriftenprojekte wie u.a. die *Sozialistische Politik* (SoPo) oder die *Andere Zeitung* entstand so ein neues, durchaus heterogenes Geflecht linkssozialistischer Fraktionen und Gruppen, die sich um die verschiedenen Zeitschriftenprojekte scharten. Ihr mühseliger, manchmal verzweifelter und vielfach auch ans Sektiererische grenzende Kampf um politischen Einfluss in und außerhalb der SPD im restaurativen Klima der Adenauer-Ära wird jetzt erstmals in einer Monographie von Gregor Kritisidis kenntnisreich nachgezeichnet.

### **Enttäuschung und Bruch**

Die programmatische Neujustierung der SPD durch das Godesberger Programm von 1959 dürfte für alle vier Genannten eine dramatische Desillusionierung und Enttäuschung bedeutet haben – nicht so sehr wegen des Versuchs einer Neuausrichtung als Volkspartei zur Gewinnung neuer Anhänger- und Wählerschichten als wegen des Verzichts auf eine radikale, an Marx orientierte, die Krisenhaftigkeit einer kapitalistischen Ökonomie in Rechnung stellenden Wirklichkeitsanalyse als Grundlage der eigenen Politik. Den endgültigen Bruch markierte wenig später die Auseinandersetzung um den SDS, in dessen Folge Abendroth, Flechtheim und später auch

Lamm aus der SPD ausgeschlossen wurden. Leo Kofler verhielt sich – zumindest nach außen – in dieser Auseinandersetzung eher indifferent. Politische Arbeit im Sinne von Partearbeit war aber auch nie wirklich seine Sache gewesen.

Dass man politische Probleme nicht durch Ausschlüsse »lösen« kann, sollte die SPD bald erfahren. Alle hier Genannten gehörten bald zu den wichtigsten intellektuellen Mentoren der sog. »Neuen Linken« und der Studentenbewegung der späten 60er Jahre. Längere Zeit wirkten sie noch gemeinsam im Umfeld des Offenbacher »Sozialistischen Büros«, später sollten sich die Wege stärker trennen. Abendroth blieb seinem auf die Arbeiterbewegung zielenden Marxismusverständnis verhaftet, wurde zum intellektuellen Anreger für mehrere Generationen junger Gewerkschafter und Mitglieder von Jugend- und Studentenverbänden von SPD und DKP. Gewerkschafts- und Naturfreundejugend – das sind wiederum die Organisationen, auf die sich die unermüdliche Bildungsarbeit Fritz Lamms konzentrierte. Flechtheim öffnete sich stärker neuen Fragestellungen wie der Ökologie und der Zukunftsforschung, wurde auf seine »alten Tage« sogar noch einmal bei den Grün-Alternativen in Berlin politisch aktiv. Und Leo Kofler blieb das, was er am ehesten war: ein intellektueller Einzelgänger, der gleichwohl nie ganz die Beziehung zu den sozialen Bewegungen verlor.

### **Renaissance intellektueller Traditionen**

Erst Mitte der 90er Jahre hat der Parteivorstand der SPD insbesondere aufgrund des beharrlichen Drängens von Tilman Fichter und Peter Glotz seinen Unvereinbarkeitsbeschluss in Sachen SDS und SDS-Fördererkreis aus dem Jahre 1961 revidiert und im Rückblick als Fehler gedeutet. Das konnte gut 30 Jahre später sicher nicht

mehr als eine symbolische Geste verstanden werden. Die eigentlichen Folgen waren selbst schon Geschichte: Mit den späten 60er Jahren hatte sich ein großer Teil der bislang kritischsten und widerständigsten Generation in der Geschichte der Bundesrepublik von der Sozialdemokratie abgewandt. Die Gründung und dauerhafte gesellschaftliche Verankerung der Partei *Die Grünen* ist nur eine späte Auswirkung davon. Zu diesen Spätfolgen dürfte ebenso gehören, dass mit der Gründung der WASG ein Großteil derjenigen mittleren Gewerkschaftsfunktionäre, die bei Abendroth, Kofler oder Lamm sozialisiert wurden, eine neue politische Heimat links von der SPD fand.

Deshalb verwundert es sicher nicht, dass im intellektuellen Umfeld der fusionierten Partei *Die Linke* intensiv daran gearbeitet wird, sich der intellektuellen Traditionen des Linkssozialismus neu zu vergewissern. Dies ist schon deshalb sicher zu begrüßen, da die Beschäftigung mit den hier genannten intellektuellen Leitfiguren vor dem Rückfall in »marxistisch-leninistische« oder gar neostalinistische Flausen bewahren dürfte. Zugleich ist es interessant zu beobachten, dass man sich angesichts der globalen Krise des kapitalistischen Finanzmarktes nicht nur auf Seiten der politischen Linken, sondern auch auf christdemokratischer Seite neu des kapitalismuskritischen Teils der eigenen Traditionen zu erinnern sucht. Immerhin wurde die intellektuell anspruchsvollste Rede in der Debatte des Bundestages zur Finanzmarktkrise von Norbert Röttgen (CDU) gehalten – unter Berufung auf die Positionen des Linkskatholiken Friedhelm Hengsbach und die Wertbestände der katholischen Soziallehre.

Dabei hätte auch die SPD durchaus Anlass, sich ihrer eigenen verschiedenen Traditionsstränge neu zu vergewissern. Sie könnte aus der hier nur angedeuteten Geschichte einiger Linksintellektueller durchaus mehr lernen als nur die Tatsache, dass



der Exorzismus nach links nicht mehrheitsfähig macht, sondern allenfalls die Parteienlandschaft erweitert.

Sicher liefert ihr Ideenbestand keine fertigen Rezepte zur Bewältigung der aktuellen Finanzmarktkrise. Aber für alle Genannten gilt, dass sie ihre politischen Vorstellungen – an dem gerade wiederentdeckten Marx orientiert – auf der Basis eines Verständnisses von notwendig krisenbehafteten kapitalistischen Ökonomien entwickelten.

Konkret ließe sich etwa von Abendroth lernen, dass und wie sich die auf formalen Regeln basierende Demokratie im Rahmen des Verfassungskompromisses des Grundgesetzes in Richtung auf eine »soziale Demokratie« weiterentwickeln lässt – und warum dies zur Erhaltung dieser Demokratie unerlässlich ist.

Wer nach geeigneten Grundlagen für die Begründung der Notwendigkeit einer Transformation unseres Wirtschaftens hin zu einer ökologischen Marktwirtschaft sucht, wird sie bei Ossip Flechtheim finden. Der frühe Leo Kofler mit seiner scharfen kritischen Analyse des Stalinismus ist noch ebenso aktuell wie der späte mit seinen Untersuchungen zur Sozialpsychologie und Anthropologie. Und am Lebensweg Fritz Lamms ließe sich studieren, dass die Integrität der Persönlichkeit, die die politischen Prozesse nicht nur schulend vermitteln will, sondern die darin liegende solidarische Anforderung auch vorzuleben weiß, aktueller ist denn je – gerade in Zeiten, in denen das Managergebaren das Thema der moralischen Persönlichkeit drängender denn je auf die Tagesordnung setzt.

*Gregor Kritis: Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Offizin-Verlag, Hannover 2008, 582 S., € 34,80.*

*Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968). Argument Verlag, Hamburg 2008, 372 S., € 24,90.*

*Uli Schöler: Die DDR und Wolfgang Abendroth – Wolfgang Abendroth und die DDR. Kritik einer Kampagne. Offizin-Verlag, Hannover 2008, 128 S., € 12,80.*

*Michael Buckmiller/Joachim Perels/Uli Schöler (Hg.), Wolfgang Abendroth. Gesammelte Schriften Bd. 2: 1949-1955, Offizin-Verlag, Hannover 2008, 610 S., € 36,80.*

*Jens Becker/Harald Jentsch: Otto Brenner: Biographie. Reden. Briefe. Verlag Steidl, Göttingen 2007, 395, 444, 128 S., € 48,00.*

*Mario Keßler: Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenkler (1909-1998). Böhlau-Verlag, Köln/Weimar/Wien 2007, 294 S., € 39,90.*

*Christoph Jünke: Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907-1995). VSA-Verlag, Hamburg 2007, 701 S., € 39,80.*

*Michael Benz: Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude. Linksozialist. Emigrant 1911-1977. Eine politische Biographie. Klartext Verlag, Essen 2007, 552 S., € 29,90.*

*Oliver Schmidt: »Meine Heimat ist – die deutsche Arbeiterbewegung«. Biografische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik, Verlag Peter Lang, Frankfurt/M. 2007, 390 S., € 56,50.*

Thomas Meyer

## Keine Kakophonie, aber etwas fehlt

### Eine sozialdemokratische Bücherblüte

#### Thomas Meyer

(\* 1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Soeben im VS Verlag erschienen: *Was ist Demokratie?*

thomas.meyer@fes.de



Als hätten sie die eine kleine Hoffnung verheißende Wende in der SPD, den Wechsel zum neuen Führungsduo Steinmeier/Müntefering, vorausgesehen, legten fünf sozialdemokratische Autoren im Spätsommer 2008 ihre gewichtigen Programm-Bücher beinahe gleichzeitig vor: Erhard Eppler, Sigmar Gabriel, Franz Walter, Ottmar Schreiner und Franz Müntefering. Der fortschreitende Niedergang der Partei seit Jahresbeginn hat diese Anwälte und Analysten des sozialdemokratischen Projekts auf den Plan gerufen. Motive und Stoßrichtung der Autoren unterscheiden sich deutlich, die sozialdemokratischen Spitzenakteure unter ihnen vereint aber das Bestreben, mit grundsätzlichen Diagnosen und Ratschlägen die Rückkehr ihrer Partei in die politische Offensive zu flankieren, während Ottmar Schreiner und Franz Walter auf je eigene Weise zur Umkehr mahnen.

#### Der Scharfrichter

Erstaunlich zunächst der Text von Ottmar Schreiner. Kenntnissreich prangert er Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt, in der deutschen Bildungspolitik und bei den Renten an. Seine Diagnose, dass nicht nur die sozial- und wirtschaftliche Ungleichheit im Lande wächst, sondern auch, weit

gravierender, die Armut, zumal von Kindern und Alten, belegt er schlüssig. So weit der in den meisten Punkten berechtigte Aufschrei eines empörten Sozialdemokraten der alten Schule. Irritieren können freilich die ausgesuchte Einseitigkeit der Bilanz und der polemische Tenor des Textes. Alles was schief gelaufen ist in der Republik geht zu Lasten der Politik, allem voran der Schröderschen *Agenda*-Politik. Das ist nicht immer überzeugend. Der Leser vermisst eine fundierte Erörterung, welche machbare Alternative zu dieser Politik tatsächlich bestanden hätte und warum diese, so vorhanden, dann nicht ins Werk gesetzt wurde. Alles nur Ahnungslosigkeit oder fehlgeleiteter Wille? Zum Problem wird die polemische Zielrichtung, wenn die offensichtlichen Teilerfolge der *Agenda*-Politik, immerhin anderthalb Millionen neue Arbeitsplätze, außer Betracht bleiben. Der Autor spitzt seine Schlussfolgerungen kräftig zu, um die Debatte um eine Korrektur der von ihm rücksichtslos gebrandmarkten *Agenda*-Politik anzuheizen. Das erstaunliche Fazit, das der Leser nach alledem am Ende wohl ziehen wird, lässt freilich wenig Raum für Vertrauen oder Zuversicht. Was wäre denn von einer Partei im Ernst noch zu erwarten, der in diesem Buch in immer neuen Wendungen vor allem eins bescheinigt wird, dass sie nämlich den Hauptbeitrag zur zunehmenden Spaltung der deutschen Gesellschaft geleistet habe?

#### Die Cassandra vom Dienst

Der überaus emsige SPD-Analyst Franz Walter, dem Objekt seines Forschens und Schreibens in zwiespältigen Emotionen

seit Jahrzehnten schillernd verbunden, nimmt sich in seinem wiederum spritzig geschriebenen Band über den Wandel des deutschen Parteiensystems zwar auch die anderen Parlamentsparteien der Republik kritisch zur Brust, befasst sich aber in seinem nach Länge und Lust ausschlaggebenden Kapitel abermals vor allem mit seiner enttäuschten Liebe, der SPD. Viel Neues ist darin, wie auch die endlosen Selbstzitate des Autors erweisen, nicht zu finden. Nachdenkenswert bleibt gleichwohl seine Hauptthese, dass die Vernachlässigung der Interessen der Unterschicht einer der wichtigeren Gründe für die sozialdemokratische Misere der letzten Jahre ist. Breit, stellenweise krass, im Ergebnis aber nicht unplausibel, begründet der Autor seine Einschätzung, dass es für große Teile der Unterschichten eher abschreckend als verlockend klingen dürfte, wenn die Sozialdemokratie als einzig wesentliche Perspektive für die Verbesserung ihrer Lebenslage den Aufstieg durch lebenslange Bildung proklamiert. In der meritokratischen Utopie, die auf diesem Wege entsteht, dürften viele von ganz unten dauerhaft ausgeschlossen bleiben, sei es, weil sie den Aufstieg über immerwährende Bildung nicht schaffen können oder weil sie ihn gar nicht wollen. Solange die Sozialdemokratie ihnen nichts Überzeugenderes zu bieten hat, könne folglich nicht damit gerechnet werden, dass sie deren Vertrauen zurück gewinnt.

Irritierend an Walters Buch ist abermals der überall ins Auge springende Widerspruch, der entsteht, wenn zuerst der alte sozialdemokratische Zauber einer verheißungsvollen Utopie entschieden demonstriert wird, dann aber wieder dessen Magie und Größe zum vernichtenden Maßstab aller angebotenen realen Programmalternativen der heutigen Sozialen Demokratie genommen wird. Fast verächtlich fällt dann das Wegwischen der Sozialen Demokratie als dem zeitgemäßen Projekt einer Gesellschaftsreform aus, ohne dass der Autor

auch nur eine Andeutung zu bieten hätte, womit er es denn überbieten möchte.

### **Der verlässliche Ratgeber**

Klug und erhellend wie eh und je, die kleine Streitschrift Erhard Eppers *Das zweite Jahrzehnt*. Der Autor zeigt, wie viel mehr im Hamburger Grundsatzprogramm an zutreffender Analyse und an zukunftsfähiger Perspektive steckt, als das von einer Öffentlichkeit wahrgenommen wird, die diesen Text in dem seit seiner Verabschiedung verflossenen Jahr erfolgreich ignoriert hat. Neben der offensiven Rehabilitation der Idee eines im Interesse der ganzen Gesellschaft handlungsfähigen Staates gegen die vermeintliche Überlegenheit der Märkte, Eppers Begleit-Thema der letzten Jahre, geht es vor allem um die Besinnung auf klar profilierte sozialdemokratische Positionen in den Schlüsselbereichen der inneren Sicherheit, der zukunftsfähigen Energiepolitik und der Chancengleichheit im Bildungssystem. Eppers Mahnung ist, dass die Sozialdemokratie nur über diese Lebensthemen, wenn sie klar profiliert sind, ihre gesellschaftliche und kulturelle Offensivkraft zurückgewinnen kann. Ein Kommentar zum vergessenen Grundsatzprogramm der SPD und mehr.

### **Ein überraschender Programmierer**

Sigmar Gabriel überrascht mit einem großen Wurf, der keineswegs zu Unrecht den Anspruch erhebt, links neu, nämlich zeitgemäß zu denken. Der spannungsreiche Titel legt nahe, dass beides an der Zeit ist, die linken Grundwerte neu ins Spiel zu bringen, aber in einer für die anstehenden Zukunftsaufgaben gründlich revidierten Form. In der Radikalität seiner Analyse bleibt Gabriel unter dem von Lassalle entlehnten programmatischen Titel »Sagen, was ist« nichts

schuldig. Er wendet sich gegen die Vorstellung, Sozialdemokraten könnten die Defizite der Gesellschaft nach ihren Jahren der Regierungsbeteiligung sozusagen nur noch halbherzig benennen, da sie ja selbst einen Teil der Verantwortung für sie trügen. Dem setzt er eine kritische Realanalyse entgegen, die ohne Rücksichtnahme in Zentralbereichen wie der neuen Klassenspaltung, politischer Entfremdung, Kontrollverlust im neuen Finanzkapitalismus, Bildungsmisere, wahrlich kein Blatt vor den Mund nimmt. Bei der Problemanalyse, so der Autor, dürften keine Kompromisse gemacht werden, da sonst niemals die Chance bestünde, für die vorhandenen Defizite auch praktische Lösungen finden zu können. Umfangreiche, die zentralen politischen Reformprojekte bis ins Detail beschreibende Handlungskapitel sind in einen konzeptionellen sozialdemokratischen Orientierungsrahmen eingefügt. Er vor allem soll den Anspruch einlösen, dass hier links neu gedacht wird. Das alte linke Ziel einer Politik der Emanzipation und Aufklärung, die jedem die Chance selbstbestimmter Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben gibt, verlange angesichts der neuen Bedrohungen eine Politik der Balancen. Zum einen die Balance zwischen Wirtschaftswachstum, sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit und, um sie zu schaffen, eine Balance von Markt, Staat und Zivilgesellschaft, mit dem Staat in der Gesamtverantwortung.

Am Herzen liegt Gabriel vor allem der Nachweis, dass eine Politik der ökologischen Orientierung keine Politik des Wohlstandsverzichts sein muss. Aus seinem Spezialgebiet, der ökologischen Industriepolitik, bringt er zahlreiche konkrete Beispiele, wie, initiiert durch eine politisch verantwortete Politik der Leitmärkte, gerade durch die ökologische Umsteuerung, neue Umsätze in Milliardenhöhe erzielt und damit viele Hunderttausende neuer Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden können.

Alles in allem, ein Buch durchaus mit Programmqualität, nicht nur in der Konkrektion der politischen Handlungsentwürfe, sondern auch in ihrer Begründung und einer handfesten Auseinandersetzung mit den anderen deutschen Parteien, allen voran der »Protestlinken«.

### Der politische Praxis-Philosoph

In seinem Interviewbuch präsentiert sich Franz Müntefering, eben weil er nicht auf vorformulierte Texte zurückgreift, als der eindrucksvolle Originaldenker, als den ihn seine genauen Zuhörer seit langem kennen. Die Kürze der Sätze, kaum sauerländisches Lokalkolorit, eher Wille zu Konzentration und Klarheit, auch Respekt vor der Sprache. Das meiste, was zur Sprache kommt, präsentiert sich als Frucht genauer Beobachtung des gesellschaftlichen und politischen Lebens und sorgfältigen Nachdenkens darüber. Sozialdemokratisches Leitmotiv muss, so begründet der Autor, unbeirrt das Thema Soziale Gerechtigkeit bleiben. Es sei auch das eigentliche Motiv der *Agenda*-Politik gewesen, obgleich manches davon durch mangelnde Kommunikation oder unzureichende Akzentsetzung am Ende nicht deutlich werden konnte. Soziale Gerechtigkeit heiße heute viererlei: Teilhabe durch angemessenes Einkommen, Teilnahme durch gerechte Arbeit, Chancengleichheit in der Schule und Generationengerechtigkeit durch solide Staatskassen. Daran muss sich jedes Reformprojekt künftig messen lassen. Die diesbezüglichen Defizite hierzulande analysiert auch Müntefering rückhaltlos, vor allem in den Bereichen Teilhabe (Einkommensungleichheit), Teilnahme (Arbeitslosigkeit), Chancen (Bildungsungleichheit) und Nachhaltigkeit (Generationen).

Die offenkundigen Mängel der *Agenda*-Debatte lassen ihm keine Ruhe. Sein Schluss: nötig sei für die Sozialdemokratie eine offensive und argumentative öffent-

liche Debatte, die mehrheitsfähig macht, was nötig ist. Aufklären, Dinge zeigen, wie sie sind, statt anpassen an momentane Medienstimmungen und populistisch geschürte Emotionen. Die Sozialdemokratie brauche nun, um verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen, einen neuen Gesellschaftsentwurf, gestützt auf das Hamburger Programm, anschaulich, konkret, überzeugend. Wie soll das Land in 20 Jahren aussehen? Dafür muss eine neue Sprache gefunden werden, um auch jene anzusprechen, die gegenwärtig schwer zu erreichen sind. Gütezeichen einer gelungenen sozialdemokratischen Politik kann nicht Gesinnung sein, sondern am Ende allein das »Gutmachen«. Da Menschen »Lust auf Zusammenhänge und Sinn« haben, ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, »Bilder und Hoffnungen aufzuzeigen, an die Menschen glauben können«.

Zentral bei allem muss das Thema Sicherheit bleiben, aber nicht durch die Fixierung auf überkommene Strukturen, sondern durch die Gestaltung des Wandels. Müntefering skizziert die Idee einer sozialen Gesellschaft, die durch aktive Solidarität der Bürger selbst einen Beitrag zur Wiedergewinnung des Gefühls der Sicherheit leisten kann.

Im Verhältnis zur *Linkspartei* setzt der SPD-Vorsitzende hochinteressante neue Akzente. Die *Linkspartei* beschwöre zwar »sittliche Zwecke«, erweise sich aber als unfähig zum pragmatischen Handeln. Zusammenarbeit mit ihr sei nur nach dem Prinzip Verantwortung möglich, in der sie die volle Mitverantwortung für das ganze Regierungshandeln übernehmen müsse. Bislang fehlten ihr allerdings die wirt-

schafts-, sozial- und bildungspolitischen Voraussetzungen dazu. Wie und ob sich das künftig ändern werde, sei im Augenblick noch offen.

### Aber etwas fehlt

Nicht nur Münteferings Gesamtfazit lautet: Die Luft ist voller sozialdemokratischer Themen. Es komme für die SPD nur darauf an, sie beherzt zu ergreifen. Wohl wahr. Dass dies trotz immer neuer Anläufe bisher nicht gelang, markiert freilich die eigentliche Misere der ehrwürdigen Volkspartei. Es wundert daher, dass dies in keinem der besprochenen Bücher zum Thema wird. Überzeugende Programme und große Tradition, die Themen des Tages und der sozialdemokratische Moment der gegenwärtigen Zeit entfalten offenbar nicht mehr die Bindekräfte und den Teamgeist, der die Partei zu einem glaubhaften Akteur in der politischen Arena macht. Clement scheint nur das krasseste Symbol. Zu viele spielen zu oft nur noch ihr eigenes Spiel und vergessen, dass ein Sieg nur gelingt, wenn sie sich auf dem Platz als Teil einer Mannschaft verhalten. Ihnen geht der Teamgeist verloren und seltsamerweise kommt eine Art Verachtung vor den Regeln des Spiels und der Mission des Teams auf. Ein neuer politischer Alphabetismus grassiert. Die Gründe dafür zu prüfen und Wege aus dem Dilemma aufzuzeigen, erweist sich nun als eigentliches Thema der Sozialdemokratie. Fraglich, ob ein neues Buch allein da weiterhülfe. Vielleicht könnte es immerhin einen Beitrag zur Genesung leisten.

# IMPRESSUM

## **Redaktion NG/FH**

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin  
T (030) 26935 7151, -52, -53  
F (030) 26935 9238  
www.ng-fh.de  
ng-fh@fes.de

## **Büro Chefredakteur NG/FH**

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
T (0228) 883 7114, -17  
F (0228) 883 9223

## **Verlag**

Verlag J.H.W. Dietz  
Nachfolger GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24  
53175 Bonn  
T (0228) 238083  
F (0228) 234104  
www.dietz-verlag.de

## **Anzeigen**

Es gilt die Anzeigenpreisliste  
Nr. 32 vom 4.1.2008  
Mareike Malzbender  
Verlag J.H.W. Dietz  
Nachfolger GmbH  
mareike.malzbender@  
dietz-verlag.de

## **Gestaltungskonzept**

tiff.any GmbH, Berlin

## **Satz, Lithografie, Druck und Verarbeitung**

Limberg Druck GmbH, Kaarst

## **Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von**

Anke Fuchs, Sigmar Gabriel, Klaus Harpprecht,  
Jürgen Kocka und Thomas Meyer

## **Redaktion**

Thomas Meyer (Chefredakteur und verantwortlich),  
Hanjo Kesting (Kultur), Dirk Kohn (Kritik, Schluss-  
redaktion), Barbara Pfeffer (Büro Chefredakteur),  
Klaus-Jürgen Scherer (Aktuelles, Thema),  
Sonja Thränert (Fotos, Schlussredaktion),  
Costa-Mario Kowalewsky (Internet),  
Alessa Brochhagen (Praktikantin)

## **Redaktionsbeirat**

Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Iring Fetscher,  
Eckhard Fuhr, Susanne Gaschke, Horst von Gizycki,  
Gerhard Hofmann, Richard Meng, Wolfgang Merkel,  
Siegmar Mosdorf, Herfried Münkler, Karin Priester,  
Evelyn Roll, Hans-Joachim Schabedoth,  
Hermann Schwengel, Wolfgang Thierse, Volker Ullrich  
und Christoph Zöpel

## **Bezugsbedingungen**

Die NG/FH erscheint monatlich, wobei die Hefte 1+2  
und 7+8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen.  
Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel  
oder den Verlag. Vertrieb: Heidemarie Pankratz  
heidemarie.pankratz@dietz-verlag.de  
ISSN 0177-6738.  
Einzelheft: € 5,50 zzgl. Versand;  
Doppelheft: € 10,80 zzgl. Versand;  
Jahresabonnement: € 50,60 frei Haus.  
Das Abonnement verlängert sich automatisch  
um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis  
zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).  
In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer  
enthalten.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann  
keine Gewähr übernommen werden.